

Informationen für Energieverbraucher



bio Power

Biokraftstoffe

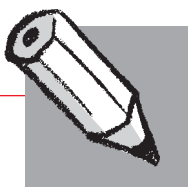
Politik killt Biosprit

Staatsanwälte ermitteln

Getürkte Preise an der Strombörse?

Energiesparlampen

Verschwendung verboten



Liebe Leserinnen und Leser,

was würden Sie tun, wenn Sie ab morgen Chef Ihrer örtlichen Stadtwerke wären? So mancher Preisprotestler und Befürworter der erneuerbaren Energien mag davon träumen, wie es wäre, die Seiten zu wechseln. Hans-Peter Scheerer, seit 20 Jahren Mitglied im Bund der Energieverbraucher und im Rüsselsheimer Verein „Energiewende“, hat es getan: Seit zweieinhalb Jahren ist er Geschäftsführer der Stadtwerke Rüsselsheim. Seine neue Sicht der Dinge schildert er im Gespräch mit der Energiedepesche auf Seite 22.

Unterdessen mehren sich die Siegesmeldungen aus den Gerichtssälen. Natürlich gibt es auch Niederlagen, aber wo Richter sauber urteilen, haben die Verbraucher gute Chancen, mit ihrem Protest zu obsiegen – vorausgesetzt, sie haben sich an die Ratschläge von Verbraucherschützern gehalten (Seite 10).

Was es im Getümmel des vermeintlichen Wettbewerbs zu beachten gilt, lesen Sie auf den Seiten 11 und 33. Wer seinen Stromversorger oder zumindest den Tarif nicht wechselt, verschenkt laufend Geld: Der einfache, seit Jahrzehnten geltende Tarif hat längst ausgedient.

Ölpreisschock und Bankenkrise kamen nicht von ungefähr und das teure Öl führte mit zum Platzen der US-Immobilienblase (Seite 25) – ein trauriges, aber lehrreiches Beispiel dafür, wie stark wir von billigem Öl abhängen. Durch den Ölpreisschock haben wir eine Ahnung bekommen, wie unsere Gesellschaft aus den Fugen gerät, wenn Öl wirklich knapp und teuer wird. Doch die Ölpreise sind wieder gesunken. Somit gibt es Aufschub – und wir leben einfach weiter so, als hätte es die Krise nie gegeben und als gäbe es Öl für alle Ewigkeit.



Eine sinnvolle Alternative für versiegendes Öl ist Sprit vom Acker. Doch Biodiesel ist arg in Verruf geraten. Sehr zu unrecht, wie Johannes Lackmann ab Seite 12 erläutert. Auch wenn Bioöl das Erdöl nicht ersetzen kann, bietet es doch eine sinnvolle Ausweichmöglichkeit. Dennoch sinkt der Anteil von Biodiesel per Gesetz – ein trauriges Beispiel für verantwortungslose Lobby-Politik im Dienste der Ölmultis.

Ein weiteres Beispiel für das Versagen der Politik ist die Einführung des Wettbewerbs auf dem Strom- und Gasmarkt (Seite 18).

Die Preise an der Strombörse liegen genau dort, wo E.ON und RWE sie gerne sehen möchten: weit über den Herstellungskosten. Das ist kein Zufall oder Ergebnis eines freien Wettbewerbs, sondern das Produkt zielgerichteten „Handelns“. Das Gutachten von Professor Matthias Jahn von der Universität Erlangen-Nürnberg bestätigt jedoch, dass genau dies nach

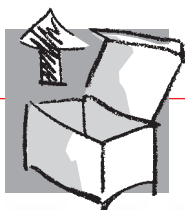
dem Wertpapierhandelsgesetz verboten und strafbar ist. Deshalb ist es nur konsequent, dass sich nun die Staatsanwaltschaften mit diesem Thema befassen (Seite 26). Die Zeche zahlen die Verbraucher, denn die überhöhten Stromgroßhandelspreise müssen sie auf jeden Fall berappen (Seite 18).

Vielleicht steigt deshalb mancher lieber auf eine eigene Stromproduktion um (Seite 30). Das kann sich durchaus auch finanziell lohnen. Ebenso helfen Energiesparlampen, die Energiekosten zu drosseln (Seite 38). Auch eine bessere Wärmedämmung hilft sparen. Dabei sollte man keinesfalls vergessen, stets für frische Luft im Haus zu sorgen. Dafür gibt es relativ einfache und bewährte Systeme (Seite 29). Ich habe diese Geräte im Büro und zuhause in Betrieb und möchte sie keinesfalls mehr missen.

Die Auswertung unserer Stromsparsmeisterschaft (Seite 16) zeigt, dass der Stromverbrauch nicht gottgegeben ist, sondern sich sehr wohl beeinflussen lässt. Danke an Sie fürs Mitmachen und für die Lektion, die Sie uns dadurch gegeben haben.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen auch für dieses Heft Ihr

Arbet Peders



Nr 2 Juni 2009

www.energiedepesche.de

23. Jahrgang



Seite 12: Die Politik blockiert Biokraftstoffe



Seite 26: Die Strafjustiz wird eingeschaltet gegen E.on und RWE



Seite 38: Die Glühbirne hat bald ausgedient

Editorial	2
Aktuelles	4
Preisprotest: Schuldet Ihnen Ihr Versorger Geld?	8
Neues aus Gerichtssälen zum Protest	10
Strommarkt: Wechselfaule Kunden	11
Biokraftstoffe: Politik killt Biosprit	12
Nachtstrom: Bedrohte Spezies im Energiedschungel	15
Meisterschaft: Fettes Potenzial für Sparer	16
Strom aktuell	17
Wettbewerb: Mogelpackung	18
Leserforum	20
Interview: Die Seiten gewechselt	22
Tipps: Rauchmelder, Kühlschränke	25
Von Weizsäcker: Ölpreis und Finanzkrise	25
Strompreise: Die Staatsanwälte werden tätig	26
Von wegen dicke Luft	29
BHKW: Lohnende Kraftpakete	30
Gaspreise: Studie sorgt für Wirbel	32
Öl/Gas aktuell	33
Ölverbrauch auf dem Prüfstand	34
Zahlen lügen nicht	35
Erneuerbare	36
Abschied von der Glühlampe	38
Intern	40
Service	41
Vor-Ort-Energieberater	42
Bücher, Veranstaltungen	43



Ökodesign

Strengere Vorschriften

Die EU hat die Ökodesign-Richtlinie erweitert. Künftig müssen weitere Produkte strenge Regeln in punkto Energieverbrauch einhalten. Bereits jetzt müssen Elektrogeräte wie Wasserboiler, Computer, Fernseher und Ventilatoren niedrige Verbrauchswerte aufweisen.

Nun werden diese Bestimmungen auf Produkte ausgeweitet, die indirekt den Energieverbrauch beeinflussen, darunter Fenster, Duschköpfe

Weitere Kurzmeldungen finden Sie auf den Seiten 17, 33 und 36

und Wasser sparende Leitungen. So könne durch den Einsatz von nur 30 Prozent mehr doppelt verglasten Fenstern eine Energieersparnis von 55.000 Gigawattstunden erfolgen, hieß es dazu vom Industrie- und vom Energiekommissariat der EU.

Falls die Industrie ihrer Selbstverpflichtung zu sparsamen Produkten nicht nachkommt, kann die EU sie nun zwingen.

Klimawandel

Erwärmung unumkehrbar

Der Klimawandel ist nicht mehr rückgängig zu machen, egal, wie stark der CO₂-Ausstoß begrenzt wird. Zu diesem Schluss kommt eine Studie internationaler Wissenschaftler unter Leitung der US-Behörde für Ozeanographie und Atmosphäre (NOAA).

Auch wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen völlig zu

stoppen, blieben die Folgen des Treibhauseffekts mehr als 1.000 Jahre lang erhalten. CO₂ halte sich bei weitem länger mit hoher Konzentration in der Atmosphäre als andere Treibhausgase.

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre liegt aktuell bei 385 Teilen pro einer Million Teile Luft (ppm). In 30 Jahren werde der Wert bei 550 ppm liegen und mit einem jährlichen Anstieg von 4,5 Prozent weiter zunehmen, so die Autoren der Studie.

Ein Stand von 450 bis 600 ppm führt dazu, dass Regenfälle in verschiedenen Regionen wie dem südlichen Europa, Teilen Afrikas, dem südwestlichen Nordamerika und Westaustralien über Jahrhunderte hinweg nachlassen. Die Folge seien Dürren, Wandel der Ökosysteme, vermehrte Brände und gravierende Ernteverluste.

In den Ozeanen führe die wachsende CO₂-Konzentration in diesem Jahrhundert zu einem unausweichlichen langsamen Anstieg des Meeresspiegels. Die Experten rechnen

mit durchschnittlich zwischen 40 Zentimetern und einem Meter bis zum Jahr 3000. Auswirkungen der Schmelze von Gletschern und Polareis seien dabei noch nicht berücksichtigt.

Flüssiggasunternehmen

Kartellamt: Millionenbußen

Das Bundeskartellamt hat gegen die Westfalen AG, Münster und die Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl wegen der Teilnahme an Kartellabsprachen Bußgelder von insgesamt 41,4 Millionen Euro verhängt. Den Unternehmen wird zur Last gelegt, seit mindestens 1997 bis zur Durchsuchung im Mai 2005 auf den Märkten für Tank- und Flaschengas durch Kundenschutzabsprachen und flankierende Preisabstimmungen den Wettbewerb beschränkt zu haben.

Bereits im Dezember 2007 und im Februar 2008 hatte das Kartellamt gegen neun Unternehmen der Flüssiggas-

branche sowie deren Geschäftsführer wegen derartiger Absprachen Bußgelder in Höhe von insgesamt rund 209 Millionen Euro verhängt.

Die betroffenen Unternehmen sind in der Belieferung von Privat- und Gewerbekunden mit Flüssiggas in Kleintanks bis 5,6 Tonnen und mit Flaschengas tätig. Bei den am Kartell beteiligten Unternehmen handelt es sich um Flüssiggasanbieter aus dem Kreis des Deutschen Verbandes des Flüssiggas e.V. (DVFG).

Der Bußgeldbescheid gegen eines der Unternehmen und ihren persönlich betroffenen Geschäftsführer ist rechtskräftig. Die übrigen Betroffenen haben Einspruch eingelegt oder haben noch die Möglichkeit dazu. Über die Einsprüche wird das Oberlandesgericht Düsseldorf entscheiden.

Seitenwechsel?

Stephan Kohler

Stephan Kohler (56), Leiter der „Deutschen Energie-Agentur“ (dena), weiß nun zwar,



Zum Schaden der Verbraucher: Die Unternehmen trafen illegale Preisabsprachen

wo er tatsächlich hingehört, wird aber den neuen Chefposten bei RWE doch nicht antreten.

Er hatte, wie zu erfahren war, den Vertrag zur Leitung einer neuen RWE-Tochter unterschrieben, die im Bereich Energieeffizienz und Energiedienstleistungen tätig werden soll.

Vor vier Monaten hatte er den Wechsel noch entschieden bestritten. Kohlers denkwürdige Karriere begann als Vorstandsmitglied des Freiburger Öko-Instituts. Durch seine gute politische Vernetzung mit SPD-Granden wie Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier brachte er es zum Leiter der Niedersächsischen Energie-Agentur und zum Geschäftsführer der „Deutschen Energie-Agentur“, die im Oktober 2000 als eine Art gemeinsame PR-Einrichtung von Wirtschaftsministerium und Energiekonzernen gegründet wurde.

Der Öko-Lack blätterte schon ab, als er noch energiepolitischer Sprecher des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) war. Als dena-Chef machte Kohler auch nicht gerade eine untadelige Figur.

Zuletzt war er dem Wirtschaftsminister Glos (CSU) zu Diensten. Beispielsweise kam er Glos in der propagandistischen Auseinandersetzung mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Hilfe, indem er in einer von E.on und RWE mitfinanzierten „Kurzanalyse“ vor einer angeblichen Kraftwerkslücke durch den Atomausstieg warnte. Dennoch blieb er weiterhin nach allen Seiten hin gut vernetzt: Seine Ehefrau ist Büroleiterin bei Gabriel.

Pech für Kohler: Sein Arbeitsvertrag bei der dena läuft



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Hohe Öl- und Gaspreise treiben die Nebenkosten in die Höhe

noch bis 2013 und deren Gesellschafter wollten Kohler nicht vorzeitig gehen lassen. Er hatte, so war zu hören, den Vertrag mit RWE unterschrieben, bevor sein vorzeitiger Abgang bei der dena genehmigt worden war. Nun ist offenkundig, wo Kohler gerne sei möchte. Aber sein Geld bekommt er weiterhin als dena Geschäftsführer.

Nebenkosten

Billiges 2007, teures 2008

Mieter zahlen im Schnitt 2,14 Euro pro Quadratmeter und Monat für Nebenkosten. Das entspricht für eine 52 Quadratmeter große Wohnung 100 Euro monatlich. Das ist das Ergebnis des Betriebskostenspiegels des Deutschen Mieterbunds für 2007. Damit sind die Kosten insgesamt leicht gesunken, denn 2006 lagen die Kosten um 1,6 Prozent höher. Für Heizung und Warmwasser sind monatlich 0,99 Euro je Quadratmeter zu berappen, 7,5 Prozent weniger als 2006. Allein die Heizkosten sanken von 0,85 auf 0,77 Euro. Am günstigsten kamen gasbeheizte Wohnungen weg mit durchschnittlich 0,74 Euro. Wer mit Öl heizte, musste 0,78 Euro bezahlen, Fernwärme kam Mieter und Eigentümer

mit 0,84 Euro zu stehen. Verantwortlich für den Kostenrückgang war vor allem das milde Klima, das zu geringem Heizbedarf geführt hatte. (siehe auch S. 35). Im Jahr 2008 stiegen die Preise für Öl um 32 Prozent steil an. Gaskunden mussten zehn Prozent mehr bezahlen. Deshalb fallen die Betriebskostenrechnungen 2008 um 20 bis 30 Prozent höher aus.

Energieeffizienzgesetz

Verzögerung bis 2010

Das Energieeffizienzgesetz steht offenbar vor dem Aus. Die zuständigen Bundesministerien für Energie und Umwelt konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Richtlinie 2006/32/EG verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten unter anderem dazu, einen generellen nationalen Energieeinsparrichtwert festzulegen. Außerdem müssen sie kostenwirksame, praktikable und angemessene Maßnahmen erlassen, die helfen sollen, dieses Ziel zu erreichen. Eigentlich hätte Deutschland die Energiedienstleistungsrichtlinie bereits bis zum 17. Mai 2008 rechtlich umsetzen müssen. Aufgrund der Verzögerung hat die EU schon ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Am 30. Januar 2009 gab es zwar einen Regierungsentwurf zum Gesetz, der aber zwischen den Ministerien nicht abgestimmt war. Wegen der bevorstehenden Bundestagswahl kann das Gesetzgebungsverfahren erst im Jahr 2010 neu beginnen.

Liechtenstein macht dagegen vor, wie man die Regelungen erfolgreich umsetzen kann: Dort trat das „Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG)“ am 1. Juni 2008 in Kraft.

Weitere Infos dazu gibt es im Netz: <http://www.energiebuendel.li>

KFW

Neue Förderprogramme

Das Bundesbauministerium, die KfW-Bank und die Deutsche Energie Agentur (dena) haben seit dem 1. April 2009 neue Förderprogramme zum energieeffizienten Bauen vorgestellt. Die Programme wurden zur Umsetzung der 1,5 Milliarden Euro aus dem ersten Konjunkturpaket umstrukturiert.

Zum einen wurden bestehende Programme für Sanierung und Neubau von Wohnbauten gestrafft. Zusätzlich starten zwei neue Programme: Bei „Altersgerecht Umbauen“ gibt es besonders billige Kredite zum Umbau von Wohnungen für ein unbeschwertes Leben im Alter. Die „Investitions-offensive Infrastruktur“ soll finanzschwachen Kommunen helfen, ihren Eigenanteil zu finanzieren, den sie zur Sanierung öffentlicher Gebäude aufbringen müssen.

Mehr Infos im Internet unter www.energie-fuer-morgen.de und www.kfw.de.



Sonderförderung

Energieeffizient sanieren

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat am 1. April 2009 die Sonderförderung „Energieeffizient Sanieren“ gestartet. Sie fördert folgende Maßnahmen an Wohngebäuden:

- Die qualifizierte Baubegleitung während der Sanierungsphase durch einen Sachverständigen mit einem Zuschuss in Höhe von 50 Prozent der förderfähigen Kosten, aber maximal 2000 Euro je Antragsteller und Investitionsvorhaben.
- Den Austausch von Nachstromspeicherheizungen mit einem Zuschuss von 200 Euro je abgebautem Gerät.
- Die Optimierung der Wärmeverteilung mit einem Zuschuss in Höhe von 25 Prozent der Kosten.

Eine Kombination der einzelnen Sonderförderungs-Maßnahmen untereinander ist möglich. Die gemeinsame Beantragung mit einem Kredit im Programm 151,152 oder einem Investitionszuschuss im Programm 430 ist ebenfalls gestattet. Mit Ausnahme des Baubegleitungszuschusses ist die Sonderförderung aber nicht zwingend an eine Finanzierung der Maßnahme in diesen Programmen gebunden.

Fliegen

Sinkflug spart Sprit

Die internationale Luftfahrt will bis 2013 jährlich 500.000 Tonnen CO₂ einsparen. Künftig sollen Flugzeuge beim Verlassen der Reiseflughöhe in einem kontinuierlichen Sinkflug zur Landebahn fliegen.

Laut Luftfahrtverband IATA verringert sich damit die CO₂-Belastung pro Landung um 450 Kilogramm.

Ein wesentlicher Schritt in diesem Zusammenhang sei die Umstellung von bodenbasierten Landesystemen hin zur Satelliten-Navigation. Das erlaube einen Sinkflug mit optimierter Turbinenleistung, also möglichst geringem Schub. Würden alle Flugzeuge weltweit dieses Prinzip verfolgen, würde dies insgesamt 13 Millionen Tonnen Emissionen jährlich einsparen, rechnet die IATA hoch. Vorerst sollen 100 europäische Flughäfen den kontinuierlichen Sinkflug einführen. Außerdem plant der Verband bis 2012, die Luftfahrtstrecken zu begradien und somit die Distanzen zu verkürzen, also unnötige Umwege zu vermeiden.

Energieeinspargesetz

Neue Richtlinien für Gebäude

Nach dem Bundestag hat am 13. Februar 2009 nun auch der Bundesrat seine Zu-

stimmung für ein neues Energieeinsparungsgesetz (EnEG 2009) gegeben. Es erweitert das EnEG2005 und schafft eine neue Grundlage für die Verschärfung der Energieeinsparverordnung für Gebäude. Das EnEG2009 bildet eine Ermächtigungsgrundlage für die Bundesregierung, um Verordnungen zur Energieeinsparung bei Gebäuden zu erlassen. Weiter regelt das Gesetz zum Beispiel Bußgelder.

Was sind die wichtigsten neuen Regeln des EnEG?

- Es ermächtigt die Regierung, Regeln zu erlassen, um elektrische Nachspeicherheizungen außer Betrieb zu nehmen.
- Es wird neue Vorgaben für Nachrüstverpflichtungen an der Heizungsausstattung und der Wärmedämmung geben.
- Es sollen Nachweise für durchzuführende Energiesparmaßnahmen eingeführt werden (Fachunternehmer- und Eigentümererklärungen).
- Es werden Grundlagen für das Tätigwerden von Bezirks-

schornsteinfegermeistern bei der Überwachung von Anforderungen der EnEV geschaffen.

Auf Basis des EnEG 2009 ist im April 2009 eine neue Energieeinsparverordnung beschlossen worden. Sie enthält unter anderem:

- Höhere Anforderungen an Neubauten und
- Zusätzliche Maßnahmen zur Energieeinsparung im Gebäudebestand.

Das Artikelgesetz zur Änderung des EnEG2005 enthält auch Änderungen für das Schornsteinfegergesetz, das EEG und das Raumordnungsgesetz.

Die Änderungsverordnung zur Energieeinsparverordnung wurde am 30. April 2009 im Bundesanzeiger veröffentlicht und tritt am 1. Oktober 2009 in Kraft.

„Lustreisen“

Amtsträger verurteilt

Im Prozess gegen 14 kommunale Amtsträger, die sich von Energiekonzernen zu



Die richtige Landetechnik macht Fliegen umweltfreundlicher

„Lustreisen“ einladen ließen, hat das Amtsgericht Gummersbach am 27. April 2009 auch die restlichen vier Verfahren abgeschlossen. Im Unterschied zu den zehn Verfahren, die im Januar 2009 gegen Zahlung von Bußgeldern in der doppelten Höhe der Reisekosten eingestellt wurden, kam es in allen Fällen zu einer Verurteilung wegen Vorteilsannahme, Untreue oder Beihilfe zur Vorteilsannahme.

Die höchste Strafe erhielt der ehemalige Aufsichtsratschef der Gasgesellschaft Aggertal GmbH und amtierende Gummersbacher Kämmerer Klaus Matthias Blau. Wegen Vorteilsannahme in vier sowie Untreue in zwei Fällen muss er eine Geldbuße von 200 Tagessätzen zu 180 Euro leisten sowie die Reisekosten in Höhe von rund 15.000 Euro zurückzahlen. Insgesamt sind das 51.000 Euro.

Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Da die Verteidigung Berufung angekündigt hat, werden die „Lustreisen“ demnächst das Landgericht beschäftigen (Quelle: Energiechronik).

„Mission E“

Sparsame Bundeswehr

2008 reduzierten die Bundeswehrangehörigen im Rahmen der „mission E“-Kampagne ihren Energieverbrauch um über 900 Millionen Kilowattstunden beziehungsweise um 15,8 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 2005. Bereits 2007 hatten sie 604 Millionen Kilowattstunden Strom und Wärme im Vergleich zu 2005 eingespart.

Damit beträgt die in zwei Jahren erreichte Einsparung 1,51 Milliarden Kilowattstun-



Bundeswehr auf Energiesparkurs

den Energie. Gleichzeitig senkte die Bundeswehr ihre Energiekosten um 107 Millionen Euro und den CO₂-Ausstoß um fast 400.000 Tonnen.

Im Schnitt verbesserte damit jeder einzelne Bundeswehrangehörige seine persönliche CO₂-Bilanz seit Anfang 2007 um über 1100 Kilogramm und seine Energiebilanz um über 4.300 Kilowattstunden.

„Mission E“ steht für Energie, Effizienz, Einsparung, Emission und Engagement und ist eine Motivationskampagne, die das Bundesamt für Wehrverwaltung gemeinsam mit der EnergieAgentur NRW ins Leben gerufen hat. Sie soll die Angehörigen der Bundeswehr für ein energiebewusstes Verhalten sensibilisieren.

Strom und Gas

Unbundling light

Die Zerschlagung der großen, vertikal integrierten Strom- und Gasversorger ist vom Tisch: Die großen deutschen Energieversorger dürfen ihre Fernleitungsnetze behalten. Darauf haben sich Unterhändler des EU-Parlaments und der EU-Mitgliedstaaten nach einem fast zweijährigen Streit geeinigt. Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Nicolas Sarkozy hatten die Mehrheit

gegen das Unbundling im Rat organisiert. Die Kommission konnte nur schlecht verbergen, dass ihr das Ergebnis nicht weit genug geht. Und das Parlament hat schlicht wider besseren Wissens seine ursprünglich sehr starke Mehrheit für die Entflechtung zurückgenommen. Welche Abgeordnete dem Druck der Energielobby erlegen sind, kann man im „climate and energy vote tracker“ nachverfolgen.

Die Staaten können zwischen drei Modellen wählen: die strikte Entflechtung und zwei Konstrukte, bei denen das Netz im Eigentum der Konzerne bleibt, aber nicht mehr so stark von ihnen kontrolliert wird.

Dazu müssen die Konzerne die Verwaltung des Netzes entweder einem unabhängigen Betreiber überlassen oder die Unabhängigkeit des Betreibers innerhalb des Unternehmens durch strenge Auflagen stärken.

Vorstände des Netzbetreibers dürfen erst nach vier Jahren wieder für einen anderen Teil des Energiekonzerns arbeiten, Manager der Holding, die in den Netzbetrieb wechseln, müssen sechs Monate aussetzen. Ein von den nationalen Regulierungsbehörden bestellter Compliance-Officer im Aufsichtsrat sorgt für die Einhaltung der EU-Standards. Darüber hinaus sollen die

Netzbetreiber alle zwei Jahre einen Investitionsplan mit Zehnjahreshorizont vorlegen. Zudem stärken die neuen Vorschriften die nationalen Regulierungsbehörden insgesamt und sichern ihre unabhängige Position.

Die EU-Kommission wollte für ganz Europa eine strikte Entflechtung der Gas- und Stromkonzerne. Derzeit hat im Strommarkt etwa die Hälfte der EU-Staaten die Konzerne gezwungen, sich von ihrem Netz zu trennen. Im Gasmarkt ist es ein Viertel. In Deutschland sind die Geschäftsfelder zwar rechtlich voneinander getrennt, werden aber von einem Konzern kontrolliert.

Der neue Beschluss stärkt auch die Rechte der Verbraucher: Sie haben künftig Anspruch darauf, ihren Anbieter innerhalb von drei Wochen gebührenfrei zu wechseln. Der bisherige Lieferant muss spätestens sechs Wochen nach dem Wechsel die Abschlussrechnung vorlegen.

Außerdem bekommen die Kunden bei ungenauen Abrechnungen ein Recht auf Entschädigung. Zudem müssen die Staaten eine unabhängige Anlaufstelle für Beschwerden einrichten.

Darüber hinaus soll die Bundesnetzagentur die Unternehmen künftig zwingen, ihre Preiskalkulationen offen zu legen und Einkaufspreise von Strom und Gas auf Verlangen zu dokumentieren. So sollen die Konzerne sinkende Einkaufspreise schneller und umfassend an Kunden weiterreichen und Vorauszahlungen zügig anpassen. Die EU-Staaten müssen zudem garantieren, dass bis 2020 80 Prozent der europäischen Verbraucher intelligente Stromzähler im Haushalt haben.

Foto: Rolf-Kühnast / pixelio.de

Schuldet Ihnen Ihr Versorger Geld?

Wenn Sie Gas oder Strom als Sondervertragskunde beziehen, dann waren die Preiserhöhungen der Vergangenheit mit großer Wahrscheinlichkeit nichtig und der Versorger schuldet Ihnen das Geld, das er Ihnen in den vergangenen Jahren zuviel abverlangt hat.

Das gilt für alle Kunden, also auch dann, wenn Sie bisher alle Rechnungen anstandslos bezahlt haben. Sie können die zu viel bezahlten Beträge mit aktuellen Rechnungen verrechnen. Das ist zumindest die Meinung der Anwälte auf Verbraucherseite.

OLG: Zahlung bedeutet Zustimmung

Anders sieht es zum Beispiel das OLG Oldenburg (Urteil vom 5. September 2008, Az. 12 U 49/07): Auch beim Sondervertrag komme es auf einen Widerspruch des Kunden gegen Preisanhebungen an. Solange also der Sonderkunde Entgelte unbeanstandet zahlt, werden diese Preise für ihn endgültig und für die Zukunft bindender Bestandteil seines Vertragsverhältnisses. Erst wenn er den Preisanhebungen widerspricht, sollen derartige Anhebungen nicht (mehr) wirksam werden, da der Versorger über keine wirksame Preisänderungsklausel verfügt, also keinen Rechtsgrund dafür besitzt.

Begründung fehlt

Diese Auffassung kann nicht überzeugen, zumal ihre Vertreter keine Begründung für sie liefern. Preisanpassungsklauseln gehören zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Versorgers. Für Allgemeine Geschäftsbedingungen gilt immer, dass die Folgen einer etwaigen Unwirksamkeit stets zu Lasten des Verwenders gehen, hier also des Energieversorgungsunternehmens. Ist ein im Vertrag aufgeführter Preisänderungsvorbehalt unwirksam oder fehlt er ganz, ist die Konsequenz daher, dass das Unternehmen kein Recht zur Preisänderung hat, da dieses nicht vereinbart wurde. Auch eine stillschweigend anzunehmende Vereinbarung des neuen Preises durch vorbehaltlose

Zahlung ist für Sonderkunden nicht möglich. In vielen Verträgen dürfte bereits die Klausel, dass Änderungen des Vertrages der Schriftform bedürfen, dem entgegenstehen. Noch gewichtiger ist jedoch, dass die Rechtsprechung bei anderen Vertragsverhältnissen mit Dauercharakter sogar ausdrücklich eine stillschweigende Vereinbarung neuer Preise abgelehnt hat. Dem Oberlandesgericht Düsseldorf liegen derzeit zwei Verfahren zur Entscheidung vor, die ausschließlich diese Frage der Höhe des Rückforderungsanspruches behandeln (Az. VI - 2 U 5/09 [Kart9]; VI - 2 U 4/09 [Kart]). Die Entscheidungen sollen bis zum Jahresende vorliegen.

Interessant ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu dieser Frage. Dieser hat klar entschieden: Wer Strom oder Gas als Tarifkunde erhält beziehungsweise in die Grundversorgung fällt, muss Preisanhebungen nur bezahlen, soweit sie der Billigkeit entsprechen. Diesen Einwand können Protestkunden nach dem Urteil

des BGH vom 13. Juni 2007 spätestens etwa acht Wochen nach Erhalt der Jahresrechnung geltend machen. Ansonsten gilt die Preiserhöhung als vereinbart.

BGH: Zahlung ist keine Zustimmung

Ob dies auch für ungültige Preiserhöhungen in Sonderverträgen gilt, ist derzeit noch nicht höchstrichterlich entschieden. Jedoch hat sich der Bundesgerichtshof bei ungerechtfertigten Mieterhöhungen und Gebrauchtwagenkaufverträgen klar geäußert, dass eine widerspruchslose Zahlung des verlangten Betrags nicht als Anerkenntnis zu werten ist. So urteilte der Bundesgerichtshof beim Kauf eines Gebrauchtwagens, dass die vorbehaltlose Bezahlung einer Rechnung für sich genommen weder die Annahme eines deklaratorischen noch eines „tatsächlichen“ Anerkenntnisses der beglichenen Forderung rechtfertigt (im Anschluss an BGH, Urteil vom 11. Januar 2007 - VII



Rechtsanwältin Leonora Holling



Verbraucherprotest gegen überhöhte Gaspreise

ZR 165/05, NJW-RR 2007, 530), Aktenzeichen VIII ZR 265/07, verkündet am 11. November 2008.

Die Karlsruher Richter urteilten zudem bei einer ungerechtfertigten Mieterhöhung, dass der Mieter einer erhöhten Miete nicht automatisch dadurch zustimmt, dass er sie bezahlt.

Risiko beim Klauselverwender

Im vorliegenden Fall hatte der Vermieter aus Sicht des Mieters ihr einseitiges Bestimmungsrecht über die Miete ausüben wollen. Aus Sicht der Mieter lag in einem Schreiben zur Mieterhöhung jedoch kein Angebot zum Abschluss einer Mieterhöhungsvereinbarung: Es war für sie nicht ersichtlich, dass es ihnen frei stand, der Mieterhöhung zuzustimmen oder es auf ein etwaiges Mieterhöhungsverfahren ankommen zu lassen. Die Rechtslage musste sich ihnen vielmehr so darstellen, als seien sie schon aufgrund der einseitigen Erklärung des Vermieters zur Zahlung verpflichtet. Deshalb durfte der Vermieter nicht davon ausgehen, dass die Mieter der Erhöhung zustimmten, als sie den neuen Betrag bezahlten. Der Vermieter kann das Risiko, das sich aus der Rechtsunwirksamkeit der Mieterhöhungen für sie ergab, nicht über § 818 Abs. 3 BGB auf den Mieter abwälzen (Aktenzeichen VIII ZR 199/04 verkündet am 20. Juli 2005).

Widersprüchliche BGH-Urteile

Dieses Urteil widerspricht diametral dem Urteil desselben Senats vom 13. Juni 2007 im Fall Heilbronn. Danach ist eine einseitige Preiserhöhung als Angebot zum Abschluss einer Preiserhöhungsvereinbarung anzusehen. Widerspricht der Kunde nicht rechtzeitig, kann der Anbieter vom

Einverständnis ausgehen. Als Folge gilt die Preiserhöhung als vereinbart und unterliegt deshalb keiner Billigkeitskontrolle nach § 315 BGB mehr.

Es schränkt auch den Spielraum ein, wonach sich der Rückzahlungsanspruch verwirkt, wenn der Kunde der Erhöhung nicht widerspricht, sollte sich die Preisanpassungsklausel als unwirksam erweisen.

Das Urteil schließt auch den Einwand aus, man habe die entsprechenden Beträge schon anderweitig ausgegeben (sogenannte Entreichung). Dieses Argument hatte zum Beispiel die Regionalgas Euskirchen den Kunden vorgehalten.

Aufrechnung zulässig

Konkret bedeutet dies für Verbraucher, dass die gesetzlichen Versorgungsbedingungen die Aufrechnung mit laufenden Verbindlichkeiten verbieten. Diese gesetzlichen Versorgungsbedingungen gelten aber gerade für Sondervertragskunden nicht und damit auch nicht das dort ausgesprochene Aufrechnungsverbot. Deshalb rät der Bund der Energieverbraucher, die laufenden Zahlungen mit den bislang zu viel bezahlten Beträgen zu verrechnen, und dies dem Versorger nachvollziehbar mitzuteilen. Protestkunden sollten die laufenden Abschlagszahlungen auf keinen Fall komplett einstellen.

Bis zu einer höchststrichterlichen Klärung ist allen Sondervertragskunden darüber hinaus zu raten, von ihrem Versorger nach den alten Preisen des Sondervertrages schriftlich eine Rückzahlung der überzahlten Beträge zu verlangen. Betroffene sollten dem Unternehmen dafür eine Frist setzen. Dabei gilt, dass nur unverjährte Ansprüche geltend gemacht werden können, also solche ab einer Jahresrechnung des Jahres 2006 bis heute. **LH ■**

Helligkeit: „gut“*

Jetzt wechseln!

MEGAMAN®
Die EnergieSparLampe

© MEGAMAN IDV www.megaman.de

Haltbarkeit: „sehr gut“*

Jetzt wechseln!

MEGAMAN®
Die EnergieSparLampe

© MEGAMAN IDV www.megaman.de

Energieeffizienz: „gut“*

Jetzt wechseln!

MEGAMAN®
Die EnergieSparLampe

© MEGAMAN IDV www.megaman.de

*** MEGAMAN®**
„Petit Economy“ 11 Watt
in ÖKO-TEST 10/2008

Neues von der Protest-Front

In Deutschland entwickelt sich eine Zweiklassengesellschaft: Risikoscheue Verbraucher, die ihre Strom- und Gasrechnung unbeanstandet in verlangter Höhe zahlen. Und mutige Verbraucher, die ihre Strom- oder Gasrechnung kürzen und damit einen Streit mit ihrem Versorger riskieren oder sogar in aller Härte ausfechten.

Aktuelle Urteile zum Preisprotest



Kunden der Main Kinzig Gas hatten gemeinsam auf Ungültigkeit der Preiserhöhung geklagt. Nach einer Niederlage vor dem Landgericht Frankfurt hat das **Oberlandesgericht** der Klage stattgegeben. Revision ist nicht zugelassen (Urteil OLG Frankfurt vom 5. Mai 2009 - Az 11 U 61/07 (Kart)).



Die auf Zahlung klagenden Stadtwerke Esslingen konnten die Billigkeit ihrer Gaspreiserhöhung aus 2006 nicht überzeugend nachweisen. Das **Landgericht Stuttgart** legte als billigen Preis den durchschnittlichen Arbeitspreis der Gaspreistabelle fest. Der tatsächliche Preis der Stadtwerke lag über diesem Wert. Revision wurde nicht zugelassen (Urteil Landgericht Stuttgart vom 29. April 2009 - Az 5 S 179/08).



Das **Landgericht Konstanz** stellt fest, dass die Preisanpassungsklausel der beklagten Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH (SVS) und den Zweckverband Gasfernversorgung Baar (ZVB) „einer Inhaltskontrolle nach § 307 BGB nicht standhält“ und daher unwirksam ist (Urteile Landgericht Konstanz vom 31. März 2009 - Az. 2 O 393/08 A und 2 O 409/08).



Die nach §108, 102 EnWG ausschließlich zuständige Kammer für Handelssachen des **Landgerichts Erfurt** hat die Zahlungsklage der SWE Energie GmbH gegen eine Gaskundin abgewiesen, soweit die geltend gemachten Forderungen auf mehreren Gaspreiserhöhungen ab dem 1. Oktober 2004 beruhen, weil die Stadtwerke die Billigkeit der einzelnen Preiserhöhungen nicht nachgewiesen haben. Für den Nachweis der Billigkeit hält die Kammer die Offenlegung der einzelnen Preiskalkula-

tionen für erforderlich. (Urteil Landgericht Erfurt vom 10. Februar 2009 - Az: 1 HK O 46/08).



Das **Oberlandesgericht München** bestätigte die Stellung als Sondervertragskunde und führte aus, dass die AVBGasV nicht den Anforderungen an eine wirksame Preisklausel genügt, weil sie keine näheren Regelungen zur Preisgestaltung enthält und den Kunden unangemessen benachteiligt (Urteil OLG München vom 12. März 2009 - Az. 23 U 4606/08).



Das **Landgericht Köln** weist die Klage der Energieversorgung Leverkusen auf Zahlung des ungekürzten Gaspreises zurück, nachdem der klägerische Anwalt Dr. Hempel die Klage zurückgezogen hat (Verzichtsurteil LG Köln vom 20. Februar 2009 - Az. 90 O 22/08).



Das **Landgericht Augsburg** urteilt die Gaskunden zur Zahlung der einseitig erhöhten Gaspreise. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt (Urteil Landgericht Augsburg vom 27. Januar 2009 - Az: 2HK O 1154/08).



Das Urteil des **Oberlandesgericht Koblenz** erklärt die Gaspreiserhöhung des klagenden Gasversorgers für unbillig und unwirksam. Gegen das Urteil wurde Revision beim BGH eingelegt. (Urteil OLG Koblenz vom 12. Februar 2009 - Az. U 781/08 (Kart)).



Das **Amtsgericht Erding** weist Klage des Versorgers auf Nachzahlung der gekürzten Gasrechnung wegen Nichtzuständigkeit ab (Urteil AG Erding vom 9. Januar 2009 - Az: 3 C 792/08).



Das **Amtsgericht Neukölln** verweist die Klage des Gasversorgers wegen Zahlung einbehaltenen Entgelts an das Landgericht, weil der Sachverhalt kartellrechtliche Fragen berühre (Beschluss AG Neukölln vom 12. Februar 2009 - Az: 68 C 62/08).



Das **Amtsgericht Landau** erklärt sich für sachlich unzuständig und verweist an das Landgericht Landau in der Pfalz – Kammer für Handelssachen (§ 102 EnWG) (Beschluss Amtsgericht Landau vom 3. Februar 2009 - Az: 5 C 1251/08).

Prozesskostenfonds

Derzeitiger Kontostand:

122.177,85 Euro (30. April 2009)



Das **Amtsgericht Ribnitz-Damgarten** hat die Zahlungsklage eines Versorgers zurückgewiesen, weil die Preisanpassungsklausel dem Benachteiligungsverbot in § 307 widerspricht (nicht rechtskräftig, Urteil Amtsgericht Ribnitz-Damgarten vom 13. Januar 2009 - Az: 1 C 250/08).



Nach Versäumnisurteil des **Amtsgerichts Leipzig** gegen MITGAS gelten rückwirkend seit 7. Mai 2003 die damals vereinbarten Erdgaspreise ungegrenzt fort. Alle Erhöhungen sind damit unwirksam (Versäumnisurteil Amtsgericht Leipzig vom 26. Januar 2009 - Az: 111 C 8595/07).



Das **Amtsgericht Erfurt** erklärt sich für sachlich unzuständig (§ 102 EnWG) und verweist den Rechtsstreit auf Antrag der Klägerin an das LG Erfurt - Kammer für Handelssachen (Beschluss AG Erfurt vom 22. Januar 2009 - Az: 6 C 2000/08).



Wechselfaule Stromverbraucher

Jedem Stromkunden steht es frei, den Stromanbieter zu wechseln. Doch die Wahl fällt offenbar schwer, denn die große Mehrheit der Verbraucher bleibt ihrem Versorger und Tarif nach wie vor treu.

Ein Blick auf die aktuellen Entwicklungen auf dem Strommarkt:

- Die Strompreise in der **Grundversorgung** stiegen 2008 um vier Prozent auf 22,52 Cent pro Kilowattstunde. Damit setzt sich der Preisanstieg der vergangenen Jahre fort. Im Jahr 2009 haben rund 720 Grundversorger seit Jahresbeginn ihre Preise um durchschnittlich 8,2 Prozent angehoben.
- Die Preise der **übrigen** Stromanbieter **ohne Vorkasse** sind 2008 um 0,8 Prozent gesunken, die Angebote **mit Vorkasse** sogar um 9,25 Prozent.
- Die Zahl der Verbraucher steigt, die von **sehr schlechten Erfahrungen** mit Billigstromanbietern berichten und vor diesen Anbietern warnen. Die Unternehmen buchen das öfteren zwar Geld ab, liefern jedoch keinen Strom und reagieren nicht auf Beschwerden.
- Die **Grundversorger** bieten in ihrem jeweiligen Gebiet meist einen **günstigeren Tarif** außerhalb der Grundversor-

gung an. Der Abstand zwischen Grundversorgungstarif und günstigstem Tarif des Grundversorgers ist im Jahr 2008 um 7,1 Euro angestiegen.

- **Teuerster Anbieter** sind die Stadtwerke Bernburg mit 866 Euro für 4.000 Kilowattstunden Strom jährlich, **günstigster Anbieter** sind die Gemeindewerke Garmisch Partenkirchen mit 766 Euro. Der bundesweit günstigste Anbieter mit Vorkasse ist Flexstrom mit 577 Euro. Eine Karte mit den Strompreisen findet man auf Seite 19.
- Unternehmen wie TelDaFax und Flexstrom bieten **Tarife mit Kautions** an. Sie spielen jedoch kaum eine Rolle am Markt.
- Tarife mit **Vorauszahlung** gewinnen an Bedeutung. 20 Prozent aller Wechselkunden entscheiden sich für solche Tarife. Neben Flexstrom und TelDaFax bieten zunehmend auch Grundversorger solche Tarife an. Marktführer in diesem Segment ist Flexstrom.

- 20 Prozent aller Tarife bieten eine **Preisgarantie** zwischen einem und zwei Jahren an. Etwa 40 Prozent aller den Stromanbieter wechselnden Verbraucher entscheiden sich für einen Tarif mit zwölfmonatiger Preisgarantie.
 - **Effizienztarife** verzichten auf eine Grundgebühr und haben dafür einen höheren Arbeitspreis. Das lohnt sich vor allem für Wenigverbraucher. Spart man in einem solchen Tarif Strom, dann ist die Kostenersparnis höher. Anbieter sind Nuon, E wie Einfach sowie zahlreiche Stadtwerke.
 - Anbieter wie EnergieGUT und Grün-HausStrom bieten Tarife mit **Einsparbonus** an: Wer weniger Strom verbraucht als im Vorjahr, erhält eine Prämie.
 - Schon jetzt hat jeder Verbraucher Anspruch auf eine **monatliche Abrechnung** nach tatsächlichem Verbrauch. Es gibt schon eine Reihe marktreifer intelligenter Zähler: Sparzähler von Yello, Zeitzonentarif Stadtwerke Bielefeld mit intelligenten Zählern, Pilotprojekte von RWE (100.000 Zähler in Mühlheim), E.on Bayern (5.000 Zähler in Staffelsee und 5.000 auf dem Land), MVV Energiebottler (20 Testzähler), EWE Box (400 Testhaushalte mit Tarifmodellen).
 - Im Durchschnitt hat jeder Stromkunde die Wahl zwischen **53 Stromanbietern**, elf mehr als ein Jahr zuvor. In ungünstigen Gebieten gibt es 16 Anbieter, in wettbewerbsintensiven Regionen sogar 78 verschiedene Anbieter.
 - Die **wichtigsten Player** sind Yello (EnBW-Tochter), E wie Einfach (E.on-Tochter), TelDaFax, eprimo (RWE-Tochter), Lichtblick, Nuon (möglicherweise bald von Vattenfall übernommen) und Flexstrom.
 - 2007 haben 1, 5 Millionen Verbraucher den Anbieter gewechselt. ■
- Datenquelle: Verivox, Bundesnetzagentur

Kundenzahlen neuer Anbieter

(Strom und Gas)





Politik killt Biosprit

Am Ende des Ölzeitalters stützt die Bundesregierung noch einmal die Mineralölwirtschaft. Johannes Lackmann, Geschäftsführer des Verbands der Deutschen Biokraftstoffindustrie, zeigt auf, wie uns die Politik einen wichtigen Weg aus dem Öldilemma verbaut.

Seit die Welt den Klimawandel als eminente Bedrohung verstanden hat, bieten Biokraftstoffe einen Ausweg aus der Öl-Abhängigkeit im Verkehrswesen. 2007 reduzierten sie in Deutschland bereits rund 15 Millionen Tonnen CO₂, und das bei nur 7,3 Prozent Anteil am gesamten Kraftstoffmarkt. Die „Roadmap Biokraftstoffe“ des Bundesumweltministeriums (BMU) vom November 2007 sprach sogar davon, dass „eine Steigerung der Biokraftstoffverwendung auf 17 Prozent ehrgeizig, aber machbar sei“. Millionen waren zu diesem Zeitpunkt in die Forschung und Entwicklung von Kraftstoffen aus Energiepflanzen wie Raps und Weizen geflossen. In Deutschland wurde eine Industrie aufgebaut, die heute als weltweit führend gilt.

Hysterie um Biokraftstoffe

Doch dann kam die Hysterie. Biokraftstoffe seien ineffizient und würden eher mehr Treibhausgase (THG) verursachen, weil die Regierungen in Indonesien und



Johannes Lackmann,
Geschäftsführer des
Verbands der
Deutschen
Biokraftstoff-
industrie

Brasilien Regenwaldgebiete für Palmöl und Soja vernichten. Und als 2008 die Nahrungsmittelpreise in die Höhe schossen, waren Biodiesel und Bioethanol auch noch für weltweiten Hunger und Waldsterben verantwortlich. Die neue Parole hieß „Tank gegen Teller“.

Dabei decken sich die Vorwürfe nicht mit den Fakten.

Weniger Schaden am Klima

Der anerkannte Chemiker und Bioenergie-Experte Uwe Lahl, Ministerial-

direktor im BMU, wies 2008 nach, dass Biokraftstoff im THG-Vergleich mit fossilen Treibstoffen in jedem Fall besser abschneidet. Auf Grundlage von Daten des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH errechnete er, dass Biokraftstoff bis zu 80 Prozent THG einsparen können, abhängig von der Herstellungsart und Verwendung von Nebenprodukten.

Falsche Tank-gegen-Teller-Argumente

Auch „Tank gegen Teller“-Argumente entbehren jeder Grundlage: Die EU-Kommission fand heraus, dass die erhöhten Preise von Preisabsprachen der Nahrungsmittelkonzerne, drastisch erhöhter Nachfrage in den Entwicklungsländern und verminderte Produktivität in der Landwirtschaft zur Preisexlosion 2008 führten. Von der weltweiten Getreideernte dienen nur knapp fünf Prozent zur Herstellung von Biokraftstoffen, während der Großteil in der Rinder- und Schweinemast landet. Die Preise für Agrarrohstoffe sind inzwischen wieder auf das Niveau von 2007 gesunken, während die EU-27 im letzten Jahr 50 Millionen Tonnen Getreideüberschuss produzierten. Die Silos sind voll, die Preise sind niedrig!

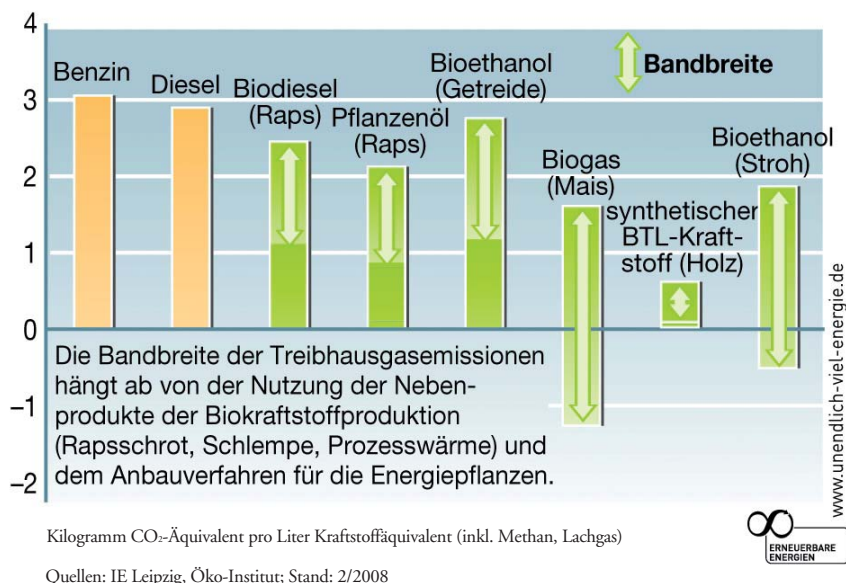
Zertifikate für Biokraftstoffe

In Brüssel hält man Biokraftstoffe weiterhin für unverzichtbar. In der „Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen“ forderte die EU im Dezember 2008, dass jedes Mitgliedsland bis 2020 mindestens zehn Prozent seines Energieverbrauchs im Verkehrssektor aus Erneuerbaren Energien bestreitet. Biokraftstoffe müssen zu einer Treibhausgaseinsparung von mindestens 35 Prozent gegenüber fossilen Kraftstoffen beitragen, sonst werden sie nicht auf die nationale Klimabilanz angerechnet. Roh-



Grüner Sprit hat es derzeit schwer

Treibhausgasemissionen fossiler und erneuerbarer Kraftstoffe



stoffe, die auf Kosten von Waldflächen, Feuchtgebieten und anderen Flächen mit hoher biologischer Vielfalt gewonnen wurden, werden ebenfalls nicht berücksichtigt – sie sind damit faktisch unbrauchbar für die Hersteller. Zurzeit arbeiten Experten fieberhaft an Zertifizierungssystemen, die in Zukunft jede einzelne Station des Biokraftstoffs von der Ernte der Energiepflanzen, über den Transport, bis hin zur Biokraftstoffanlage genau überprüfen. Ob Palmöl aus Indonesien oder Soja aus Brasilien: Ohne Zertifikat geht gar nichts!

Keine Flächenkonkurrenz

Deutsche Hersteller setzen aber ohnehin lieber auf heimische Energiepflanzen. Anders als von Kritikern oft behauptet, gibt es überhaupt keine Flächenkonkurrenz zwischen Biokraftstoffen und Lebensmitteln. In Deutschland dienen nur acht Prozent der Agrarflächen für den Anbau von Energiepflanzen. Weltweit sind es sogar nur zwei Prozent. Bis 2030 kann der Flächenanteil in Deutschland problemlos auf bis zu zwölf Prozent steigen, ohne dass sich dies auf die Nahrungsmittelproduktion auswirkt. Das Flächenpotential in Europa gibt noch mehr her: Der angesehene Biomasse-Experte beim Gießener Regierungspräsidium, Reiner Diemel, sieht allein in Lettland 500.000 Hektar Brachland. Jenseits der europäischen Grenzen in Russland, Afrika und Indien stehen sogar noch über 200 Millionen Hektar ungenutzter Fläche zur Verfügung. Studien belegen: Statt Ent-

wicklungsländer mit Agrarüberschüssen zu Dumpingpreisen zu überschütten, sollten regionale Bioenergiepotentiale ausgenutzt werden.

Politik knickt ein

Aber Tatsachen spielen in der Diskussion scheinbar keine Rolle mehr. Eine beispiellose Kampagne gegen Biokraftstoffe ist in Gang gekommen, bei der immer unsachlicher argumentiert wird und Umweltschützer sich auf die Seite der sonst so verhassten Mineralölwirtschaft stellen. Die Politik ist unter diesem Druck eingeknickt.

Weniger Treibstoff höher besteuert

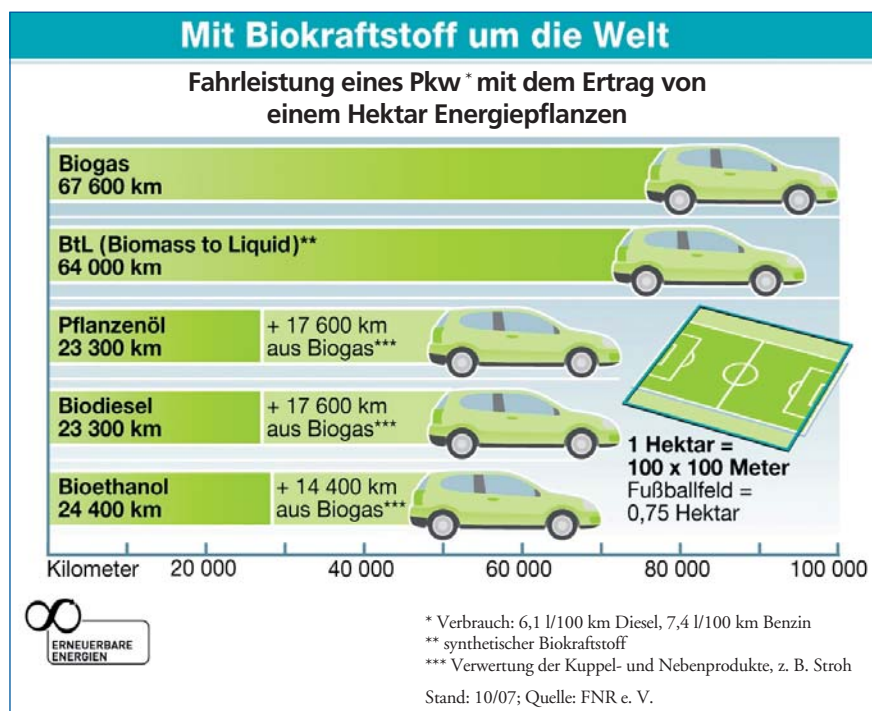
Am 23. April 2009 verabschiedete der Bundestag im zweiten Anlauf das „Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen“. Trotz erheblicher Zweifel einiger Abgeordneter wird die Quote für Biokraftstoffe am gesamten Kraftstoffmarkt rückwirkend zum 1. Januar 2009 auf 5,25 Prozent gesenkt. 2010 steigt sie auf 6,25 Prozent und wird bei diesem Wert bis 2014 eingefroren. Dagegen steigt die 2006 eingeführte Besteuerung weiter an – ein Doppelschlag für die Hersteller: Weniger Biokraftstoff kommt auf dem Markt, für den zudem höhere Steuern zu zahlen sind.

Biodiesel-Markt bricht ein

Der Markt für reinen Biodiesel, B100 genannt, ist im vergangenen Jahr völlig zusammengebrochen. Bei extrem niedrigem Ölpreis und gleichzeitig überhöhter Besteuerung war B100 nicht mehr wettbewerbsfähig. Die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) errechnete für 2008 einen Absatzeinbruch von 739.000 Tonnen im B100-Markt, ein Minus von rund 40 Prozent. Allein die per Quote geregelte Beimischung von Biodiesel und Bioethanol zu Diesel oder Benzin hielt die Hersteller noch am Leben – bis jetzt.

Hintergrundinformationen zu Biokraftstoff

- Die VDB-Website: Hier finden sie Material rund um das Thema Biokraftstoff. www.biokraftstoffverband.de
- Die „Roadmap Biokraftstoffe“: <http://slimurl.com/?8qnE>
An dieser Studie haben neben dem BMU und dem VDB auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Verband der Deutschen Automobilindustrie, der Mineralölwirtschaftsverband, die Interessengemeinschaft mittelständischer Mineralölverbände, und der Deutsche Bauernverband mitgearbeitet.
- Daten und Fakten von der Agentur für Erneuerbare Energien: Eine sehr gute Übersicht: <http://slimurl.com/?jjTU>
- Die UN-Ernährungsorganisation hat den Nutzen der Bioenergie im Rahmen von 15 Fallbeispielen untersucht. Fazit: Insbesondere Biokraftstoffe stärken die Entwicklung ländlicher Regionen: <http://slimurl.com/?WoKo>
- Uwe Lahl's Buch: Lahl, Uwe, Ölwechsel. Biokraftstoffe und nachhaltige Mobilität, Rhombos Verlag, Berlin, 2009: <http://slimurl.com/?OZaF>
- Die Erneuerbare Energien Richtlinie der EU: <http://slimurl.com/?Abv>
- Eine völlig andere Auffassung zu Biokraftstoffen hat der Solarenergie-Förderverein Deutschland e. V. (SFV) Aachen: www.sfv.de



Firmen sind nicht ausgelastet

Die Auswirkungen dieser verfehlten Politik sind bereits jetzt spürbar. Die Auslastung der Mitgliedsfirmen des Verbands der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB) lag Ende 2008 bei nur noch 60 Prozent. Von den bisher 32 Mitgliedern des VDB haben über 20 Prozent die Produktion eingestellt. Weitere drei Firmen haben ihre Belegschaft in Kurzarbeit geschickt – Tendenz steigend. Mehrere Unternehmen sind inzwischen von der Insolvenz bedroht, einige mussten bereits die Segel streichen. In Mecklenburg-Vorpommern warnte die SPD-Landtagsfraktion

kurz nach Verabschiedung des Gesetzes vor dem Aus für 200 Biodiesel-Arbeitsplätze im Bundesland mit der deutschlandweit höchsten Arbeitslosenquote. Im wirtschaftlich angeschlagenen Franken ging die Campa-Biodiesel GmbH pleite.

Die Bundesregierung verweist inzwischen immer häufiger auf Biokraftstoffe der „2. Generation“ und Elektromobilität. Dabei ist nichts davon in naher Zukunft marktreif. „Biomass-to-Liquid“, also synthetische Kraftstoffe aus Rohstoffen wie Holz oder Stroh, wird es für den Autotank auf absehbare Zeit nicht geben. Auch das Elektroauto steht noch immer auf der Hebebühne der Forschung. Wer schon

heute Treibhausgasemissionen vermeiden will, hat nur eine einzige Alternative: Biokraftstoffe der 1. Generation, die aus Energiepflanzen wie Raps oder Roggen hergestellt werden.

Öl-Lobby übt Druck aus

Die Mineralölindustrie wehrt sich indes mit allen Mitteln gegen den grünen Konkurrenten. Sie umgeht oder sabotiert die gesetzlich vorgeschriebene Beimischung von Biokraftstoff. Im April setzte Klaus Picard, Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes, der Bundesregierung sogar die Preis-Pistole auf die Brust: Entweder die gesetzliche Quote sinkt, oder die Mineralölkonzerne wälzen die zu erwartenden Strafzahlungen von rund 500 Millionen Euro auf die Autofahrer ab. Diesel wäre dadurch zwei Cent teurer geworden. Diese Strafzahlung wäre nach dem alten Gesetz fällig geworden, weil die Konzerne schon vor der Neuordnung zu wenig Biosprit beigemischt hatten.

Berlin ließ sich erpressen

Die Ölmultis erpressten Berlin ... und Berlin ließ sich erpressen. Das Resultat: 600.000 Tonnen weniger Biokraftstoff in 2009 bedeuten 600.000 Tonnen mehr fossiler Kraftstoff in Deutschland. Das bedeutet eine Erhöhung der Netto-CO₂-Emissionen um 1,5 Millionen Tonnen.

Kein anderes Produkt wird heute intensiver und kritischer auf seinen Einfluss auf das Klima getestet wie Biokraftstoff. Wie nachhaltig Erdöl ist, fragt bis heute kein Mensch. ■

Atomkraft weg – Klimaschutz her!

Ganz einfach: Wechseln Sie zu den EWS

Unser Strom stammt aus umweltfreundlicher Wasserkraft und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und ausschließlich von Produzenten, die nicht mit Atomkraftwerksbetreibern verflochten sind. Durch unser Förderprogramm entstanden bis Anfang 2009 über 1300 neue ökologische Stromerzeugungsanlagen in Bürgerhand. Beim Vergleich bundesweiter Ökostromanbieter durch den „Bund der Energieverbraucher e.V.“ im März 2004 wurden die Elektrizitätswerke Schönau als einziger Anbieter mit der Gesamtnote „sehr gut“ ausgezeichnet.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

EWS Vertriebs GmbH . Fon 07673 / 88850 . Fax - 888519 . www.ews-schoenau.de . info@ews-schoenau.de



Bedrohte Spezies im Energiedschungel

Wer bislang mit Nachtstrom Warmwasser bereitet und heizt, braucht angesichts der neuen Regelungen und steigender Preise nicht zu verzweifeln: Bis 2020 gibt es eine Nische für Nachtstromkunden, weiß Rechtsanwältin Leonora Holling.

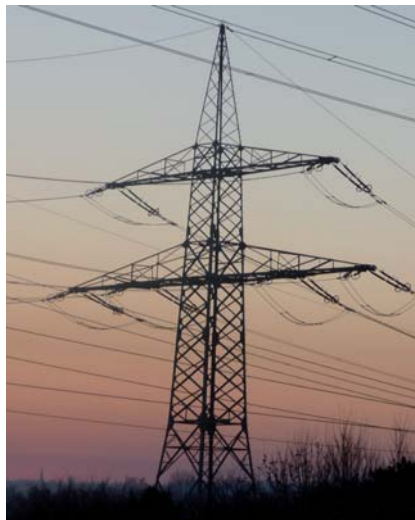
Niemand will sie. Keiner kümmert sich um sie. Und doch gibt es sie noch: 1,4 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, die Warmwasser und Heizwärme durch „Wärmespeicherstrom“ (vulgo: Nachtstrom) generieren.

Das Prinzip ist einfach: Die Stromabrechnung erfolgt zu zwei unterschiedlichen Tarifen: den teuren „Tagstrom“ zur Hauptlastzeit und den preiswerteren „Nachtstrom“ zu einer festgelegten Uhrzeit. In dieser Zeit lädt der Nachtstromkunde seine Wärmespeichergeräte auf und kann so seinen Strombedarf für Warmwasser und Wärme zu reduzierten Preisen decken. Die Einführung des Nachtstroms vor vielen Jahren beruhte dabei – so die offizielle Diktion der Energieversorger – auf dem Umstand, dass die Verbraucher nachts weniger Strom benötigten, so dass dann ungenutzte Kraftwerkskapazitäten vorlagen. Den nachts zusätzlich erzeugten Strom kalkulierte man auf Basis der variablen Kosten, vor allem Brennstoffkosten. Also war es sinnvoll, Abnehmer für Strom während der Nachtzeiten zu finden. Das zusätzliche Geschäft war für die Stromversorger lukrativ. Diese Entwicklung brachte den Nachtspeicherstromkunden hervor.

Aber die Nische des Nachtstroms endete mit der Strommarktliberalisierung: Der Strom wird nun nicht mehr vom Kraftwerksbetreiber, sondern vom Stromanbieter bezogen. Und dieser muss ihn wie jeden anderen Strom auch zum üblichen Großhandelspreis einkaufen, der nachts kaum absinkt.

Ab 2020 Ende

Es ist nun beschlossene Sache, dass der Nachtstromtarif aussterben wird. Bereits ab 2020 verbietet das Gesetz (EnEV



Teuer und umweltschädlich: Stromheizung

2009) schrittweise Nachtstrom, zumindest in Gebäuden mit mehr als fünf Wohnungen. Bis dahin wird es noch Nachtstromkunden geben, die ihren Wärmebedarf und ihr Heizwasser auf die bewährte Weise decken wollen. Wer die Preise für Tagstrom und ihre Entwicklung im Auge hat, kann sicher sagen, dass Nachtstromkunden für ihren hohen Bedarf zum Heizen und für Warmwasser diese Tarife nicht zahlen können. Gibt es daher ein geschütztes Territorium für den Nachtstromkunden? Die Antwort ist: ja!

Nische für Übergang

Nachtstromkunden sind Sondervertragskunden. Denn sie erhalten Strom zu einem Preis, der unter den sogenannten „Allgemeinen Tarifen“ liegt. Selbst derjenige, der keinen expliziten Sondervertrag unterschrieben hat, kann sich insofern auf die Rechtsprechung des Kartellsenates Berlin vom 28. Oktober 2008 (Az. 21 U 160/06) berufen. Er kann zudem anführen, dass eine wirksame Preisänderungs-

klausel zur Erhöhung seiner Nachtstromtarife, im Extremfall auf das Niveau des Tagstromtarifes, gemäß §§ 305, 307 BGB nicht wirksam ist, so bestätigt zum Beispiel durch das OLG Schleswig-Holstein mit Urteil vom 15. November 2007, Az 2 U 1/07.

Problematischer ist, wenn der Versorger mitteilt, keinen Nachtstrom mehr anzubieten, und den Vertrag kündigt. Hier empfiehlt es sich, zu prüfen, ob ein anderer Versorger Nachtstrom anbietet. Wenn nicht – oder nicht zu reduzierten Preisen – liegt ein Fall der Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung vor. Ganz zu schweigen von den Fällen, in denen grundbuchrechtlich Nachtstrom als einziger Energieträger fest geschrieben wurde. Einer solchen Kündigung und der Einstufung in den höheren Tagstromtarif sollte der Nachtstromkunde auf jeden Fall widersprechen. Der Nachtstromkunde muss aber auf jeden Fall aktiv werden. Er sollte jeder Preisanhebung und jeder Änderung der Tarifzeiten schriftlich (!) widersprechen und die verlangten Erhöhungen nicht zahlen. Im Zweifel sollte er sich anwaltlichen Rat von einem Juristen einholen, der sich in energiewirtschaftlichen Fragen auskennt.

Wenn der Nachtstromkunde dies beherzigt, wird er die gesetzliche Schonfrist zu seinen Gunsten nutzen können.

Dennoch sollten sich Betroffene immer eines vor Augen halten: Im Interesse aller, die Energie jetzt und in Zukunft brauchen, wird es darauf ankommen, dass jeder Einzelne Strom maßvoll und bezahlbar verbraucht. Manchmal reicht ein Blick auf das eigene Dach – oder den eigenen Geldbeutel. Auch das ist Evolution. Nur im supergedämmten Haus überlebt die Stromheizung. ■



Fettes Potential für Sparer

Wer spart am meisten Strom, ohne auf den gewohnten Komfort zu verzichten?
Der Bund der Energieverbraucher hat zu einer Stromsparmeisterschaft aufgerufen.
Die Gewinner verraten ihre besten Tipps.

30 bis 40 Prozent weniger Stromverbrauch – das geht, zeigen die Gewinner der Sparmeisterschaft. Allein die drei Gewinnerhaushalte haben in einem Jahr insgesamt 2.700 Kilowattstunden Strom eingespart.

Zwar haben einige Haushalte plötzlich mehr Strom verbraucht. Doch insgesamt sank der Bedarf aller 33 Teilnehmer im Wettbewerbszeitraum um 7.500 Kilowattstunden. Und hier sind sie nun: unsere drei Gewinner-Haushalte, die im letzten Jahr den meisten Strom eingespart haben:

Mit neuem Kühlschrank zum Sieg

In der Kategorie „Singles“ freut sich Michaela Schorpp aus Baden-Baden über den Sieg: Ihr gelang es, ihre Stromrech-



Siegreicher „Single“: Michaela Schorpp

nung um satte 730 Kilowattstunden zu kürzen. Dazu die Gewinnerin: „Nach dem Gewinn der Monatsmeisterschaft war ich erst richtig motiviert und hatte allmählich ein Gefühl für meinen Stromverbrauch und die Einsparpotentiale entwickelt. Die 40-prozentige Einsparung hat in keiner Weise zu einer Einschränkung meiner Lebensqualität geführt.“

Ihr Erfolgsrezept: In den letzten zwölf Monaten hat sie eine Liste ihrer Elektrogeräte erstellt. Fehlende Wattangaben hat sie mit einem Strommessgerät ergänzt. Auch nach der gewonnenen Monats-

Jahressieger der Stromspar-Meisterschaft 2008/2009

Familien	
Platz 1	Fam. Preiss: 1032 kWh Einsparung
Platz 2	Fam. Löw: 948 kWh Einsparung
Platz 3	Fam. Pfefferle: 728 kWh
Paare	
Platz 1	Fam. Oetjen: 1127 kWh Einsparung
Platz 2	Fam. Hirschmann: 617 kWh
Platz 3	Fam. Chimmino: 498 kWh
Singles	
Platz 1	Michaela S: 508 kWh Einsparung
Platz 2	Monika G: 284 kWh
Platz 3	Wiland B: 100 kWh

meisterschaft las sie weiter regelmäßig den Stromzählerstand ab und schulte so ihr Gefühl für den Verbrauch.

Bereits in der Startphase hatte sie die Beleuchtung auf Energiesparlampen umgestellt und den Stand-by-Verbrauch beseitigt. Vor einem halben Jahr tauschte sie ihre Kühl-Gefrierkombination durch einen A++-Kühlschrank aus. Dabei glaubt die Siegerin nicht einmal, dass bei ihr nun alle Sparpotentiale ausgereizt sind. „Bisher habe ich mich noch gar nicht um meinen alten PC samt Röhrenbildschirm gekümmert. Wenn ich mir den noch vornehme, sind 50 Prozent Einsparung absolut drin, davon bin ich überzeugt“.

Einen etwas exotischen Tipp hat sie auch noch parat: „Von Anfang Dezember



Siegreiches „Paar“: Inge und Helmut Oetjen

bis Mitte März 2009 hatte ich den A++-Kühlschrank ausgeschaltet und meine Lebensmittel in zwei große Styroporboxen auf dem Balkon gelagert. Dieser Test verlief zu meiner Überraschung – bis auf zwei sehr kalte Wochen Anfang Januar 2009 – absolut problemlos. Das werde ich nächstes Jahr wieder machen.“

Sonntag ist Stromzählertag

Auch Inge und Helmut Oetjen aus Bremerhaven half ein neues Kühlgerät auf das Siegerpodest. Gleichzeitig stellte das Siegerpaar nahezu den gesamten Haushalt auf Sparlampen um. Jeden Sonntag lesen die Oetjens nun den Stromzähler ab und überprüfen ihren Verbrauch. Sie haben so in den letzten zwölf Monaten 1.100 Kilowattstunden eingespart.

Mit Wasch- und Spülmaschine sparen

Wie bei allen Gewinnern gehörte auch bei Familie Preiß aus Gieboldehausen der Einsatz von Sparlampen, Steckdosen-



Siegreiche „Familie“: Familie Preiß

leisten und ein neues Kühlgerät ins Stromsarpaket. Darüber hinaus modernisierte die Familie weitere Geräte: die Wasch- und Spülmaschine, den PC samt Monitor und die Heizungspumpe. Inzwischen verbraucht die vierköpfige Familie jährlich nur noch 2.500 Kilowattstunden. Damit ist sie zwar nicht die Familie



Teldafax

Kündigung kostenfrei

Bisher hat TelDaFax von Kunden im Strom- und Gasbereich bei einer Vertragsauflösung eine Prüfungsgebühr in Höhe von zehn Euro erhoben. Da jedoch ein Lieferantwechsel für den Kunden nach dem Energiewirtschaftsgesetz unentgeltlich zu erfolgen hat, hat die Bundesnetzagentur TelDaFax aufgefordert, die Erhebung dieser Prüfungsgebühr bei Vertragsauflösung zu unterlassen und die Zusatzpreisliste, die die Gebühr enthielt, entsprechend anzupassen.

Netznutzung

Anreizregulierung reizlos

Die Stromanbieter müssen seit 2009 rund acht Prozent mehr für die Nutzung der Stromnetze an die Netzbetreiber zahlen. Das zeigt eine aktuelle Studie der Firma enet. Sie geben dies über höhere Strompreise an die Kunden weiter. Für Haushaltskunden haben sich die Netzentgelte laut der Studie nur um 2,2 Prozent erhöht und liegen im Schnitt damit bei sechs Cent

einschließlich Messkosten ohne Mehrwertsteuer. Die Kosten für die Netznutzung machen rund ein Drittel des gesamten Strompreises aus. Sie waren in den vergangenen Jahren von der Bundesnetzagentur abgesenkt worden. Die in diesem Jahr neu eingeführte Anreizregulierung erlaubt den Netzbetreibern erstmals wieder höhere Gewinne aus dem Netzbetrieb. Die steigenden Netzentgelte sind einer der Gründe dafür, dass die seit September 2008 um rund 60 Prozent gefallen Großhandelspreise für Strom bei den Verbrauchern nicht ankommen.

Greenpeace

Mogelpackung bei Ökostrom

Die Umweltorganisation Greenpeace hat vor Mogelpackungen beim Ökostrom gewarnt. So gebe es unter diesem Namen zahlreiche Produkte, die das Prädikat nicht verdienen, so Greenpeace.

Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag von Greenpeace erstellte Studie des Energiewissenschaftlers Uwe Leprich von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Saarbrücken. Viele Ökostrom-Geschäftsmodelle der Energie-



Ökostrom trägt seinen Namen oft zu Unrecht

konzerne basieren lediglich auf dem Handel mit Herkunftsnachweisen wie RECS-Zertifikaten.

Dazu kauft ein Energieversorger zum Beispiel in Skandinavien billige Zertifikate für Öko-Strom aus Wasserkraft, nicht jedoch den Strom selbst, und deklariert konventionellen Strom hierzulande mit den Zertifikaten zu Öko-Strom um.

Erneuerbare

Stromriesen verschlafen

RWE, E.on, Vattenfall und EnBW vernachlässigten trotz Energie- und Klimakrise den Ausbau der Erneuerbaren und setzten vorrangig auf Atom- und Kohlestrom, so eine Studie

des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung im Auftrag von Greenpeace.

Der Anteil aus Wind, Biomasse, Erdwärme und Solarstrom ohne alte Wasserkraftanlagen am Kraftwerksmix der vier Stromriesen liege derzeit nur bei 0,1 bis 1,7 Prozent, während er im Bundesdurchschnitt 10,8 Prozent betrage.

Auch in Konzernplanungen spielten die Erneuerbaren mit maximal zehn bis 15 Prozent der Gesamtinvestitionen eine untergeordnete Rolle, so die Studie. Zwar erzeugten die Konzerne, die allein 80 bis 90 Prozent der deutschen Stromproduktion beherrschten, 2007 zwischen zwei und 20 Prozent ihres Stroms aus Erneuerbaren. Doch die grünen Kapazitäten betrafen vor allem alte Wasserkraftanlagen.

mit dem geringsten Verbrauch, aber diejenige mit der größten Einsparung im vergangenen Jahr – und damit Jahresmeister.

Vom Saulus zum Paulus

Als Extrapreise wurden wieder fünf Stromspar-Geräte vergeben. Eins geht an die Familie Holdhofer aus Bielefeld. Die sechsköpfige Familie aus Bielefeld lag bei der Monatsmeisterschaft mit 50 Kilowattstunden Mehrverbrauch noch auf dem letzten Platz. Doch sie gab nicht auf: In einer beispiellosen Aufholjagd schaffte sie im Rest des Jahres den Sprung auf Platz

fünf mit rund 600 eingesparten Kilowattstunden! Die übrigen Stromsparspar-Messgeräte wurden verlost an die Teilnehmer des Wettbewerbs Gerhard Diesch, Helmut Lawitzka, Detlef Kordes und Monika Gottwald (Vizesparmeisterin der Singles).

Individueller Verbrauch

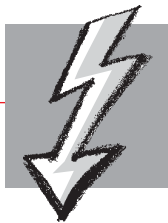
Der Jahresverbrauch war bei allen Teilnehmern sehr unterschiedlich, ebenso die erzielten Einsparungen.

In der Gruppe der Singles variierte er zwischen 400 und 1.600 Kilowattstunden,

bei den Paaren zwischen 1.000 und 5.000 Kilowattstunden und bei den Familien zwischen 2.000 und 6.000 Kilowattstunden (auf einen Vierpersonenhaushalt normiert).

Niemand sollte sich also weismachen lassen, man könne aus der Haushaltsgröße oder der Personenzahl den Jahresstrombedarf abschätzen. Vielmehr kommt es darauf an, wie clever die Bewohner mit Geräten umgehen, und wie gut sie ihren Bedarf kennen. Die vollständige Auswertung: <http://meisterschaft.energieverbraucher.de>.

Oliver Stens ■



Mogelpackung dank Monopolisten

Die Einführung des Wettbewerbs auf den Strom- und Gasmärkten scheint geglückt zu sein – zumindest auf den ersten Blick: Jeder Verbraucher kann seinen Strom- und seit neuestem auch seinen Gasanbieter frei wählen und dadurch seine Energierechnung deutlich senken. Doch der Schein trügt.

Ein zweiter Blick enthüllt jedoch, dass die Verbraucher unter dem Deckmantel des Wettbewerbs kräftiger als je zuvor ausgeplündert werden:

- Strom und Gas sind in vergleichbaren Ländern Mitteleuropas deutlich günstiger als hierzulande. So zahlen Verbraucher in Großbritannien für 16.000

Kilowattstunden Gas 700 Euro, in der Schweiz etwa 1.100 Euro und in Deutschland gut 1.250 Euro.

- Die Gewinne der Energieversorger sind deutlich höher als in der übrigen Wirtschaft üblich. Die mittleren Umsatzrenditen von Industrieunternehmen liegen bei zwei Prozent, bei E.on und RWE aber in der Größenordnung von zehn Prozent – also fünffach höher bei deutlich geringerem Risiko.
- Die Marge der Gaswirtschaft, also die Differenz zwischen Importpreis und Verbraucherpreis, hat sich in den vergangenen Jahren ständig erhöht: von 2,4 Cent je Kilowattstunde im Jahr 2002 auf 3,0 Cent im Jahr 2008. Wegen eines etwa zweiprozentigen jährlichen Produktivitätsfortschritts hätten diese Margen eigentlich deutlich sinken müssen.
- Die Großhandelspreise an der Strombörse EEX liegen mit 6,5 Cent je Kilowattstunde (Durchschnitt 2008) um das Doppelte über den Herstellungskosten des Handelsgutes Strom (rund drei Cent/kWh). E.on und RWE verfügen gemeinsam über etwa 70 Prozent der gesamten Stromerzeugungskapazitäten (siehe auch S. 26).



Die atomkritische ärztliche Friedensorganisation IPPNW hat im Super-Wahljahr 2009 gemeinsam mit EUROSOLAR und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) eine Kampagne für den Atomausstieg und für ein zügiges Umsteuern auf 100% Erneuerbare Energie gestartet. Kern der Kampagne ist ein achtseitiges Faltblatt mit dem Titel „Glaubst du das wirklich?“ Der Bund der Energieverbraucher e. V. unterstützt die Kampagne.

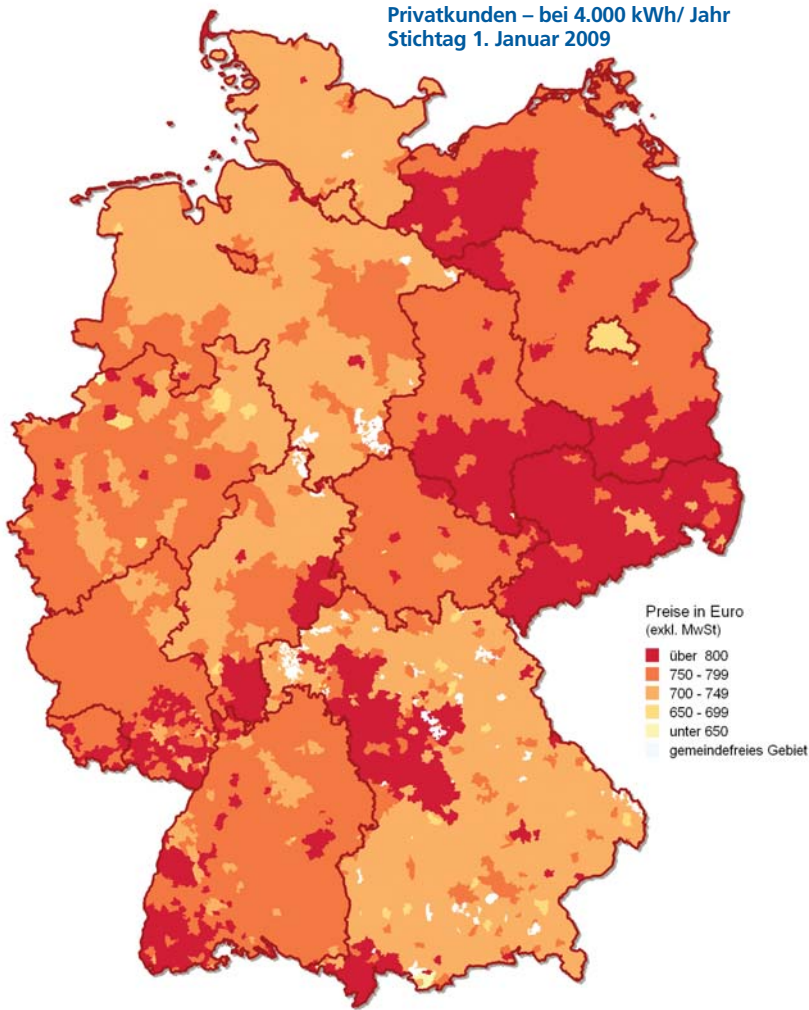
Verflechtungen auf allen Ebenen

Die Verflechtungen zwischen großen Stromerzeugern, Gasimporteuren, Gas- und Stromübertragungsnetzbetreibern und Endkundenvertrieb haben sich verfestigt. E.on und RWE haben bei Strom und Gas in der Erzeugung, der Verteilung und dem Vertrieb eine dominierende Stellung.

Der Wettbewerb erweist sich als Mogelpackung. Überhöhte Preise erhalten einen Heiligenschein, als habe die unsichtbare Hand des freien Wettbewerbs sie festgelegt.

Strompreis – Grundversorgungstarif

Privatkunden – bei 4.000 kWh/ Jahr
Stichtag 1. Januar 2009



Quelle: Verivox GmbH · Stand: 1. 1. 2009

Tribut an die Monopolisten

In entscheidenden Punkten sind die Strom- und Gaspreise dem Wettbewerb jedoch auch heute noch entzogen. Egal, von welchem Anbieter man Strom oder Gas bezieht: Jeder muss seinen Tribut an die Monopolisten entrichten:

- Deutlich überhöhte Netzentgelte kommen den Netzbesitzern zugute und hemmen den Wettbewerb. Auch nach zwei Regulierungsrunden und der Einführung der Anreizregulierung sind die Netzentgelte zu hoch. Zudem kassieren die Netzbesitzer, ohne nennenswert in die Infrastrukturen zu investieren. Allein für die Nutzung der Stromnetze zahlen Verbraucher jährlich etwa 18 Milliarden Euro. Die Konzerne investieren jedoch gerade mal 2,4 Milliarden Euro. Daran wird auch die Anreizregulierung wenig ändern, denn die Effizienzmaßstäbe sind zu niedrig angelegt und die Eigenkapitalverzinsung wurde mit 9,29 Prozent zu hoch festgelegt (siehe Seite 17 und Seite 43).
- Die Stromgroßhandelspreise an der Strombörse sind missbräuchlich über-

höht, weil sie erheblich über den Stromerzeugungskosten liegen. Damit liegen auch die Preise für den außerbörslichen Strombezug zu hoch (siehe Seite 26).

- Die marktbeherrschende Stellung weniger großer Gasimporteure behindert den Gaswettbewerb, da diese Unternehmen gleichzeitig über die Verteilnetze und die Gasspeicher verfügen. Es gibt zu viele Marktgebiete für Erdgas, der Zugang zu den Gaspeichern ist überteuert.

Wenn der Markt versagt

Selbst die seit September 2008 um rund 60 Prozent gesunkenen Stromgroßhandelspreise führen nicht zu Strompreissenkungen für Verbraucher. Ganz im Gegenteil: Die Strompreise sind 2009 weiter gestiegen (siehe Seite 11).

Die schöne Welt des Energiewettbewerbs erweist sich als Fassade, die gravierendes Versagen der marktwirtschaftlichen Mechanismen verdeckt: Entweder kontrolliert freier Wettbewerb die Preise, oder aber der Staat.

Bei Strom und Gas üben jedoch weder der Wettbewerb noch der Staat eine begrenzende Funktion aus, denn der Staat hat sich zurückgezogen, während der Wettbewerb gravierende Schwachpunkte aufweist. Mit den zu viel kassierten Milliarden haben RWE und E.ON zudem wesentliche Energieunternehmen in ganz Europa zusammengekauft. Sie können mit ihrer Marktmacht aufkommende Konkurrenten nicht nur in Deutschland, sondern auch im übrigen Europa kleinhalten.

Die Leidtragenden sind die Energieverbraucher: private Haushalte und auch Unternehmen. Sie müssen überhöhte Strom- und Gaspreise in zweistelliger Milliardenhöhe zahlen.

Vereinnahmte Politiker

Die Energieunternehmen haben jede Glaubwürdigkeit verloren. In der Beliebtheitsskala der Bevölkerung rangieren sie am Ende – sogar hinter den Finanzämtern.

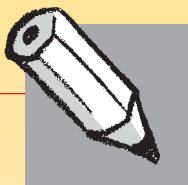
Die Politik kommt über empörte Sätze in der „Tagesschau“ nicht hinaus. Sie hat sich von der Versorgungswirtschaft einvernehmen lassen. Einschlägige Gesetze und Verordnungen wirken wie von Lobbyisten diktiert. Notwendig wäre eine wirksame Entflechtung der Energiegiganten und eine strikte öffentliche Kontrolle über die Leitungsnetze von Strom und Gas.

Was Verbraucher tun können

Den betroffenen Verbrauchern ist zu raten, die verbliebenen Spielräume zum Wechsel des Strom- und Gasanbieters zu nutzen und sich mit den Waffen des Zivilrechts gegen überhöhte Preise zu wehren.

Bereits zehntausende Verbraucher zahlen nicht mehr die einseitig überhöht festgesetzten Preise, sondern kürzen erfolgreich ihre Rechnungen. Und immer mehr Gerichte geben diesen Verbrauchern Recht (siehe Seite 10).

Verbraucher sollten auch die in der Vergangenheit zu viel bezahlten Strom- und Gaspreise zurückfordern. Dabei sollten Betroffene jedoch darauf achten, sich fachkundige Beratung zu holen, etwa durch den Bund der Energieverbraucher e.V. oder Verbraucherzentralen. ■



Zu ED 1/2009

Geblenet

Der Autor scheint von den Vorteilen der Elektroautos so geblendet zu sein, dass die vielen Nachteile nicht gesehen werden.

Zum einen ist die Energiebilanz gar nicht so positiv wie dargestellt. Ein Kompaktwagen benötigt 20 kWh Strom je 100 Kilometern. 20 kWh entsprechen aber nicht zwei Litern Benzin, wie oft geschrieben,

Auf diesen Seiten sollen Sie als Leser zu Wort kommen:

Mit Ratschlägen, Anregungen und Meinungen, auch Polemik. Zu kontroversen Themen sollen möglichst beide Seiten zu Wort kommen. Kürzere Zuschriften werden bevorzugt, wir behalten uns Kürzungen vor.

Also schreiben Sie uns doch!

sondern rund fünf Litern. Auch die Emissionen verhalten sich entsprechend. Grund hierfür sind die Umwandlungsverluste der Stromerzeugung mit dem Wirkungsgrad von etwa 40 Prozent. Der Hinweis auf Wind- oder Sonnenstrom zieht nicht, denn jede so erzeugte kWh Strom würde bei Netzeinspeisung 2,5 kWh Primärenergie ersetzen, die Bilanz bleibt gleich.

Die Hauptprobleme der Elektroautos sind die bescheidene Reichweite beziehungsweise das hohe Gewicht und die hohen Kosten der nötigen Batterien. Selbst mit der kommenden Lithium-Ionen-Technik ergeben sich für 200 Kilometer Reichweite etwa 300 Kilogramm Batteriegewicht. Bei der derzeit üblichen Nickel-Metallhydrid-Technik ist das Gewicht noch viel höher.

Das Argument, dass meistens täglich unter 100 Kilometer gefahren wird, halte ich für zweifelhaft. Soll etwa für

die längeren Fahrten ein weiteres Auto angeschafft werden? Unterschlagen wird auch der zusätzliche Strombedarf für Heizung, der in den Normwerten nicht enthalten ist. Dieser kann den Verbrauch im Winter um 50 Prozent erhöhen! Dagegen sind Verbrennungsmotoren die meiste Zeit des Jahres praktizierte Kraft-Wärme-Kopplung, deren Energieausnutzung ist daher auch weitaus besser als dargestellt.

Die niedrigen Energiekosten (100 Kilometer bzw. 20 kWh kosten je nach Tarif etwa drei bis vier Euro) ergeben sich im Wesentlichen aufgrund der geringen Besteuerung. Würde Strom wie Kraftstoff besteuert, wäre der Vorteil dahin.

Unterm Strich werden reine Elektroautos auf mittlere Sicht keinen nennenswerten Marktanteil erreichen. Auf absehbare Zeit werden verbesserte Verbrennungsmotoren und stark zunehmend Hybridfahrzeuge,

welche die Vorteile von Verbrennungs- und Elektroantrieb vereinen, die Zukunft sein. Infos zu schon erhältlichen klimaschonenden Autos finden Sie unter: www.5-literautos.de

Ralf Krug, Pohlheim

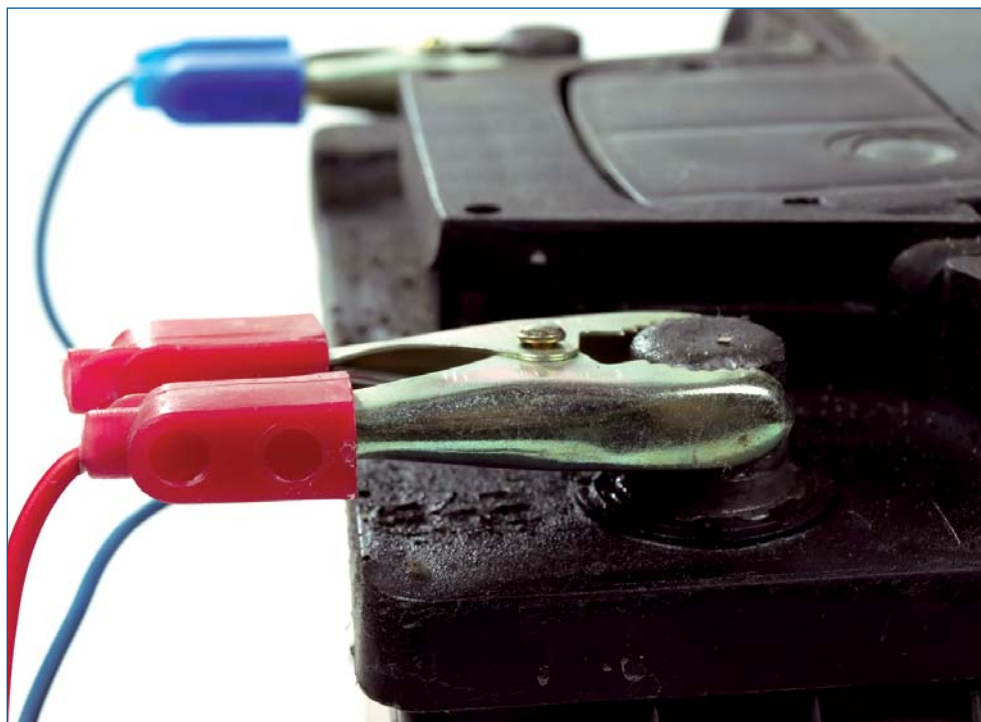
Bei all den unterschiedlichen Ansätzen, die Sie darstellen, vermissem ich aber einen neuen Denkansatz, der einen großen Teil der Problematik, nämlich die fehlende Langstreckentauglichkeit, entschärfen könnte. Wer sagt denn, dass – nach wie vor – jeder Mensch seinen eigenen fahrbaren Untersatz für alle möglichen Eventualitäten besitzen muss?

Eine Denkrichtung für umweltfreundliche Mobilität in der Zukunft könnte doch auch sein, dass Menschen, die im Jahr normalerweise zu 80 bis 95 Prozent Kurzstrecken fahren (zur Arbeit beziehungsweise einkaufen), sich ein

Elektroauto kaufen und für die wenigen weiten Strecken im Jahr über „Carsharing“ entfernungstaugliche PKW (derzeit noch) mit Verbrennungsmotor ausleihen. Das spart Kosten und ist umweltfreundlich. Der Autofahrer braucht nur einen Kleinwagen zu kaufen und kann über nicht zu zahlende Mineralölsteuer und geringere Treibstoffpreise (weniger Energieverbrauch und geringere Energiekosten) sein Budget entlasten. Gleichzeitig ist es der Einstieg in die Entwicklung, dass nicht jeder Mensch sein eigenes Vehikel braucht.

Aus den bestehenden Carsharing-Firmen heraus könnte sich das Netz mittelfristig auch in kleinere Städte ausweiten, so dass PKW nach Bedarf ausgeliehen werden können – was ja sowieso ressourcenschonender und umweltfreundlicher, sowie in vielen Fällen auch kostengünstiger sein dürfte.

Bernhard Schulte-Kemna, Bammental



Mit 20 Kilowattstunden Strom 100 Kilometer weit fahren



In der letzten Energiedepesche schreiben Sie einen sehr befürwortenden Artikel über Elektroautos. Kritisches zu Elektroautos ist (so gut wie) nicht zu finden. Man könnte sagen, die Atomlobby hat den Artikel geschrieben. Zum Glück wird es sie nicht so bald in großer Stückzahl auf unseren Straßen geben.

Der massive Einsatz von Elektroautos würde dazu führen, dass die Kohle- und Atomkraftwerke weiterhin gut ausgelastet sind und unbedingt gebraucht und eingesetzt werden müssen. Ansonsten (es wird sicherlich noch andere kritische Stimmen geben) möchte ich hier nur noch Sigmar Gabriel zitieren: „Erst mit Ökostrom wird ein Elektroauto zum Null-Emissionsauto“.

Wolfgang Zimmermann,
Metzingen



Seit fast zehn Jahren fahre ich ein City-El-Elektroauto. Ich möchte anmerken, dass die angegebene Lebensdauer der verschiedenen Akkus leider nie eingehalten werden kann. Ich habe da viel „Pech“ gehabt und mit den Garantiebestimmungen ist das auch immer so eine Sache. Insofern ist es leider vernünftiger, möglichst preiswerte Akkus zu kaufen, da dann das Risiko nicht so groß ist.

Hans-Joachim Dwilling,
Klein-Zecher

Zu ED 1/2009

Richtig, auf den Pufferspeicher kommt es an



Grundsätzlich sollten alle Solarspeicher exzellent isoliert sein, aus Wettbewerbsgründen werden aber oft Speicher mit weniger guten Dämmeigenschaften an-



Strom statt Sprit tanken

geboten und eingebaut. Übrigens: Große Speicher müssen nicht zwangsläufig im Keller zusammengeschweißt werden. Von einem finnischen Anbieter gibt es oval-rechteckige Speicher mit bis zu 2.400 Liter Inhalt, die, einschließlich Isolierung gemessen, nur 780 Millimeter tief sind, und damit durch jede Tür gehen. Die Speicher sind hartschaumisoliert, verlieren pro Tag nur 2,2 Grad bei einer Ausgangstemperatur von 80 Grad Celsius. Zudem ersparen sie in vielen Fällen eine aufwendigere Behälterbatterie, speziell in Altbauten, auch wegen der Raumhöhen, wenn Rundspeicher einfach zu hoch sind. Ein Beispiel: Volumen 1.500 Liter, Breite 1.770 Millimeter, Höhe 1720 Millimeter, Tiefe 780 Millimeter.

Nähere Informationen unter:
www.jamatek.de

Alois Groß, Birken-Honigsessen



Wenn ich auch kaum größere Vorteile durch die Mitgliedschaft hatte, ist mir diese eine Herzensangelegenheit. Hat der Verein doch einiges bewegt. Meine eigenen Investitionen Heizung, thermische Solaranlage mit Heizungsunterstützung etc., sind ohne Steuer oder/und Subventionen

erfolgt. Immerhin wurde mir nachträglich beim Studium der Energiedepesche das im Wesentlichen Richtige meiner Entscheidungen bestätigt. Die Technik schreitet fort und auch die Politik ist gelegentlich lernfähig. So kann man bei langfristigen Investitionen eben nicht immer auf dem letzten Stand sein.

Die Lektüre der Energiedepesche bringt viele Informationen und Denkanstöße, so dass ihr ein langes Leben beschert sein möge.

H. Rosenberg, Eisingen



Nachdem meine alte Trinkwasserzirkulationspumpe des Herstellers Wilo nach neun Jahren ihren Dienst versagte, musste eine Neue her. Es sollte eine energiesparende Pumpe sein und ich holte mir Angebote verschiedener Heizungsfirmen ein. Die Angebote waren allerdings preislich indiskutabel. Eine energieeffiziente Pumpe von den namhaft bekannten Herstellern war nicht unter 350 Euro (ohne Einbau) zu bekommen.

Ein Heizungsinstallateurmeister hat sich jedoch sehr gut über den technisch aktuellen Stand informiert und mir zum Einbau einer Trinkwasserzirkulationspumpe Type

ecocirc E1 der Firma Laing geraten. Sie funktioniert nach dem Kugelmotorprinzip, wodurch man auf Wellen, Lager und Wellendichtungen verzichten kann. Durch den einfachen Funktionsaufbau des Kugelmotors kann die Pumpe „modular“ aufgebaut werden. Das vereinfacht einen eventuellen Teileaustausch bei einem Defekt und reduziert Reparaturkosten. Laut Hersteller hat diese Pumpe eine Leistungsaufnahme von nur acht Watt und reduziert die Stromkosten um 68 Prozent im Vergleich zu einer Standardpumpe. Der relativ geringe Anschaffungspreis von etwa 125 Euro entspricht dem einer Standardpumpe.

Nach sechs Monaten Betrieb bin ich mit dieser neuen Pumpe sehr zufrieden und meine Erwartungen an den Energiespareffekt scheinen sich zu erfüllen. Im Gegensatz zur alten Pumpe kann ich bei der Neuen auch keine Laufgeräusche wahrnehmen.

Stefan Schmidt, Overath

Thema Energiesparlampen



Eine Energiesparlampe zahlt sich nur aus, wenn sie den besagten Faktor von etwa fünf aufweist UND eine akzeptable Lebensdauer mitbringt. Ich würde mich freuen, wenn die Energiedepesche das Thema etwas kritischer betrachtet und den Lesern eher Tipps in Richtung Qualitätsprodukte geben könnte.

Ich habe unser gesamtes Haus seit Jahren mit Energiesparlampen ausgestattet und somit bereits selber einiges an Erfahrung gesammelt. Mein Fazit: Billig ist's nur einmal an der Kasse!

Gerd Meinköhn, Köln



Die Seiten gewechselt

Hans-Peter Scheerer engagiert sich seit 20 Jahren sowohl im Bund der Energieverbraucher als auch im Verein „Energiewende“ in Rüsselsheim. Seit zweieinhalb Jahren ist er Geschäftsführer der Stadtwerke Rüsselsheim und sieht die Dinge nun aus einer anderen Perspektive. Wir sprachen mit ihm.

Energiedepesche: Sie kommen von der Energiewendegruppe und sind jetzt Stadtwerkchef. Sie haben also die Seiten gewechselt. Was Sie früher gefordert haben, müssen Sie nun umsetzen. Wie fühlen Sie sich dabei?

Hans-Peter Scheerer: Gut, weil aktiv. Früher sind wir oft gescheitert und wurden durch die Verantwortlichen blockiert. Jetzt kann ich aktiv die Anliegen umsetzen. Das erfüllt mich mit Zufriedenheit.

Energiedepesche: Ist die Übernahme des Stromnetzes in Rüsselsheim auch Ergebnis Ihrer Aktivitäten?

Hans-Peter Scheerer: Zum Teil mag das zutreffen. Die Zeiten haben sich geändert. Energiefragen werden heute anders wahrgenommen als noch vor 20 Jahren. Zum Wandel des Meinungsbildes haben wir sicherlich auch beigetragen.

Energiedepesche: Was waren Ihre Ziele im Verein Energiewende?

Hans-Peter Scheerer: Die rationelle Energieverwendung, die Einführung erneuerbarer Energien und der Ausstieg aus der Kernenergie.

Energiedepesche: Was haben Sie nun als Stadtwerkschef diesbezüglich konkret erreicht?

Hans-Peter Scheerer: Ich bin seit zweieinhalb Jahren in der Verantwortung. Wir haben seitdem eine Abteilung aufgebaut, die sich mit Energiedienstleistungen befasst, also im Wesentlichen rationeller Wärmeherzeugung in Blockheizkraftwerken und erneuerbaren Energien. Wir bieten regelmäßig eine kostenlose Energieberatung von externen Energieberatern an. Wir zertifizieren Niedrigenergiehäuser und haben kleine Nahwärmenetze aufgebaut. Es ist also einiges passiert.

Energiedepesche: Die Stadtwerke haben Anfang 2009 das Stromnetz übernommen. Welche Vorteile haben die Kunden davon?

Hans-Peter Scheerer: Die Energielieferverträge und die Netzentgelte haben sich nicht verändert.

Bei Störungen gibt es jedoch für die Bürger jetzt einen Ansprechpartner vor Ort. Das schätzen die Verbraucher. Der Service diesbezüglich ist besser geworden. Insgesamt hat sich für die Verbraucher kaum etwas verändert.

Energiedepesche: Wem gehören die Netze nun?

Hans-Peter Scheerer: Banken haben den Netzkauf finanziert. Die Netze gehören jetzt der Gasversorgung Rüsselsheim, einer Tochter der Stadtwerke.

Energiedepesche: Wie sieht das Betriebsergebnis aus?

Hans-Peter Scheerer: Die Anreizregulierung hat alles viel komplizierter gemacht. Seit 2009 muss man sich nicht nur über den Kaufpreis einigen, sondern auch über die Aufteilung der Netzentgelte. Das wird künftige Netzkäufe deutlich erschweren.

2006 hatten wir ein negatives Ergebnis im Gasvertrieb. Der warme Winter hat das Ergebnis kaputt gemacht. Bisher erzielten wir mit dem Gasnetz ein Ergebnis deutlich unter einer Million Euro, was einer Eigenkapital-Rendite von unter sechs Prozent entspricht. 2007 lief der Gasvertrieb besser mit einem knapp positiven Ergebnis. Diese Zahlen sind nicht geheim, denn die Abschlüsse müssen offen gelegt werden.



Hans-Peter Scheerer – Geschäftsführer der Stadtwerke Rüsselsheim



Das örtliche Stromnetz gehört in Rüsselsheim wieder der Gemeinde

Energiedepesche: Gibt es ein Energiemonitoring öffentlicher Gebäude in Rüsselsheim?

Hans-Peter Scheerer: Die Stadt hat dafür zu wenig Personal. Wir sehen es durchaus als unsere Aufgabe an, die Stadt dabei zu unterstützen. Dafür haben wir auch ein Konzept entwickelt. Dort gibt es noch einiges zu tun. Das würden wir gerne anpacken.

Energiedepesche: Wie steht es mit der Straßenbeleuchtung?

Hans-Peter Scheerer: Wir haben die Beleuchtung mit dem Stromnetz übernommen und uns gegenüber der Gemeinde verpflichtet, in den kommenden zehn Jahren den Stromverbrauch der Straßenbeleuchtung um 20 Prozent zu vermindern. Deshalb investieren wir derzeit in den Austausch alter Leuchten.

Energiedepesche: Wo kaufen Sie Gas ein?

Hans-Peter Scheerer: Bis 2007 waren wir über einen klassischen Vollversorgungsvertrag an einen Lieferanten gebunden, die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden. Der Vertrag wurde gekündigt und der Gasbezug ausgeschrieben.

Seit vergangenen Oktober sind wir in die strukturierte Beschaffung eingestiegen. Wir kaufen unser Gas bei freien Händlern. Das läuft über einen Dienstleister, die Südweststrom Tübingen. Es gibt also keinen einzelnen Gasbezugsvertrag mehr, sondern eine ganze Reihe von Verträgen. Jeder dieser Verträge beinhaltet einen Lieferzeitraum, die Liefermenge und den Preis. Weil die Verträge einzeln einen festen Gaspreis beinhalten, gibt es keine Ölpreisbindung. Dennoch ist der Preis bei Vertragsabschluss vom Ölpreis abhängig. Für 2009 haben wir schon alle Bezugsverträge abgeschlossen, für 2010 und 2011 sind Teilmengen bestellt.

Energiedepesche: Woher wissen Sie, welchen Brennwert das den Kunden gelieferte Gas hat?

Hans-Peter Scheerer: An den Einspeisepunkten des vorgelagerten Gasnetzes stehen Analysestationen, die den Brennwert ständig erfassen. Kritisch nachfragenden Verbrauchern zeigen wir auch gerne die Messprotokolle. Wir machen aus diesen Dingen kein Geheimnis.

Energiedepesche: Wo kaufen Sie Strom ein?

Hans-Peter Scheerer: Wir handeln nicht mit Strom, wir betreiben lediglich das Stromnetz. Wir haben mit dem Netz keinen einzigen Kunden übernommen. Grundversorger in Rüsselsheim ist die RWE-Tochter Eprimo. Das Stromnetz gehörte vor einigen Jahren dem Überlandwerk Groß-Gerau, einer 50-Prozent-Tochter von RWE. Eprimo war eine Tochter der Überlandwerke Groß-Gerau und wurde später vollständig von RWE übernommen.

Energiedepesche: Wollen Sie die Grundversorgung für Strom übernehmen?

Hans-Peter Scheerer: Entsprechende Überlegungen gibt es, aber derzeit sind wir noch zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt. Um unsere Bürger mit Strom zu versorgen, hätten wir das Stromnetz nicht kaufen müssen. Die Trennung von Netzbetrieb und Stromverkauf haben die meisten Verbraucher noch nicht verstanden.

Energiedepesche: Wie viel Geld können Sie mit dem Stromnetz verdienen?

Hans-Peter Scheerer: Unser Geschäftsplan prognostiziert einen Gewinn, der zu einer Eigenkapitalrendite von fünf bis sechs Prozent führt. Die Regulierung

belastet uns mit hohen Kosten und beschränkt auch unsere Gewinne. Ein reines Gasnetz ist wirtschaftlich nur schwer zu betreiben. Wenn man ein Stromnetz dazu hat, rentiert sich die Infrastruktur für den Netzbetrieb wesentlich besser. Synergien gibt es auch bei Hausanschlüssen und beim Verlegen von Leitungen. Durch die Anreizregulierung haben wir höhere Aufwendungen und geringere Erträge.

Wir haben ein paar kleine KWK-Anlagen in der Stadt. Ein Ausbau würde sich nur lohnen, wenn wir auch Abnehmer für die Wärme haben. Wir haben einige kleine Nahwärmeinseln in der Stadt, zum Beispiel in Neubaugebieten, wo wir mit den Bauträgern einig wurden.

Energiedepesche: Gibt es Verbraucher in Rüsselsheim, die selbst Strom herstellen?

Hans-Peter Scheerer: Das betrifft fast ausschließlich Photovoltaik. Wir haben rund 230 PV-Anlagen im Netzgebiet und zwei private KWK-Anlagen. Wir kümmern uns um diese Leute, machen Informationsveranstaltungen für sie und erklären ihnen technische und wirtschaftliche Grundlagen. Dabei entsteht auch ein Informationsaustausch.

Die Abwicklung der Einspeisung ist eine ideelle Aufgabe. Geld bekommt man dafür nicht. Wir beraten dennoch die Interessenten, was zu tun ist, um eine eigene Anlage ans Netz zu bekommen. Wir stehen dabei noch am Anfang. Wir bauen das Know-how dafür auf und haben Mitarbeiter dafür eingestellt, damit feste Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Energiedepesche: Wie sieht Ihre Notfallplanung aus, falls mal das Stromnetz zusammenbricht?

Hans-Peter Scheerer: Wir haben kein galvanisch getrenntes Netz, das man unabhängig betreiben kann. Darauf haben wir verzichtet, weil das den Kaufpreis nach oben getrieben hätte. Wir sind daher auf den vorgelagerten Netzbetreiber angewiesen und können keine eigenen Maßnahmen ergreifen. Die aktuelle Notfallplanung für das vorgelagerte Netz kenne ich nicht.

Wir haben auch über Dienstleistungsverträge nur ganz begrenzte mobile Notstromkapazitäten. Damit können wir die



öffentliche Versorgung nicht aufrechterhalten. Diese Notstromaggregate können so lange betrieben werden, wie der Sprit reicht. Da zu den Stadtwerken auch die Verkehrsbetriebe gehören, haben wir eigene Tanks mit rund 60.000 Liter. Eine gesetzliche Verpflichtung für Notfallpläne ist mir nicht bekannt. Bei der Gasversorgung gibt es auch nur die Verpflichtung, Störungen zu melden. Eine Katastrophenplanung machen die Gebietskörperschaften, also bei uns der Landkreis. Die Koordination bezieht sich aber hauptsächlich auf Trinkwasser.

Energiedepesche: Wie viele Gassperren gibt es bei Ihnen?

Hans-Peter Scheerer: Wir haben etwa 11.000 eigene Gaskunden. Etwa 15 Prozent von ihnen haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Gasanbieter zu wechseln.

Wir haben viele hundert Ratenzahlungsvereinbarungen mit Verbrauchern. Wir haben relativ oft Kunden, die mal in die Klemme sitzen. Die holen wir dann mit Ratenzahlungsvereinbarungen wieder zurück. Im letzten Jahr hatten wir ca. 200 Gassperren.

Energiedepesche: Prüfen Sie vor einer Sperre, ob ein Härtefall vorliegt?

Hans-Peter Scheerer: Vor Weihnachten oder an Freitagnachmittagen führen wir keine Sperren durch, damit die Leute die Gelegenheit haben, die ausstehenden Beträge zu begleichen. Soziale

Kriterien berücksichtigen wir nicht, denn die Lebensumstände der Betroffenen sind uns nicht bekannt.

Energiedepesche: Dann könnte es passieren, dass Sie einem Schwerstkranken das Gas abstellen?

Hans-Peter Scheerer: Wir können das nicht prüfen. Wenn gesperrt wird, sind die Leute ohnehin meist nicht zuhause, da wir die Sperre vorher ankündigen müssen. Wir können keine Sozialbürokratie aufbauen, um Bedürftigkeit festzustellen. Dies gibt es bei der Stadt Rüsselsheim. Es macht keinen Sinn, das ein zweites Mal bei den Stadtwerken aufzubauen. Wenn das Sozialamt einen Problemfall meldet, nehmen wir darauf Rücksicht. Aber wir betreiben keine eigenen Recherchen.

Energiedepesche: Melden Sie bevorstehende Sperren an das Sozialamt?

Hans-Peter Scheerer: Nein.

Energiedepesche: Wie viele Kunden haben Sie, die Ihre Gasrechnung kürzen?

Hans-Peter Scheerer: Etwa zwei Dutzend Kunden zahlen nicht den verlangten Preis. Gegen einen Protestkunden haben wir prozessiert und gewonnen. Wir haben noch keinen Protestkunden gesperrt.

Es gibt jedoch einige, die sind kurz vor einer Sperre stehen, weil sie gar nichts zahlen. Diese Leute bereichern sich auf

Kosten anderer und werden auch gesperrt. Die anderen versuchen wir noch zu überzeugen.

Energiedepesche: Was halten Sie von Smart Metering?

Hans-Peter Scheerer: Der derzeitige Stand ist unbefriedigend. Man wollte es allen recht machen. Das führt zu nichts. In den Niederlanden hat man es vor fünf Jahren mit einer freiwilligen Lösung versucht und hat jetzt die flächendeckende Einführung beschlossen. Wenn die Politik das auch bei uns so haben will, sollte sie dies auch so vorschreiben. Dann vermindern sich die Mehrkosten und verteilen sich auch gleichmäßig auf alle Verbraucher.

Energiedepesche: Wie sehen Sie den Bund der Energieverbraucher?

Hans-Peter Scheerer: Ich bin seit 20 Jahren Mitglied. Wir verteilen fleißig Energiedepeschen, auch wenn mir nicht immer alles gefällt, was drin steht. Der Verein erfüllt insgesamt eine wichtige Funktion und ist ein anerkannter Gegenspieler der Energiekonzerne.

Der Verein zeichnet in vielen Fragen ein zu einfaches Bild und übertreibt die Dinge. Das wird der Sache nicht immer gerecht. Als Stadtwerke sind wir von dem, was der Verein erreichen will, nicht weit entfernt. Wir haben aber natürlich auch andere Interessen, denn wir müssen Geld für unseren Gesellschafter verdienen. ■

„Wie oft vergessen Sie gekippte Fenster?“

„Mit WINFLIP® vergesse ich nie mehr gekippte Fenster. Ich bin von WINFLIP® begeistert, Sie sicher auch!“
Eva Habermann



Schließt automatisch jedes kippbare Fenster ohne Strom oder Batterie

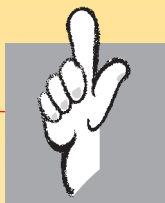
Spart Energie durch gezieltes Lüften

Formschönes und dezentes Design

Ausgezeichnet mit dem renommierten Energy Globe Award



Schließt das Fenster.



Wohnungsbrand

Lebensrettende Rauchmelder

Monatlich sterben in Deutschland 50 Menschen bei Wohnungsbränden. Die meisten davon kommen durch eine Rauchvergiftung um. Zwei Drittel aller Brandopfer werden nachts im Schlaf überrascht. Jährlich sind in Deutschland 600 Brandtote zu beklagen und 6.000 Brandverletzte mit Langzeitfolgen. Sehr oft lösen technische Defekte die Brände aus.

Ein Rauchmelder ist der beste Lebensretter in der Wohnung: Ein lauter Alarm



Kann Leben retten: Ein Rauchmelder

warnet die Bewohner auch im Schlaf rechtzeitig vor der Gefahr. Nur jede zehnte Wohnung ist mit einem Rauchmelder ausgestattet. Die Geräte kosten zwischen fünf und zehn Euro. In der Regel genügen drei Geräte pro Wohnung: Je eines für den Flur, den Schlafraum und das Kinderzimmer.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Installation von Rauchmeldern gibt es auf Bundesebene nicht. Die Länder treffen die entsprechenden Regelungen in den Landesbauordnungen.

In fünf Bundesländern (Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hessen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpom-

mern) müssen Bestandswohnungen spätestens bis 2014 mit den kleinen Lebensrettern ausgerüstet sein. In anderen Ländern gibt es eine Ausstattungspflicht für Neubauten oder Umbauten.

Kühlschränke

Energiefresser in der Küche

Frage:

Nachdem wir mit unserem Vierpersonenhaushalt unseren Rekord-Stromverbrauch von 7.400 Kilowattstunden im vergangenen Jahr erreicht haben, suchen wir nun unsere schlimmsten Verbraucher. Wir heizen und kochen mit Gas.

Der erste Verdächtige ist unsere Kühl-/Gefrierkombination. Ein amerikanisches Side-by-Side Modell mit Eiswürfelpender etc. Laut Energiemesser in 24 Stunden ein Verbrauch von vier Kilowattstunden. Macht aufs Jahr 1.400 Kilowattstunden. Das Gerät ist ca. zwölf Jahre alt. Ist solch ein Verbrauch normal für Geräte dieses Alters oder kann da ein Defekt vorliegen?

Frank B.

Antwort:

Ihr Verbrauch ist für deutsche Verhältnisse absoluter Wahnsinn. Eine gute, neue Kühl-Gefrierkombination mittlerer Preisklasse (ca. 300 Euro) benötigt 200 kWh jährlich, also gerade mal ein Siebtel ihres Geräts. Verschenken Sie Ihr US-Gerät bitte nicht, es gehört direkt auf den Müll. Ein Weiterbetrieb ist kaum verantwortlich. Der Strombedarf eines Normalhaushalts mit Ihren Voraussetzungen (Vier Personen, Kochen und Warmwasser mit

Gas) liegt bei 2.050 Kilowattstunden. Mit Ihrem Verbrauch von 7.400 Kilowattstunden liegt Ihr Verbrauch jenseits von Gut und Böse, selbst mit einem neuen Gefriergerät. Sie sollten daher systematisch alle ihre Geräte und Gewohnheiten ihres Haushalts prüfen. Solche Erkenntnisse helfen Ihnen wei-

ter. Keine Bange, vermutlich sind nur geringe Investitionen nötig, um Ihren Energiebedarf zu drosseln. Am wichtigsten ist ihre Bereitschaft, ernsthaft gegen die Verschwendung anzugehen. Das Programm Strom-Check kann dabei helfen (<http://stromcheck.energieverbraucher.de>)

Oliver Stens

Wie Ölpreis und Finanzkrise zusammenhängen

Der Umweltwissenschaftler Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker weist in seinen Interviews und Vorträgen darauf hin, dass der Ölpreis mitverantwortlich für die Finanzkrise ist.

In den USA gab es in den 80er-Jahren eine gigantische neue Welle der Zersiedlung. Damals verdoppelten sich die Wege der Berufspendler. Gleichzeitig kam eine neue Autoflotte auf den Markt: die Sport Utility Vehicles, kurz SUV. Das hat dazu geführt, dass allein in Amerika sich die CO₂-Emissionen für Mobilität fast verdoppelt haben. Diese Entwicklung trug nicht nur zur ökologischen Notlage bei, sondern hat auch die heutige Finanzkrise mit vorbereitet. Denn diese gewaltige Zersiedlung wurde zum großen Teil mit nachrangigen Hypotheken finanziert, die die Ratingagenturen in der irren Annahme permanent billigen Autopendelns mit „AAA“ bewerteten.

Ein Blick zurück auf die Genese der Krise

Im Jahr 2007 spielten die Weltölpreise verrückt.

In den USA wurde das Pendeln über größere Distanzen zum Albtraum.

Deshalb verloren viele Immobilien ihren Wert.

Millionen Häuslebauer konnten ihre Hypotheken nicht mehr bedienen.

Die Hypothekenbanken Fannie Mae, Mac und Countrywide krachten zusammen und im Anschluss die, die „Sicherheiten“ in Form von „credit default swaps“ hielten, zum Beispiel Bear Stearns, Merrill Lynch, Lehmann Bros; später auch General Motors, Chrysler und Ford.



Im Visier der Staatsanwälte

Durchsuchungen bei den Stromkonzernen, Milliarden Gewinne, Untersuchungen des Bundeskartellamts: Die Stromriesen sind gewaltig ins Gerede gekommen. Inzwischen ermitteln sogar die Staatsanwälte.

Am 23. März 2009 stellt Ansgar Federhen aus Rheinbreitbach Strafanzeige gegen die Verantwortlichen von E.on und RWE. (Az 306/Js 101/09 Staatsanwaltschaft Essen und 120 Ujs 22/09 Staatsanwaltschaft Düsseldorf). Der studierte Finanzwirt hatte sich sowohl in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der Grünen im Ortsgemeinderat, als auch als Mitglied beim Bund der Energieverbraucher e. V. schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der Strompreise in Deutschland beschäftigt.

Gutachten bestätigt Anfangsverdacht

Die Strafanzeige basiert auf einem Gutachten des Strafrechtsprofessors Dr. Matthias Jahn von der Universität Erlangen-Nürnberg, der sorgfältig die gesamte Literatur zum Thema untersucht. Jahn hatte seine Erkenntnisse in der juristischen Fachzeitschrift „Zeitschrift für Neues Energierecht“ veröffentlicht. Professor

Jahn ist im Nebenamt Richter am Oberlandesgericht Nürnberg.

Er kommt zu dem Ergebnis, dass ein „Anfangsverdacht“ vorliege. Als Gründe führt er an:

- Veröffentlichung unrichtiger bzw. irreführender Angaben zu der dem Handel zur Verfügung gestellten Strommenge auf der Homepage der Leipziger Strombörse (EEX),
- Irreführende Signale durch gezielte Manipulation des EEX-Spotmarktpreises („marking the close“ bzw. „wash sales“),
- Sonstiges Täuschen durch gezielte Zurückhaltung eigentlich verfügbarer Stromkapazitäten (sogenanntes cornering).

Damit gebe es hinreichende Anhaltspunkte für eine Strafbarkeit wegen Betrugs nach §§ 20a i. V. m. 38 des Wertpapierhandelsgesetzes bzw. nach § 263 Strafgesetzbuch. Im § 20a Abs. (1) heißt

es: „Es ist verboten, Geschäfte vorzunehmen oder Kauf- oder Verkaufsaufträge zu erteilen, die geeignet sind, ... ein künstliches Preisniveau herbeizuführen“. Das Gesetz sieht für den Fall, dass sich ein solcher Tatverdacht bestätigen sollte, für die Verantwortlichen Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen vor, so die Düsseldorfer Rechtsanwältin Leonora Holling.

Strom zu teuer verkauft

Experten im Sondergutachten „Strom und Gas 2007“ der Monopolkommission, eines Beratungsorgans der Bundesregierung, hatten bereits den Verdacht der Manipulation geäußert. Sie beriefen sich dabei auf ein Gutachten von London Economics, das im Auftrag der Europäischen Kommission erstellt worden war. In diesem Gutachten hatte London Economics Berechnungen vorgestellt, aus denen sich ergab, dass die Strompreissteigerungen dadurch vorangetrieben worden sein könnten, dass Stromkonzerne ihre kostengünstig produzierenden Kraftwerke bewusst zurückgehalten und nur Strom aus teuer produzierenden Kraftwerken an der EEX feilgeboten hätten.

Dokument bestätigt Absprachen

Ein Schriftsatz des Bundeskartellamts vom 18. November 2006 hatte diesen Verdacht bestärkt. Das Dokument stammte aus dem Fusionskontrollverfahren E.on Mitte/Stadtwerke Eschwege. Es stellte Absprachen zwischen den Chefs der vier deutschen sowie der europäischen Großkonzerne dar. Mit Blick auf die Börse war ein E.on internes Papier mit der Überschrift „Welchen Anteil haben wir an der Marktpreisentwicklung?“ besonders aufschlussreich: „Von März bis Juni 2003 hat ein intensiver Einsatz des E.on Sales and Trading (EST)-Eigenhandelsbuches zur Initiierung von Marktpreissprüngen und zur Absicherung von Marktpreisein-



Ansgar Federhen mit Unterstützung des Bundes der Energieverbraucher contra E.on und RWE

Kurze Chronik

- 1998** Die Strommärkte werden liberalisiert. Die Großhandelspreise für Strom sinken auf rund zwei Cent je Kilowattstunde.
- 2000** RWE und E.on legen rund zehn Prozent aller deutschen Kraftwerke still (10.000 Megawatt Leistung).
- 2002** Die Stromhandelspreise an der Strombörse klettern auf rund sechs Cent pro Kilowattstunde
- 2006** RWE und E.on verkaufen ihren Strom nicht an der Börse, sondern außerbörslich. RWE tritt sogar an der EEX als größter Stromkäufer auf (siehe Grafik).
- 2007** Ein Insider verbreitet detaillierte Handelsdaten der EEX.
- 2007** Die Börsenaufsicht lässt die Manipulationsvorwürfe von einem wissenschaftlichen Institut untersuchen. Genau dieses Institut hatte RWE gegen Vorwürfe des Bundeskartellamts wegen Preismanipulationen verteidigt – gegen Bezahlung.
- 2007** Die EU-Kommission durchsucht die Konzernzentralen von E.on und RWE. Sie verhängt gegen E.on ein Bußgeld von 34 Millionen Euro, weil ein Siegel erbrochen wird, das beschlagnahmte Akten sicherte.
- 2008** Der Bundestag verschärft die Kartellvorschriften, damit Kartellbehörden besser gegen missbräuchlich überhöhte Energiespreise vorgehen können. Das Bundeskartellamt richtet zur Verfolgung derartiger Verstöße eine spezielle Beschlusskammer neu ein.
- Februar 2009** Die EU Kommission stellt das gegen E.on eingeleitete Missbrauchsverfahren ein, weil sich E.on zur Veräußerung seines Stromnetzes bereit erklärt.
- März 2009** Die „Zeitschrift für neues Energierecht“ stellt in einer Pressekonferenz die Strafbarkeit von Strompreisbeeinflussungen heraus.
- April 2009** Das Bundeskartellamt startet eine Untersuchung des Strom-großhandelsmarktes.
- Mai 2009** Die Staatsanwaltschaften prüfen die Strafanzeige gegen die Verantwortlichen des RWE und E.on Konzerns.

brüchen beigetragen (...) EST hat als Treiber des Marktes sehr großen Anteil am Durchstoßen eines Zielpreises.“ Für den Zeitraum Juli bis September 2003 konstatiert E.on: „Wenig Eingriff durch EST notwendig, um Marktpreis auf hohem Niveau zu stabilisieren.“

Am 7. Mai 2008 gab die Kommission eine vorläufige Beurteilung ab, aus der sich für E.on offensichtlich die Gefahr eines milliarden schweren Bußgeldes abzeichnete. Darauf ging der Konzern auf die Kommission zu und bot an, sein Höchstspannungsnetz und 5.000 Megawatt seiner Kraftwerkskapazitäten zu verkaufen.

Hat E.on Kapazitäten zurückgehalten?

Dieser Verdacht lässt sich nun auch mit dem Abschlussbericht über die Untersuchung der Europäischen Kommission weiter erhärten, der am 13. Februar 2009 im Amtsblatt der EU erschienen ist. Dort finden sich über die bereits bekannten Feststellungen hinaus Hinweise zu Um-

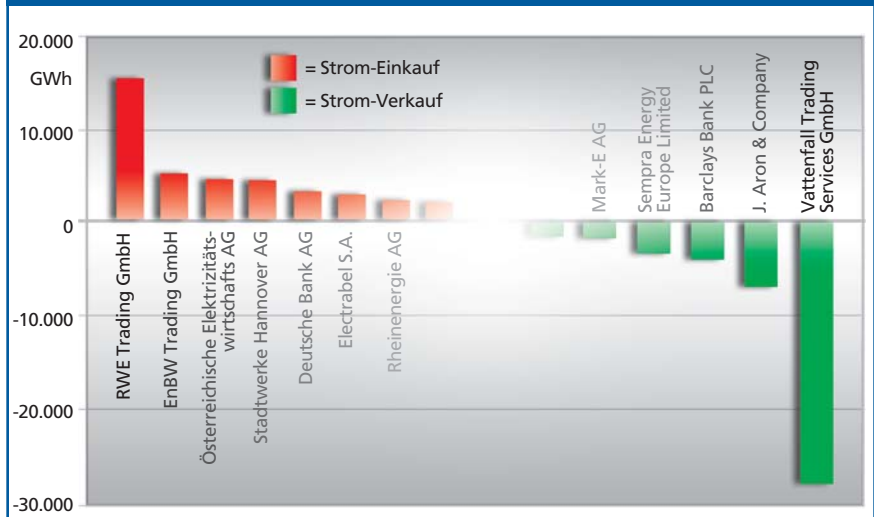
fang und Folgen der Kapazitätzurückhaltung.

Der Preis auf dem kurzfristigen Markt in Deutschland wird jeden Tag stündlich über Auktionen an der EEX festgelegt. Der Preis ist das Ergebnis eines Auktions-

systems, über das ein einziger Preis für den gesamten Markt festgelegt wird. Der vorläufigen Beurteilung der Kommission zufolge hat E.on die Strategie verfolgt, verfügbare Erzeugungskapazität kurzfristig zurückzuhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben. Nach Berechnungen der Kommission könnte E.on zwischen 2002 und 2007 und insbesondere in den Jahren 2003 und 2004 einen erheblichen Teil seiner rentablen Kapazität zurückgehalten haben. Es besteht „Grund zur Annahme, dass zwischen 2002 und 2007 verfügbare Erzeugungskapazität über Hunderte von Stunden, das heißt wiederholt und andauernd über mehrere Jahre, zurückgehalten worden sein könnte“. In ihrer vorläufigen Beurteilung hatte die Kommission die Auffassung vertreten, „dass der kurzfristige Effekt – bei der Beeinflussung der Spotmarkt-Preise – sich zu einem langfristigen Effekt entwickeln könnte, weil die langfristigen Märkte von den Trends der kurzfristigen Preise abhängen, was bedeutet, dass ein anhaltender Anstieg der kurzfristigen Preise an der EEX in Deutschland in ein bis drei Jahren zu einem Preisanstieg bei Terminprodukten führen könnte“.

Fazit: Die Kommission hat „Grund zur Annahme“, dass E.on über sechs Jahre hinweg und über Hunderte von Stunden die Preise an der EEX in die Höhe getrieben hat. Dennoch stellte sie das Verfahren ein, nachdem E.on seine Verpflichtungszusagen abgegeben hatte. Der Kommis-

Größte Strom-Einkäufer und -Verkäufer am EEX-Spotmarkt im Jahr 2006





sion war offenbar der politische Erfolg, den weltgrößten Energiekonzern zu Änderungen seiner Unternehmensstrukturen gezwungen zu haben, wertvoller als ein – wenn auch ansehnliches – Bußgeld, das E.on in jahrelangen Gerichtsverfahren attackiert hätte.

Kein Strom von RWE und E.on an der Börse?

RWE verfügt über 32 Prozent der deutschen Kraftwerkskapazitäten. RWE tätigte 2006 28 Prozent des gesamten Netto-Stromeinkaufs an der EEX-Strombörse. E.on verfügt über 22 Prozent des deutschen Kraftwerksparks. E.on trat aber an der EEX im Jahr 2006 nicht nennenswert als Stromanbieter in Erscheinung. Das geht aus verlässlichen Unterlagen hervor, die der Redaktion und auch den Staatsanwaltschaften vorliegen (siehe Grafik Seite 27).

Die Schäden, die diese Manipulationen anrichten, erreichen Schwindel erregende Höhen: So haben die Stromproduzenten im Jahr 2007 anstelle eines kartellrechtlich



Pressekonferenz am 8. Mai 2009 im Steigenberger Parkhotel Düsseldorf zur Anzeiger-stattung gegen RWE und E.on (v.l. Ansgar Federhen, Leonora Holling, Dr. Aribert Peters, Gunnar Harms)

zu rechtfertigenden, an den Kosten orientierten Preises von 32 Euro pro Megawattstunde mindestens 60 Euro verlangt und im außerbörslichen Terminmarkt auch erhalten. Der Preis für den Stromterminmarkt orientiert sich am EEX-Spotmarktpreis, den E.on und RWE durch die Zurückhaltung ihrer Kapazitäten ebenfalls nach oben trieben. Insgesamt hat allein E.on im Jahr 2007 etwa 3,6 Milliarden Euro zu viel kassiert. Aufgrund der Beweismittel, die den Ermittlungsbehörden mittlerweile vorliegen, dürfte sich dadurch allein für das Jahr 2007 ein Schaden für die Endverbraucher in Höhe von ca. 12,6 Milliarden Euro ergeben.

Verdreifachte Strompreise

Das Wettbewerbsrecht kennt seit jeher das Instrument der kartellrechtlichen Preishöhenkontrolle. Marktbeherrschende Unternehmen – zu denen RWE und E.on nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zählen – müssen ihre Preise einer kartellrechtlichen Angemessenheitskontrolle unterwerfen. Ein Kontrollparameter ist das Vergleichsmarktprinzip, nach Lage der Dinge in Deutschland insbesondere das zeitliche Vergleichsmarktprinzip. So tobte zwischen 1999 und 2002 ein Preiskrieg zwischen RWE und EnBW, der zu einem massiven Preisverfall führte. Die damals geltenden Preise betrugen nur ein Drittel der heutigen Tarife. Daran müssen sich die Unternehmen

heute messen lassen. Das zweite Kontrollprinzip ist das sogenannte Gewinnbegrenzungskonzept: Danach darf das marktbeherrschende Unternehmen nur einen Preis verlangen, der den Produktionskosten zuzüglich eines angemessenen Gewinnzuschlags entspricht. Aus eigenen Zeugnissen der Energiewirtschaft ist bekannt, dass die Kosten der Stromerzeugung in abgeschriebenen Kernkraftwerken maximal 20 Euro und beim üblichen Erzeugungsmix maximal 28 Euro pro Megawattstunde betragen. Rechnet man einen Gewinnaufschlag dazu, wie das Regulierungsrecht sie für die Verzinsung des eingesetzten Kapitals für Netze zulässt, würde der Gewinnzuschlag etwa zehn Prozent betragen. Danach dürfen Marktbeherrscher je Megawattstunde maximal 31 Euro verlangen – und nicht 60 Euro wie im Jahr 2007.

Schadensersatzklagen möglich

Die Überzahlung kann im Wege des kartellrechtlichen Schadenersatzes zurückverlangt werden. Das wäre die rückwirkende Kompensation, die die Kommission mit ihren strukturellen Maßnahmen nicht erreicht hat. Das rechtliche Gefüge ist in einem Aufsatz im aktuellen Heft der „Zeitschrift für Neues Energierecht“ dargestellt (<http://schadensersatz.energieverbraucher.de>). Stromkunden könnten für die Durchsetzung ihrer Rechte vor Gericht darauf zurückgreifen. ■

SPAR-STEUERUNG

für Waschmaschinen

WASSER, ENERGIE UND CHEMIE SPAREN...

MS1002

Die ideale Ergänzung für Ihre Solaranlage

hilft Energie und Chemie auf intelligente Weise zu sparen.
Bei der MS1002 führen Sie über die **SOLARANLAGE** ökologisch erwärmtes Wasser zu und minimieren so den Energieverbrauch jeder Waschmaschine.

Martin

ELEKTROTECHNIK

Dr.-Gartenhof-Str. 4 · D-97769 Bad Brückenau
sparsteuerung@ms1002.de · www.ms1002.de

Tel. 09741-2555 Fax 09741-5343

TECHNIK die dem Menschen dient



Von wegen dicke Luft!

In nachträglich gedämmten Häusern wird allzu oft vergessen, eine Lüftungsanlage einzubauen. Doch die mangelnde Frischluftversorgung belastet Gesundheit und Wohlbefinden der Bewohner und kann sogar zu Schimmelbefall führen. Dabei gibt es günstige dezentrale Lüftungssysteme, die mit wenigen Handgriffen eingebaut sind. Mehr als ein paar Löcher in der Wand braucht man dafür nicht.

Gut gedämmt spart bares Geld – vor allem angesichts steigender Heizkosten. Die staatlichen Fördermittel sprudeln munter wie nie zuvor. Das Sparpotenzial im Gebäudebestand ist gewaltig.

Luftdicht? Unbedingt!

Wer seine Wohnung oder sein Haus nachträglich dämmen will, muss vor allem auf drei Dinge achten:

- Nicht zu wenig dämmen!
- Das Haus völlig luftdicht machen.
- Künstliche Lüftung ist unerlässlich.

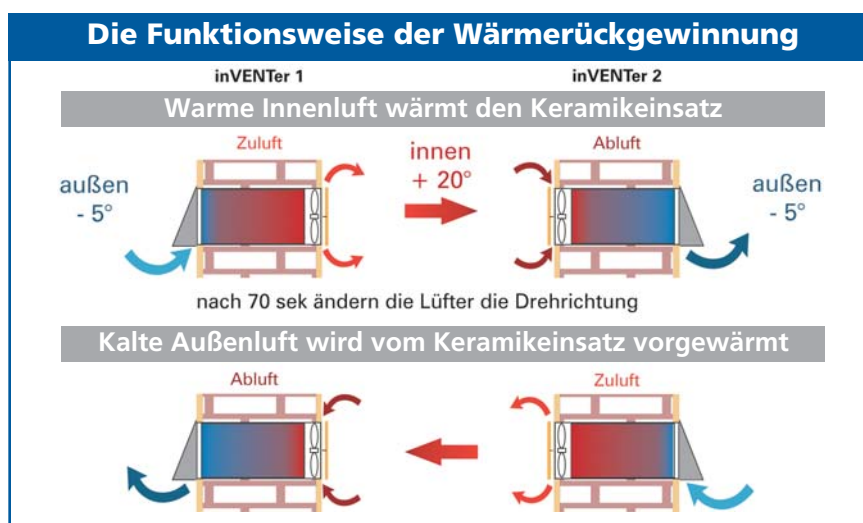
Wer glaubt, eine luftdurchlässige Dämmung oder Bauausführung wäre gesünder und mache eine zusätzliche Lüftung entbehrlich, liegt nachweislich völlig falsch: Eine undichte Gebäudehülle macht den Wärmedämmeffekt zunichte und sorgt auch nicht für gesündere Innenluft.

Luftwechsel per Anlage

Selbst Architekten glauben vielfach noch, für eine ausreichende Lüftung in einem gut gedämmten Haus lange es, öfters täglich mal gründlich zu lüften. Doch solche Ansichten erfüllen schon beinahe den Tatbestand vorsätzlicher Körperverletzung. Denn für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bewohner ist eine gute Lüftung unerlässlich. Ein gut gedämmtes, luftdichtes Haus braucht eine Lüftungsanlage, die ständig frische Luft zuführt und verbrauchte Luft abführt. Darüber hinaus ist sowohl eine gute Luftdichtheit als auch ein ausreichender Luftwechsel baurechtlich vorgeschrieben.

Dezentral oder zentral?

In einem Altbau sind Wärmedämmverbundsysteme inzwischen Stand der Technik und kommen tausendfach zum Einsatz. Leider ist kaum bekannt, dass es auch für Altbauten kostengünstige und einfache



zu installierende dezentrale Lüftungssysteme gibt. Zentrale Lüftungssysteme lassen sich in Altbauten nachträglich nur mit erheblichem Aufwand einbauen. Und solche Systeme sind wesentlich teurer als dezentrale Lüftungsanlagen.

Dezentrale Systeme

Dezentrale Lüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung haben sich seit vielen Jahren bewährt. Sie lassen sich relativ einfach einbauen und sind kostengünstig. Zudem gibt es auch Systeme mit Wärmerückgewinnung, die man in eine Öffnung in der Außenwand einsetzt. Die Anlage beansprucht somit keinen zusätzlichen Platz im Innenraum.

Bezugsquellen:

- **Inventer:** www.inventer.de
- **LTM Thermolüfter** www.ltm.biz
- **Meltem:** www.meltem.com

Es gibt zwei Systeme, die nach dem gleichen Prinzip funktionieren: den Marktführer Inventer aus Löberschütz bei Jena und das deutlich teurere LTM-System aus Ulm. Der Lüfter von Meltem arbeitet im Unterschied zu den beiden

vorgenannten mit einem Kreuzstromplatten-Wärmetauscher, der die der Raumwärme entzogene Wärme über einen Lüfter in den Raum zurückführt. Er hat einen geringeren Wärmerückgewinnungsfaktor.

Lüfter speichert Wärme

Ein Ventilator bläst die verbrauchte Luft nach außen und gibt deren Wärme dabei über einen Wärmespeicher ab, der in der Außenwandöffnung eingelassen ist. Nach etwa einer Minute wechselt der Ventilator seine Drehrichtung und saugt frische Außenluft in den Raum. Diese Luft strömt über den Speicher und wird dabei erwärmt. Wenn in einem Raum zwei Systeme installiert sind, arbeiten sie im Gegenteil: Das eine System saugt Frischluft an, während das andere verbrauchte Luft aus dem Raum nach außen bläst. Nach 70 Sekunden wechseln beide Systeme die Drehrichtung. Der Strombedarf für die Ventilatoren ist sehr gering (Inventer: rund drei Watt) und die Geräte arbeiten relativ leise. Wichtig ist eine sorgfältige Planung der Systeme. Der Inventer ist mit dem Innovationspreis der Energiedepesche ausgezeichnet worden. ■



Lohnende Kraftpakete

Vereinsmitglied Ernst Nägele möchte gern in sein Mehrfamilienhaus gemeinsam mit acht anderen Eigentümern ein Mini-Blockheizkraftwerk (BHKW) einbauen. Doch die Gesetzeslage und unterschiedliche Aussagen von Fachleuten und Herstellern haben ihn verunsichert. Wolfgang Suttor, Experte für Blockheizkraftwerke, rät dazu, sich nicht verwirren zu lassen und die Möglichkeiten eines Mini-BHKW zu nutzen.

Die meisten Eigentümer denken erst dann an ein BHKW, wenn ihr alter Heizkessel ersetzt werden muss. Meist drängt dann die Zeit, weil die defekte Heizung schnell wieder funktionieren muss. Dennoch sollte man zunächst den Wärmebedarf sorgfältig prüfen, also gegebenenfalls Außenwände, Dach beziehungsweise Dachdecke dämmen, die Decke zwischen Keller und dem Boden im Erdgeschoss isolieren und die Fenster im Blick behalten. Die Bundesregierung unterstützt diese äußerst sinnvolle Vorgehensweise (www.kfw-foerderbank.de, www.bafa.de).

Erst wenn das wirtschaftliche Potential beim Wärmeschutz ausgeschöpft ist, betrachtet man den Wärmeerzeuger – der zumeist deutlich kleiner als bisher ausfallen kann. Zur Wahl stehen eine Wärmepumpe, ein BHKW, aber auch eine Solaranlage, ein Herd oder ein Kachelofen. Wichtig ist ein Pufferspeicher, der die Wärme aufnehmen, speichern und verteilen kann.



Wolfgang Suttor, Experte für Blockheizkraftwerke

der Strom aus dem BHKW nicht genügt, wird aus dem Netz zugekauft. Wird mehr produziert als verbraucht, speist das BHKW den Überschuss ins

Stromnetz ein. Dies erfolgt über einen Summenzähler. Ein Beschluss der Bundesnetzagentur segnet diese Vorgehensweise ab. Der normale Stromverbraucher bemerkt von diesem Vorgang nichts. Er hat nur die Gewissheit, zur CO₂-Reduktion beigetragen zu haben. Jedoch muss technisch garantiert werden, dass jeder Bewohner seinen Stromanbieter frei wählen kann. In den meisten Fällen werden sich Mieter oder Eigentümer für den Strom vom BHKW entscheiden, weil er so in der Regel günstiger fährt, als mit den üblichen Tarifen der örtlichen Netzbetreiber.

- Das BHKW fährt in der Grundlast und kommt daher auf die für die höchste Förderung notwendigen 5.000 Betriebsstunden im Jahr. Ein weiterer Wärmeerzeuger sorgt für die Spitzenlast an sehr kalten Tagen. Da dieser nur wenige hundert Stunden des Jahres läuft, braucht man für den zusätzlichen

BHKW fürs Mehrfamilienhaus

Für ein Mehrfamilienhaus mit einem ursprünglichen Brennstoffverbrauch von ca. 110.000 Kilowattstunden eignet sich ein BHKW. Das gilt selbst dann, wenn das Haus dem Dämmniveau der EnEV oder sogar EnEV minus 30 Prozent entspricht. In solchen Fällen bietet sich ein BHKW mit einer elektrischen Leistung von fünf Kilowatt und einer thermischen Leistung von zwölf Kilowatt an.

Dabei gilt es, ein paar Regeln zu beachten:

- die Bewohner/Nutzer (Mieter oder Eigentümer) des Mehrfamilienhauses beziehen ihren Strom von dem BHKW-Betreiber (z. B. Wohnungseigentümergeinschaft, Mieter-GbR), der zu einem Stromversorger wird. Wenn

Tipps zum Thema Mini-BHKW:

- <http://bhkw.energieverbraucher.de>
- www.mini-kwk.de
- www.bafa.de
- www.KfW-foerderbank.de
- Broschüre: Energie dreifach nutzen vom Umweltministerium (www.bmu.de)
- Das Mini-BHKW – Eine Heizung, die auch Strom erzeugt beim C. F. Müller Verlag, 5. Auflage mit allen Neuerungen zum 1. Januar 2009
- Blockheizkraftwerke – Ein Leitfaden für den Anwender vom BINE Informationsdienst
- Loseblattwerk Praxis Kraft-Wärme-Kopplung – Technik, Umfeld, Realisierung, C. F. Müller Verlag, Hrsg. W. Suttor
- Service für Mieter-KWK bei der Ingenieurfirma Energy consulting; info@energy-consulting-meyer.de



Foto: Ernst-Rose / pixelio.de

Die heute am Markt bewährten und in ausreichenden Stückzahlen lieferbaren BHKW haben eine elektrische Leistung um die fünf Kilowatt. Diese Module sind für ein Einfamilienhaus (neu/sanierter Bestand) zu groß und daher nicht wirtschaftlich.

Die Entwicklung geht weiter zu kleineren Aggregaten wie zum Beispiel dem Ecopower mit drei Kilowatt elektrischer Leistung. Dieses Aggregat war Anfang 2008 noch nicht einmal angekündigt. Vor ein paar Wochen gab es noch keine näheren technischen Daten geschweige denn einen verbindlichen Preis.

Über neue Entwicklungen wie Wispergen, Sunmaschine oder den Lion wurde hier schon mehrfach berichtet. Die Quintessenz lautete: zu schlechter elektrischer Wirkungsgrad, schlechte Stromkennzahl, mehr oder minder im Pilotstadium und am Markt noch nicht ausreichend verfügbar. Es fehlt jegliches Servicenetz. Bei Preisen bis zu 20.000 Euro sind diese kleinen BHKW kaum wirtschaftlich. Ich empfehle zwischen Preisankündigung und Preis nach Lieferung zu unterscheiden. Ich begrüße die Entwicklung von BHKW mit einem bis drei Kilowatt elektrischer Leistung, aber gegenwärtig kann man sie nur für Pioniere und handwerklich hoch Motivierte und Befähigte empfehlen und das sind nur wenige unserer Leser.

Wärmerzeuger nur wenig zu investieren. Im vorliegenden Fall reicht ein alter Kessel, der die gesetzlichen Grenzwerte einhält.

Bei dem genannten Mehrfamilienhaus mit acht Parteien liegen die Verhältnisse günstig. Dem Anschaffungspreis (rund 27.000 Euro einschließlich Montage) steht ein hoher Absatz von Strom zu vorteilhaften Preisen und Wärmeabnahme gegenüber, so dass sich ein BHKW rentiert. Es gibt zahlreiche Programme im Internet, mit denen sich die Wirtschaftlichkeit eines BHKW abschätzen lässt (<http://bhkwcheck.energieverbraucher.de>). Wenn die Wirtschaftlichkeit allerdings klar auf der Hand liegt, kann man sich den Zeitaufwand sparen und direkt beim Hersteller bestellen.

Servicevertrag: Ja oder nein?

Nach der Entscheidung für ein BHKW steht die Entscheidung für oder gegen einen Servicevertrag an. Die Kosten dafür richten sich nach der Stromerzeugungsmenge oder den Betriebsstunden. Bei hohen Benutzungsdauern können schon mal 1.500 Euro pro Jahr zusammenkommen.

Die eigentlichen Serviceleistungen am BHKW haben, einzeln beauftragt, einen Wert unter 500 Euro pro Jahr. Um in den Genuss des hoch ausgestatteten Impuls-Förderprogramms für Mini-BHKW (www.bmu.de, www.bafa.de) zu gelangen, ist kein Servicevertrag nötig.

Verträge kosten Zeit und Nerven

Bei der vertraglichen Fixierung der Projektdetails ist ein gewisser Pioniergeist gefordert: Zunächst gilt es, eine Betreiber- oder Nutzergemeinschaft zu organisieren. Diese muss einen Einspeisevertrag mit dem Netzbetreiber, Stromlieferverträge mit den Nutzern und einen Stromliefervertrag mit einem beliebigen Stromversorger abschließen. Das kostet Zeit und Nerven, denn immer wieder stößt man auf Widerstand – kein Wunder, denn die BHKW-Betreiber konkurrieren, wenn auch nur im kleinen Maßstab, mit den angestammten und mit Gewinnen hervorragend ausgestatteten Stromversorgern.

Man sollte sich also nicht einschüchtern lassen und vorwärts gerichtet zu einer fairen Lösung zwischen Investor und Nutzer kommen. Etliche Beispiele aus der Praxis belegen dies. ■

Impressum Nr. 2 · 2009

Die **Energiedepesche** erscheint vierteljährlich.

Einzelheft:

5,00 Euro inkl. MWSt.,
Abo für 4 Hefte
inkl. Versandkosten:
22 Euro

Für Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:

Bund der Energieverbraucher e. V.
Frankfurter Straße 1,
53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 92 27-0
Fax: 0 22 24 / 10 32 1
E-Mail:
redaktion@energiedepesche.de
www.energieverbraucher.de

Postgiro Köln, Kto 17573-508
BLZ 370 100 50

Redaktion u.v.i.S.d.P.:

Aribert Peters

Redaktionsschluss:

20. Mai 2009

Mitarbeiter dieses Hefts:

Leonora Holling, Johannes
Lackmann, Aribert Peters,
Oliver Stens, Wolfgang Suttor.

Die Beiträge liegen in der alleinigen
Verantwortung der Autoren.

Layout:

DesignBüro Blümling, Köln
E-Mail: mail@bluemlingdesign.de

Anzeigenleitung:

BigBen Reklamebüro
Tel.: 0 42 93 / 72 72
Fax: 0 42 93 / 72 71
E-Mail: br@bb-rb.de
www.bb-rb.de/energiedepesche

Druck:

Krahe Druck GmbH,
53572 Unkel
Tel.: 0 22 24 / 7 58 44
www.krahe-druck.de

Papier:

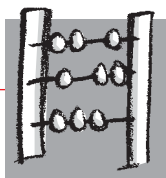
100% chlorfrei gebleicht
ISSN 0933-8055
Vertriebskz Z 2045 F



Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der
Solid Capital AG, Weissenburg bei

Nachdruck oder Vervielfältigung,
auch auszugsweise, nur mit
ausdrücklicher Genehmigung
des Herausgebers.



Studie sorgt für Wirbel

Der Energiewirtschaftler Gunnar Harms und der Wirtschaftswissenschaftler Professor Uwe Leprich haben im Auftrag der Grünen eine Studie verfasst mit dem Titel: „Geben Gasversorger mögliche Preissenkungen angemessen an die Verbraucher weiter?“ Die Studie hat erhebliches Aufsehen erregt.

Die Experten kommen zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Die Gasversorger geben nur rund die Hälfte der möglichen Preissenkungen an die Verbraucher weiter. So haben sie für das zweite Quartal 2009 im Durchschnitt Preissenkungen in Höhe von ca. zwölf Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2008 angekündigt. Diese entsprechen jedoch nur etwa der Hälfte des sich rechnerisch aus den derzeitigen Marktentwicklungen ergebenden angemessenen Preissenkungspotentials von ca. 24 Prozent. Damit erzielen die Gasversorger ungerechtfertigte Mehrerlöse von mehreren hundert Millionen Euro allein im ersten Halbjahr 2009.
- Wenn die Gasversorger im gesamten Jahresverlauf weiterhin Preissenkungen aus der Beschaffung nur zur Hälfte weitergeben, ergibt sich daraus ein Betrag von ca. 1,6 Milliarden Euro für das gesamte Jahr.
- Für einen als repräsentativ angesetzten durchschnittlichen Heizgas-Normsonderkundenverbrauch von 20.000 Kilowattstunden pro Jahr ergeben sich daraus ungerechtfertigte Mehrkosten in

Höhe von 150 Euro für 2009 zuzüglich Umsatzsteuer.

- Für das dritte und vierte Quartal 2009 wäre gegenüber dem zweiten Quartal eine weitere Reduzierung um ca. 15 Prozent angemessen.
- Die Gaspreise für Endverbraucher sollten im Durchschnitt spätestens zum Beginn des dritten Quartals 2009 wieder das Niveau von rund vier Cent aus den Jahren 2003/2004 erreichen. Momentan liegen sie im Durchschnitt noch bei ca. 6,5 Cent je Kilowattstunde.
- Zur Verifikation der für den bundesweiten Durchschnitt ermittelten Ergebnisse untersuchten die Experten die Preisentwicklung fünf regional bedeutender Gasversorger näher.

Ergebnis: Keiner dieser Gasversorger hat für das zweite Quartal 2009 eine als angemessen anzusehende Preissenkung vorgenommen.

- Die Gasversorger nutzen saisonale Mengeneffekte dadurch aus, dass sie Preiserhöhungen tendenziell in die verbrauchsstarke Jahreszeit und Preissenkungen in die verbrauchsschwachen

Monate legen. Damit erzielten die Gasversorger ungerechtfertigte Mehrerlöse in Höhe von ca. 350 Millionen Euro jährlich.

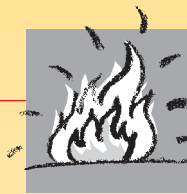
- Im Vergleich zu den vorherigen Jahren stellen die bisher in 2009 erfolgten Preissenkungen einen kleinen Fortschritt dar, denn bislang gaben die Gasversorger ihre gesunkenen Einkaufspreise aufgrund fallender Ölpreise nur unterproportional an die Verbraucher weiter.
- Der Wettbewerb auf dem Gasmarkt für Haushaltskunden ist nach wie vor unzureichend. Wie beim Strom dominieren immer noch wenige, etablierte Unternehmen den Markt.
- Kurzfristig sollten marktbeherrschende Importeure wie E.ON Ruhrgas große Mengen ihres verfügbaren Erdgases frei auktionieren. Ebenso wichtig für den Wettbewerb ist eine weitere Reduktion der Marktgebiete, damit Wettbewerber unbürokratischer, ohne sachlich nicht gerechtfertigte Netzzugangshürden und ohne überhöhte Netzentgelte bundesweit Angebote unterbreiten können.

Die Studie hat große öffentliche Beachtung gefunden. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat den deutschen Gasversorgern mit dem Kartellamt gedroht. Bei Preismissbrauch seien die Kartellbehörden, vor allem der Länder, gefordert, einzuschreiten, so der Minister in der „Welt“.

Die Chefin des Dachverbands der Energiewirtschaft (bdew), die aus dem Bundeskanzleramt kommende Hildegard Müller, sah sich gar zu einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten veranlasst. Darin diskreditiert sie die Studie mit einer Reihe unrichtiger Tatsachenbehauptungen. Der Verband hat gar eine Ad-Hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, die weitere Argumente entwickeln soll. ■



Energiewirtschaftler Gunnar Harms



Gasmarkt und Gaspreise: Aktuelle Tendenzen

Die Gaspreise für Haushaltskunden sind zwischen Januar 2008 und Januar 2009 um 21 Prozent oder 1,4 Cent pro Kilowattstunde auf 7,9 Cent gestiegen (Abnahmemenge 20.000 kWh jährlich). Darin sind 1,26 Cent pro Kilowattstunde Mehrwertsteuer enthalten.

Die Gasbezugspreise aus dem Ausland haben sich in diesem Zeitraum um 0,75 Cent je Kilowattstunde auf drei Cent (ohne Steuer) erhöht. Die mittleren Einkaufspreise der Gasversorger stiegen unterdessen um etwa 1,01 Cent je Kilowattstunde auf vier Cent (ohne Steuer).

Zu starke Preisanhebung 2008

Die Haushaltsgaspreise sind im Jahr 2008 um 0,6 Cent je Kilowattstunde stärker gestiegen als die Gasimportpreise, und um 0,4 Cent pro Kilowattstunde mehr als die Einkaufspreise der Gasversorger.

Senkungen erfolgen zu spät

Die Versorger hätten ihre Tarife nicht erst im April 2009, sondern schon zu Jahresbeginn senken müssen. Der Bundesgerichtshof hat vorgeschrieben, dass

sinkende Einkaufspreise ohne zeitliche Verzögerung an die Verbraucher weiterzugeben sind (Urteil vom 29. April 2008, KZR 2/07, Tz. 26).

Bestandteile des Gaspreises

Im Januar 2009 setzten sich die Gaspreise für Haushaltskunden im Schnitt pro Kilowattstunde folgendermaßen zusammen: Gasimport drei Cent, Gaseinkauf der Gasversorger vier Cent, 1,26 Cent Mehrwertsteuer, 0,55 Cent Erd-

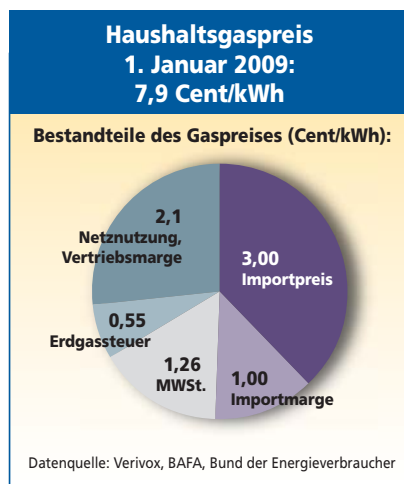
gassteuer, 2,1 Cent Netznutzung, Vertriebskosten und Gewinn.

Wettbewerb am Gasmarkt

Die Gaspreise der Wettbewerbsanbieter am Markt sind im Jahr 2008 um ein Drittel weniger schnell gestiegen, als die der Grundversorger, nämlich nur um 14 Prozent. Im Durchschnitt hat der Verbraucher die Wahl zwischen sieben Gasanbietern, vier mehr als ein Jahr zuvor. In ungünstigen Gebieten gibt es zwei Anbieter, in wettbewerbsintensiven Regionen 19 Anbieter. Etwa 51 Prozent aller den Gasanbieter wechselnden Kunden wählen einen Tarif mit Preisgarantie.

Abschlagszahlungen kontrollieren

Viele Gasversorger haben zwar die Gaspreise gesenkt, die Abschlagszahlung jedoch nicht entsprechend angepasst. Der Bund der Energieverbraucher e.V. empfiehlt, insbesondere die Abschlagszahlungen für das laufende Jahr zu kontrollieren (<http://abschlagszahlung.energieverbraucher.de>).



Gaswärmepumpe

Auszeichnung für Bosch

Die Gaswärmepumpe von Bosch hat den Gas-Efficiency Award der Internationalen Gasunion (IGU) erhalten. Das ausgezeichnete Gerät arbeitet nach dem Diffusion-Absorptions-Prinzip und kommt ohne Pumpe und Kompressor aus. Die Wärme des Gasbrenners verdampft das Arbeitsmedium Ammoniak. Beim Abkühlen wird der Umwelt Wärme entzogen. Gegenüber einem Gas-Brennwertkessel kommt das Gerät mit 20 Prozent weniger Gas aus. Es erbringt eine Leistung von vier bis zehn Kilowatt und benötigt keine beweglichen Teile.

Nach Unternehmensangaben arbeitet es geräusch- und wartungsfrei.

Bosch entwickelt es derzeit zur Serienreife weiter.

Bioheizöl

Vergrünungskur für die Ölheizung

Bioheizöl enthält 20 Prozent Bio-Öl, also Biodiesel (Fettsäuremethylester, kurz FAME). Der Bezug ist beispielsweise in Baden-Württemberg möglich, denn dort erfüllt man damit die Anforderungen des EEG, das für Neubauten einen Anteil von 20 Prozent aus Erneuerbaren vorschreibt. Das bundesweit

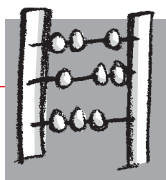
verabschiedete analoge Gesetz akzeptiert Bioheizöl jedoch nicht als regenerative Energiequelle. Bioheizöl ist rund vier Cent je Liter teurer als normales Heizöl.

Wer mit einer alten Heizanlage Bioheizöl tanken will, muss zuvor die Tanks, Armaturen, Leitungen und auch den Brenner bioheizöl-tauglich machen. Es gibt eine Reihe von Brennern, die auch mit Pflanzenöl zurechtkommen.

Der Hersteller Viessmann bietet dazu eine sogenannte Biobox an. Sie mischt im Heizkeller dem herkömmlichen Heizöl Bioanteil im gewünschten Verhältnis zu. Zusätzlich braucht man nur noch einen extra Tank für das Bioheizöl.

Das Institut für wirtschaftliche Ölheizung (IWO) in Hamburg entwickelt federführend eine Qualitätsnorm für Bioheizöl (DIN V 51603-6). Die Emissionseigenschaften dürfen sich im Vergleich mit schwefelarmen Heizöl nicht verschlechtern. Auch sollen die notwendigen technischen Änderungen für bioheizöлтаugliche Heizanlagen so gering wie möglich bleiben. Das soll künftig die Zumischung von Biodiesel und Pflanzenöl ermöglichen.

Die deutschen Biodiesel-Fahrzeuge nutzen die derzeitigen Produktionskapazitäten für Biodiesel (4,4 Millionen Tonnen jährlich) derzeit nicht voll aus. Die Heizölbeimischung tut der Branche also gut (siehe Seite 12).



Ölverbrauch auf dem Prüfstand

Wer regelmäßig seinen Heizenergieverbrauch überprüft, erkennt Auffälligkeiten sofort und kann schneller darauf reagieren. Das hilft, bares Geld zu sparen.

Bei Gas, Strom oder Wasser reicht ein Gang mit Stift und Papier zum Zähler-schrank, um den Verbrauch zu ermitteln. Wer mit Öl heizt, hat es dagegen etwas schwerer. Versuche, den Ölverbrauch wie den Spritverbrauch beim Auto zu berechnen, scheitern meist daran, dass dies nur möglich ist, wenn der Tank ganz voll war.

Hat man dagegen seinen Tank nur teilbefüllt, etwa, weil der Ölpreis gerade hoch war, versagt die Berechnungsmethode. Überdies ist der Zeitraum zwischen zwei Lieferungen oft zu lange, um auf Änderungen zu reagieren.

Füllstandszeiger

Manche Öltanks haben eine Füllstandsanzeige: Auf einer analogen Anzeigeuhr kann man die Restmenge im Tank entweder in Litern oder in Prozent ablesen. Alternativ zeigt ein Rohr die Füllstandshöhe. Ursprünglich dienen diese Kontrollmöglichkeiten nur dazu, anzuzeigen, wann das Öl zur Neige geht und eine neue Lieferung fällig ist. Doch ein monatliches Ablesen dieses Füllstands erlaubt eine grobe Verbrauchskontrolle über das laufende Jahr.

Allerdings sind die Anzeigen meist recht ungenau. Als Faustregel gilt: Ein Zentimeter Füllhöhe steht für etwa 50 Liter Heizöl und somit für 500 Kilowattstunden. Der genaue Umrechnungsfaktor hängt von der Tankgeometrie ab. Anhand so grober Werte lassen sich Tendenzen nur schwer erkennen.

Wärmemengenzähler

Wärmemengenzähler messen die Nutzenergie im Heizkreis und dienen meist für die Abrechnung der Heizkosten. Jedoch zeigt ein Abgleich mit dem tatsächlichen Brennstoffverbrauch oft erhebliche Abweichungen. Damit sind Wärmemengenzähler für die Kontrolle des Heizölverbrauchs weitgehend unbrauchbar, zumal die Eichkosten nicht unerheblich sind.



Ölzähler der Firma Braun
www.braunmesstechnik.de
Tel: 07153 / 97011-0

Brennerstunden

Eine genauere Abschätzung des Heizölverbrauchs ermöglicht die Beobachtung der Brennerlaufzeit. Insbesondere in neueren Kesseln mit Bedienelektroniken zählt die Technik die Brennerlaufzeit meist automatisch mit, doch nur wenige Verbraucher nutzen diese Werte. Außer dem Heizungsmonteur weiß meist niemand, dass diese Informationen überhaupt vorliegen. Ein Blick in die Anleitung der Anlage oder ein Anruf beim Monteur lohnen sich.

Ältere Kessel lassen sich meist preiswert mit analogen Betriebsstundenzählern nachrüsten. Geräte gibt es im Elektronikdiscounter für etwa 15 Euro.

Die Verbrauchskontrolle kann direkt anhand der Stunden erfolgen. Jede Stunde Brennerlaufzeit steht für eine bestimmte verbrannte Ölmenge. Da die meisten Brenner eine konstante Leistung fahren, ist der Öldurchfluss gleich und die Brennerstunden liefern ein gutes Maß für den Energieverbrauch.

Ölzähler

Besonders exakt lässt sich der Ölverbrauch mithilfe eines nachträglich einge-

bauten Ölzählers betrachten. Dieser funktioniert so ähnlich wie ein Wasserzähler. Er wird fest in die Leitung zwischen Tank und Brenner eingebaut. Die Anzeige erfolgt auf 0,01 Liter genau und ermöglicht sogar die Beobachtung stündlicher Veränderungen. Eine solch genaue Analyse ermöglicht erst manche Untersuchungen an Ölheizungen, beispielsweise die Brennwertgerätekontrolle in Verbindung mit der Kondensatmenge nach G. Luther (siehe Heft 3/2008). Ebenso wird damit die laufende Kontrolle mit einem Verlaufsdiagramm auch für Ölheizungen möglich.

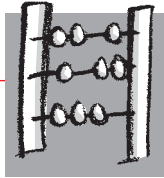
Die Messung des Ölverbrauchs mithilfe eines Ölzählers ist bequem, fehlersicher und einfach zu handhaben. Damit ist sie empfehlenswert für alle, die regelmäßig Verbrauchskontrollen vornehmen wollen. Ölzähler für Haushaltsheizungen gibt es ab etwa 150 Euro. Gegen Aufpreis gibt es sogar einen Impuls Ausgang zur Datenaufzeichnung. Wer will, kann den Ölzähler selbst montieren. Das dafür notwendige Anschlussmaterial ist im Lieferumfang der Ölzähler enthalten. Wer das Hantieren an der Ölleitung lieber dem Fachmann überlässt, muss mit Installationskosten zwischen 50 und 100 Euro rechnen.

Kontrolle lohnt sich

Wer Zeit und Geld investiert, um den Ölverbrauch genauer unter die Lupe zu nehmen, kann dadurch neue und nützliche Erkenntnisse gewinnen und Energiekosten sparen.

Von einem ganz handfesten Nutzen berichtet unser Mitglied Gebhard Dirsch aus Kerpen. Er wies seinen Öllieferanten auf seinen geeichten Ölzähler im Keller hin. Der Lieferant staunte erst, akzeptierte aber dann die beim Kunden angezeigte Liefermenge. Mit seinem eigenen Zähler hätte er 200 Liter mehr in Rechnung gestellt.

Oliver Stens



Zahlen lügen nicht

Wer auf seine Heizölrechnung 2008 blickt und die Zahlen mit denen aus dem Vorjahr vergleicht, erschrickt möglicherweise. Doch der Winter 2008 war deutlich kühler als 2007. Das und andere Fakten zum Energieverbrauch zeigt ein Blick auf die aktuellen Statistiken.

Einmal im Jahr veröffentlicht Hans-Wilhelm Schiffer, Chefstatistiker von RWE, neue Zahlen zum deutschen Energiemarkt (Energiewirtschaftliche Tagesfragen 2009, Heft 3, Seite 52). Die Energiedepesche fasst die interessantesten Fakten aus dem Bericht zusammen:

- Der Energiehunger wächst weiter: So ist der **Primärenergieverbrauch** in Deutschland 2008 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent **gestiegen**.



Erdgasimportpreise stiegen im Jahr 2008 um 3,42 Prozent

- Die **Witterung** war im Jahr 2008 um 14,3 Prozent **kühler**, gemessen an der Zahl der Gradtage. Im Vergleich zum langjährigen Mittel war 2008 aber noch um 0,3 Grad wärmer.
- Der Beitrag **erneuerbarer Energien** zum Primärenergieverbrauch Deutschlands nahm 2008 um **7,3 Prozent** gegenüber 2007 zu.
- Der wichtigste **Rohöllieferant** Deutschlands ist mit 32 Prozent Importanteil **Russland**.

- Der **Heizölabsatz** ist 2008 um 36,3 Prozent **gestiegen**. Denn im Vorjahr war die Witterung mild und 2006 hatten wegen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung viele Verbraucher vollgetankt, so dass 2007 ein schwaches Heizöljahr war.
- Der **Erdgasverbrauch** ging im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent zurück.
- Der **Anteil der Erdgasheizungen** in Neubauten **sank** 2008 von 66 Prozent im Jahr 2007 auf 59 Prozent 2008.
- 72 Prozent der in Deutschland verbrauchten **Steinkohle** stammte 2008 aus dem Ausland.
- 50 Prozent des **Stroms** wandeln Motoren in **mechanische Energie** um. Ein Drittel wird in **Wärme** umgewandelt. Der Anteil der **Informations- und Kommunikationstechnik** am Stromverbrauch beläuft sich auf sieben Prozent.
- 15,1 Prozent des **Stroms** stammte 2008 aus **erneuerbaren Energien**. 2007 waren es noch 14,2 Prozent.
- 2008 gingen 866 neue **Windkraftanlagen** in Betrieb. Sie hatten eine Leistung von 1.665 Megawatt. Insgesamt gab es damit Ende 2008 20.301 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 23.902 Megawatt.
- Die **Biokraftstoffproduktion** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 28 Prozent (siehe Seite 12).
- Der **Rohölpreis** (Brent-Spotpreis) lag im Jahresmittel 2008 bei 95,5 Dollar je Barrel gegenüber 72,4 Dollar im Vorjahr.
- Die **Erdgas-Importpreise** sind im Jahresmittel 2008 gegenüber dem Vorjahr um 3,42 Prozent gestiegen.
- Der Einfuhrpreis für **Kesselkohle** erhöhte sich 2008 um 43 Euro je Tonne auf 111 Euro je Tonne.

- Der **Tankstellenpreis** für Kraftstoffe erhöhte sich 2008 um sieben Cent je Liter im Vergleich zu 2007.
- Der **Preis für leichtes Heizöl** nahm um 18,3 Cent je Liter auf 76,5 Cent zu.
- Der **Großhandelspreis für Grundlaststrom** hat sich 2008 um 73 Prozent auf 65 Cent je Kilowattstunde erhöht.
- **72,6 Prozent** des Energiebedarfs mussten 2008 aus **Einfuhren** gedeckt werden. 22 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs werden durch Importe aus Russland gedeckt. ■

ALFA MIX Waschen mit Sonnenwärme



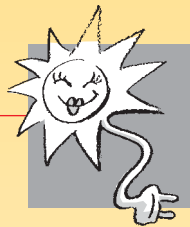
ALFA MIX – Das Vorschaltgerät für die Waschmaschine

ALFA MIX speist die Waschmaschine mit warmem Wasser aus Solaranlagen und anderen umweltfreundlichen Wärmequellen. Ein 4-Personen-Haushalt kann damit mehr als 300kWh Strom im Jahr einsparen. Mit ALFA MIX wird Solarwärme wirtschaftlicher nutzbar. Für Waschmaschinen mit Startzeitvorwahl auch in der Version Autostart.

Umweltschonende Technik

OLFS & RINGEN

Richtweg 4 • 27412 Kirchtimke
Tel. 04289-926692 • Fax 04289-926693
info@olfs-ringen.de • www.olfs-ringen.de



Stiftung Warentest

Sonnige Aussichten

Rund ein Drittel der jährlichen Heizkosten lassen sich durch eine thermische Solaranlage einsparen. Das hat ein Test der Stiftung Warentest bestätigt (test 3/2009). Die Anlage mit dem höchsten Deckungsgrad ist 14 Quadratmeter groß und kostet komplett rund 10.000 Euro. Die Energieernte von 500 Kilowattstunden je Quadratmeter summiert sich für die Anlage auf 7.000 Kilowattstunden jährlich, das entspricht dem Energiegehalt von 700 Litern Heizöl.

Die Vakuumröhrenkollektoren im Test waren zwar spürbar teurer (bis 15.000 Euro), erzielten aber nur einen Mehrertrag von 25 Prozent. Jedoch kommen sie mit einer geringeren Dachfläche aus und eignen sich deshalb besonders für Dächer, auf denen wenig Platz zur Verfügung steht. Wer es günstiger haben will, für den bietet sich die Sunset Anlage an, die zehn Quadratmeter groß ist und nur 6.000 Euro kostet. Immerhin spart man mit diesem Modell, das die Note „gut“ erhielt, 22 Prozent Heizkosten.

Lediglich ein „befriedigend“ erhielt die 15.600 Euro teure Consolar-Anlage mit Vakuumröhrenkollektoren. Der Pufferspeicher ist meist 800 bis 1.000 Liter groß und im Preis enthalten. Beim Neubau spart man also die Kosten für einen Warmwasserspeicher. Die Montagekosten sind im Preis nicht enthalten.

Im Sommer kann man den Heizkessel in den Sommerschlaf schicken, die Solaranlage übernimmt die komplette Warmwasserbereitung.



Größere PV-Anlagen sind deutlich günstiger

Im Modellhaus errechnete die Stiftung Warentest Brennstoffeinsparungen von bis zu 8.500 Euro über 25 Jahre, ohne dass dabei bereits künftige Energiepreiserhöhungen berücksichtigt wurden.

Für die Wirtschaftlichkeit spielt die staatliche Förderung eine Rolle und auch die kräftigen Rabatte, die sich durch geschicktes Verhandeln mit dem Installateur erzielen ließen.

Unter dem Strich bewegen sich die großen Solaranlagen je nach konkreten Randbedingungen durchaus schon im Bereich der Wirtschaftlichkeit. Jeder Neubau sollte mit Solar-

anlage geplant und gebaut werden, zumal die Installationskosten in einem Neubau vergleichsweise gering sind.

Solaranlagen

Mangelnde Rendite

Die Zeitschrift „Photon“ hat Installateure um Angebote für schlüsselfertige Solarstromanlagen gebeten. 200 Offerten gingen ein. Die Zeitschrift kommt zu der Bewertung, dass die Preise im Unterschied zu den Vorjahren erstmals wieder in einer Größen-

ordnung liegen, die den Kauf einer Anlage attraktiv macht.

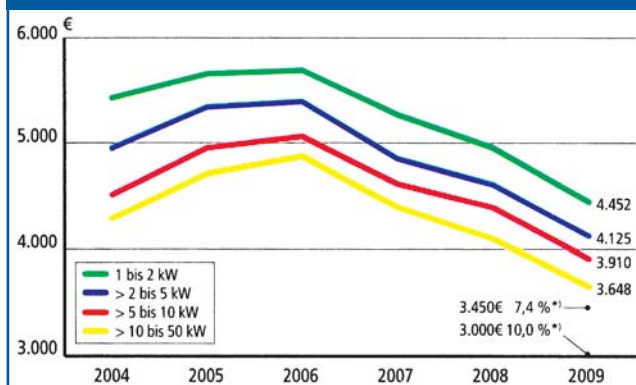
Um eine Rendite von 7,4 Prozent zu erwirtschaften, muss der Anlagenpreis bei einem Jahresertrag von 900 Kilowattstunde je Kilowatt installierter Leistung unter 3.450 Euro pro Kilowattstunde liegen. Selbst die größeren Anlagen liegen noch deutlich über diesem Wert. Jedoch gibt es selbst bei den kleinsten Anlagen unter zwei Kilowatt Spitzenleistung Angebote mit einem Preis von 3.900 Euro je Kilowatt installierter Leistung. In diesem Fall liegt die Rendite deutlich unter 7,4 Prozent. Unter günstigen Umständen wird das durch einen höheren Ertrag der Anlage ausgeglichen. Größere Anlagen sind deutlich günstiger. Aber selbst Anlagen über zehn Kilowatt Leistung erreichen nicht den für eine 7,4 Prozent-Rendite erforderlichen Preis.

Anlagensplitting

Neue Empfehlung

Um den höheren Kosten kleinerer Anlagen Rechnung zu tragen, liegen deren Vergütungssätze höher als die größerer Anlagen. Allerdings muss der Gesetzgeber vermeiden, dass Betreiber größerer Anlagen dies ausnutzen und ihre großen Anlagen auf dem Papier in kleinere Anlagen aufspalten, um die höhere Vergütung zu erlangen. Der § 19 Abs. (1) des EEG trifft entsprechende Vorkehrungen. Er gilt aber rückwirkend auch für Anlagen, die vor der Novelle 2009 erbaut wurden. Eine daraufhin eingereichte Verfassungsbeschwerde hat das Bundesverfassungsgericht nicht angenommen und den Antrag auf eine einstweilige Verfü-

Preisentwicklung bei Solarstromanlagen



*) Anschaffungspreis, bei dem eine im Jahr 2009 installierte Photovoltaikanlage eine Rendite von 7,4 bzw. 10 Prozent auf das eingesetzte Kapital erwirtschaften kann. Annahmen zur Berechnung: Jahresertrag von 900 Kilowattstunden je Kilowatt installierter Leistung (als Durchschnittswert über 20 Jahre Betriebsdauer), Vergütung 43,01 Cent/kWh

Grafik: PHOTON

gung abgelehnt (vgl. Pressemitteilung Bundesverfassungsgericht 26/2009 vom 24. März 2009).

Die EEG-Clearingstelle hat jetzt eine Empfehlung dazu erarbeitet, unter welchen Voraussetzungen statt von einer von mehreren Anlagen auszugehen ist (www.clearingstelle-ee.de)

Regenerativwärme

Geringere Brennstoffkosten

Wer seine Wohnung erneuerbar beheizt, könne die Heizkosten drastisch senken, so die Agentur für Erneuerbare Energien. Im Durchschnitt aller deutschen Haushalte hätten die Verbrauchskosten einer Regenerativheizung 2008 um etwa 750 Euro niedriger gelegen als die einer Heizung auf Basis von Heizöl, Erdgas oder Kohle.

Die meisten Heizungswechsler tauschten ineffiziente und kostenintensive Anlagen gegen Holz- und Pelletheizungen, Solaranlagen oder Wärmepumpen aus. Diese Gruppe habe 2008 mit rund 3,5 Milli-



Foto: Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

Erneuerbare mit geringeren Brennstoffkosten

arden Euro noch mehr eingespart, nämlich rund 888 Euro pro Haushalt. Bisher beträgt der Anteil erneuerbarer Energien am privaten Wärmeverbrauch etwa zwölf Prozent.

In dem Kurzgutachten werden allerdings nur die reinen Brennstoffkosten verglichen. Es berücksichtigt nicht die höheren Investitionskosten von regenerativen Heizsystemen.

Qualitätssicherung

Solarer Anlagenpass

Um die Qualität der Installation von PV-Solaranlagen zu dokumentieren, hat der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) gemeinsam mit dem Zentralverband der

Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) einen neuen Anlagenpass entwickelt. Dieser liefert Angaben über die eingesetzten Schlüsselkomponenten sowie die Leistungen des Handwerksbetriebs und enthält Prüfprotokolle der Anlage.

Innerhalb einer Testphase von wenigen Wochen ließen sich über 200 Installationsfirmen aus ganz Deutschland für die Vergabe des Passes registrieren. Manche Versicherer bieten eine günstigere Prämie an, wenn ein Pass vorliegt. Mehr Infos unter www.photovoltaik-anlagenpass.de.

EEG

Grünes Licht für Eigenverbrauch

Das neue EEG vergütet auch PV-Strom, den der Anlagenbetreiber selbst verbraucht und nicht ins Netz einspeist (§ 33 (2) EEG). Die Vergütung beträgt 0,2501 Cent je Kilowattstunde für 20 Jahre. Zusätzlich spart man den Kauf der entsprechenden Strommenge für gut 20 Cent je Kilowattstunde. Für den eingespeisten Strom erhält man 0,4301 Cent je Kilowattstunde (Anlage 2009 errichtet). Für die Wirtschaftlichkeit einer

Solaranlage ist mit entscheidend, dass der Anlagenbetreiber als Unternehmer anerkannt wird und die Vorsteuer für die Anlagenanschaffung vom Finanzamt erstattet bekommt. Das Bundesfinanzministerium hat nun in einem Schreiben (vom 1. April 2009 DOK 2009/0212505) klar gestellt, dass die Einstufung als Unternehmer nicht davon abhängt, ob der Solarstrom ganz oder teilweise selbst verbraucht wird. Der gesamte erzeugte Strom wird umsatzsteuerlich mit 0,4301 Cent je Kilowattstunde bewertet.

Weniger Erdgasheizungen

Ökoenergie steigt auf 26 Prozent

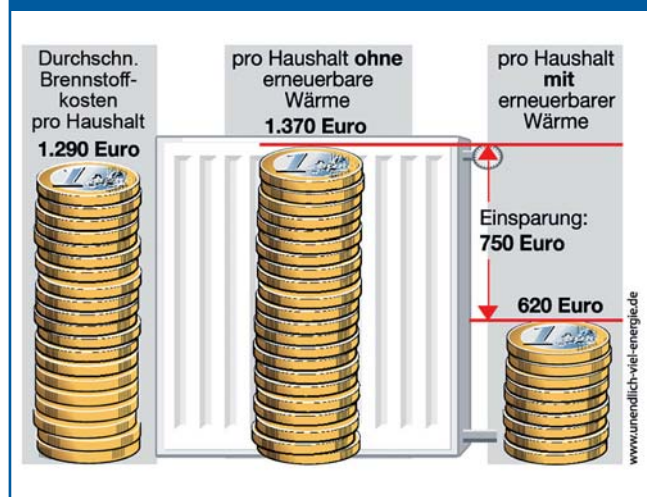
Immer mehr Bauherren setzen bei Heizungen auf alternative Energien, berichtet „Die Welt“ unter Berufung auf bislang unveröffentlichte Daten des Bundesamtes für Statistik.

2008 seien 59 Prozent der neu gebauten Wohnungen und Eigenheime mit Gasanschlüssen ausgerüstet worden, vor vier Jahren habe der Anteil noch bei 75 Prozent gelegen. Dagegen sei der Anteil der Ökoenergie in Neubauten von unter sechs Prozent vor vier Jahren auf rund 26 Prozent in 2008 gestiegen, so das Blatt.

Immer mehr Menschen wollten sich von Öl- und Gasimporten unabhängig machen und stiegen deshalb auf Holz- und Biomasseheizungen, solarthermische Anlagen und Wärmepumpen um, wird ein Sprecher des Bundesindustrieverbands Haus-, Energie- und Umwelttechnik zitiert.

Besonders Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme profitieren derzeit vom Trend.

Einsparung von Heizkosten durch erneuerbare Wärme 2008





Abschied von der Glühlampe

Ausgeknipst: Würden Energiesparlampen alle Glühbirnen ersetzen, würde der Stromverbrauch um 7,5 Milliarden Kilowattstunden jährlich und die Stromrechnungen um 1,3 Milliarden Euro sinken – das zumindest steht im Energieeffizienzplan der Bundesregierung. Das Verbot energiefressender Glühlampen beschleunigt den längst überfälligen Umstellungs- und Sparprozess.

Die EU-Verordnung 244/2009 beschleunigt die Umstellung auf Sparlampen. Sie trat am 13. April 2009 in Kraft und sorgt nun dafür, dass Glühlampen zwischen 1. September 2009 und 2016 schrittweise vom Markt verschwinden. Dafür ist es höchste Zeit, denn die Edison-Lampe, in der Regel als „Birne“ bezeichnet, ist ein echter Stromfresser und verbraucht zu viel Energie: Sie wandelt gerade mal fünf Prozent des eingesetzten Stroms in Licht um. 95 Prozent verpuffen als Wärme.

Fragen und Antworten zur Umstellung:

Ab wann kann ich keine Glühlampen mehr kaufen?

Der Handel darf seine Lagerbestände auch nach den Stichtagen weiter verkaufen. Aber nach den Stichtagen liefert die Lampenindustrie keinen Nachschub mehr. Ab 1. September 2009 dürfen matte Glühlampen und Halogenlampen in den EU-Ländern nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Bei den klaren

Lampen geht es stufenweise nach der Wattzahl: Ab 2009 trifft es klare Glühlampen und konventionelle klare Halogenlampen mit 100 Watt und mehr Leistung. Ab dem Jahr 2010 werden alle Glühlampen ab 75 Watt aus den Regalen verschwinden, 2011 auch jene ab 60 Watt und abschließend 2012 auch die Glühlampen unter 60 Watt Leistung.

Muss ich 2012 die Glühlampen zu Hause herausschrauben?

Nein. Glühlampen, die als Ersatz noch in den Haushalten vorhanden sind, dürfen weiterhin leuchten. Der Handel darf seine Bestände zudem weiter verkaufen.

Muss ich neue Lampen kaufen oder gibt es alternative Leuchtmittel?

Fast alle vorhandenen Leuchten können auch zukünftig mit passenden Leuchtmitteln bestückt werden. Die Lampenindustrie wird für alle gängigen Anwendungen, Fassungen, Formen und Leistungsstufen energieeffiziente Leuchten als Ersatz für beste Beleuchtungsqualität anbieten.

Nach welchen Kriterien hat die EU entschieden?

Grundlage der Entscheidung gegen oder für eine Lampe war deren Energieverbrauch und ihre Energieeffizienz. Zur Bewertung werden die Energieeffizienzklasse „A“ (geringer Verbrauch) bis „G“ (hoher Verbrauch) herangezogen. Das Energie-Label verrät jedem Käufer die Einstufung.

Plant die EU, auch andere Lampen vom Markt zu nehmen?

Ja, Halogenlampen. Ab September 2016 sind nur noch Halogenlampen der Energieeffizienzklasse „B“ zulässig sowie zwei Ausnahmen mit der Energieeffizienzklasse „C“ (Halogenlampen mit Sockel R7s und B15). Von 2012 bis 2016 sind alle Halogenlampen mit der Energieeffizienzklasse „C“ uneingeschränkt zugelassen.

Gut zu wissen

Energie-Effizienzklassen

Ihrem Energieverbrauch und der Lichtausbeute entsprechend werden Lampen für die Haushaltsbeleuchtung in Energie-Effizienzklassen eingeordnet. Die Vorgaben dazu finden sich in der EU-Richtlinie 92/75/EWG. Das Energie-Label weist die Effizienzklassen A bis G aus: „A“ steht für besonders sparsamen Verbrauch, „G“ für Energieverschwendung.

Als Maß für die Wirtschaftlichkeit einer Lampe wird deren Lichtausbeute herangezogen: Sie beschreibt, wie viel Lichtstrom (in Lumen) aus der aufgenommenen Energie (in Watt) erzeugt wird. Eine Glühlampe schafft maximal 14 Lumen/Watt und hat damit eine schlechte Effizienzklasse. Energiesparlampen erreichen eine Lichtausbeute von bis zu 70 Lumen/Watt und damit die Effizienzklasse A.

Lumen statt Watt

Zukünftig wird für alle Lampen deren Lichtstrom als Kenngröße angegeben, zunächst zusätzlich zur Watt-Leistung. Vorgeschrieben ist die Lumen-Angabe auf der Verpackung ab 1. September 2010. Der Lumen-Wert erleichtert die Vergleichbarkeit von Lampen.

Lichtfarbe muss stimmen

Sehr wichtig ist das Auswahlkriterium Lichtfarbe. Die dem Glühlampenlicht ähnliche, warmweiße Lichtfarbe hat die Kennung 827: „8“ steht für gute Farbwiedergabe, „27“ für 2.700 Kelvin Farbtemperatur. 2.700 Kelvin entsprechen warmweißem Licht, Tageslichtweiß hat 6.000 Kelvin. Für spezielle Beleuchtungsaufgaben – zum Beispiel im Arbeitszimmer – gibt es Energiesparlampen mit neutralweißer (Kennung 840) und tageslichtweißer (Kennung 865) Lichtfarbe.

Bei der Lichtfarbe muss der Verbraucher zukünftig entscheiden, was er will und was ihm gefällt. Wird Energiesparlampen-Licht mit brilliantem Halogenlicht gemischt, kann Neutralweiß selbst für das Wohnzimmer die richtige Lichtfarbe sein. Dominieren in der Wohnung rote und erdige Farbtöne, sind Halogenlampen die richtige Wahl, weil ihr Licht diese Farbtöne besser wiedergibt.



Überfälliger Austausch

Außerdem werden in der zweiten Verordnung zur Haushaltsbeleuchtung 2010 Reflektorlampen behandelt. Besonders energieeffiziente Modelle müssen dann ebenfalls vom Markt.

Backofen, Kühlschrank, Nähmaschine – was wird in diese Geräte statt der Glühlampe eingeschraubt?

Diese Lichtquellen werden als Speziallampen nicht von der Durchführungs-Richtlinie „Haushaltsbeleuchtung, Teil 1“ erfasst. Das heißt, es wird diese Lampen weiterhin geben. Der Verwendungszweck muss auf der Verpackung angegeben sein.

Verringert häufiges Ein- und Ausschalten die Lebensdauer von Energiesparlampen?

Das Ein- und Ausschalten hat inzwischen keine Auswirkungen mehr auf die Lebensdauer von Energiesparlampen. Die aktuellen Normen für die „Energy Recommended“-Zertifizierung verlangen über 3.000 Schaltzyklen pro 8.000 Stunden getesteter Lebensdauer. Das sind weit mehr Schaltzyklen, als sie für den normalen Hausgebrauch notwendig sind. Für spezielle Anwendungsbereiche, wie beispielsweise den Hausflur oder Bewegungssensoren, bieten einige Hersteller Hochleistungs-Energiesparlampen. Diese Spezialmodelle besitzen ein Potenzial von bis zu 500.000 Schaltzyklen und einer Lebensdauer von 15.000 Stunden.

Stimmt es, dass Energiesparlampen mindestens 45 Minuten eingeschaltet bleiben müssen, um den Energieaufwand beim Einschalten zu kompensieren?

Es ist nicht notwendig, Energiesparlampen länger einzuschalten als Glühlampen. Energiesparlampen verbrauchen beim Einschalten nur unwesentlich mehr Energie als Glühlampen. Sie funktionieren bereits nach zwei oder drei Sekunden höchst effizient.

Ich habe gehört, dass Energiesparlampen nicht gedimmt werden können. Ist das richtig?

Das stimmt nicht mehr ganz: Es gibt neue Energiesparlampen, die mit gewöhnlichen Dimmerschaltern für den Hausgebrauch oder alternativ mit einem Standardlichtschalter stufenweise gedimmt werden können. Diese Produkte sind relativ neue Erfindungen, das Angebot derzeit noch nicht so groß.

Die Energiesparlampen brauchen oft einige Zeit, bis sie richtig hell werden. Woran liegt das?

Eine Sparlampe braucht nach Messungen der Stiftung Warentest zwischen zwölf und 80 Sekunden, bis sie 80 Prozent ihrer Helligkeit erreicht. Kompakte, also dünne und mehrfach gebogene Lampen starten langsamer, weil sich das Lichtplasma erst allmählich ausbreitet. Umweltfreundliche Lampen ersetzen flüssiges Quecksilber durch als Amalgam gebundenes Quecksilber. Das verlängert die Startzeit. Denn Amalgam-Lampen entwickeln nicht sofort den technisch erforderlichen Quecksilberdampf, sondern müssen erst warm werden bis zur Verdampfung (ab 80-100 Grad). Bei Flüssig-Quecksilberlampen verdampft das Quecksilber bereits bei Raumtemperatur. Auch wenn die Lampe zerbricht. Darum ist die Amalgamtechnik zwar langsamer, aber sicherer und besser. Größere und einfachere Röhrenformen entwickeln schneller Helligkeit.

Auf einigen Energiesparlampen findet sich der Hinweis: „erfüllt RoHS“. Was bedeutet das?

Das Kürzel RoHS steht für die EU-Richtlinie 2002/96/EG. Sie besagt, dass Elektrogeräte und Energiesparlampen keine oder nur geringste Mengen Umweltgifte wie Blei, Cadmium oder Quecksilber enthalten dürfen. Energiesparlam-

pen, die den Hinweis „erfüllt RoHS“ tragen, wurden unter Berücksichtigung dieser Umweltstandards produziert. Das Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (ElektroG) definiert diese Standards.

Ist das Licht von Energiesparlampen gesundheitsschädlich?

Das Licht von Energiesparlampen schädigt oder beeinträchtigt die Gesundheit nicht. Details dazu auf <http://lichtgesundheit.energieverbraucher.de>.

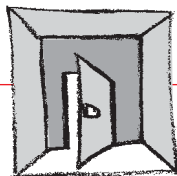
Deutscher Presserat kritisiert „Ökotest“

Der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates hat die Zeitschrift „Ökotest“ wegen Verletzung des Pressekodex in einem Beitrag über Energiesparlampen kritisiert.

In Heft 10/2008 hatte die Redaktion einen namentlich nicht genannten „Lichtkenner“ mit einer Aussage zu Energiesparlampen zitiert: „Das ist kein Licht, das ist Dreck.“

Diese Kritik mit Hilfe einer anonymen Quelle sei nicht mit den journalistischen Sorgfaltsanforderungen vereinbar, entschied der Beschwerdeausschuss des Presserates: „Wenn ein derartig schwerwiegender Vorwurf erhoben wird, so muss die Redaktion auch die vollständige Quelle – in diesem Fall den Namen des Gesprächspartners – nennen.“ Zudem wäre es für den Leser im Sinne einer umfassenden Information interessant gewesen zu erfahren, welchen beruflichen Hintergrund der Zitierte hat, um die Aussage einordnen zu können.

Wegen Verletzung der im Pressekodex verankerten Sorgfaltspflicht wurde der Redaktion von „Ökotest“ ein Hinweis erteilt, der ersten von drei Sanktionsstufen der Beschwerdeordnung des Presserates. Der Energiesparlampenhersteller MEGAMAN-IDV GmbH hatte die Beschwerde veranlasst. Beschwerdesache BK1-284/08 (IDV GmbH/Ökotest, Entscheidung vom 3. März 2009 des Beschwerdeausschusses 1 des Deutschen Presserates).



Die Dinosaurier werden immer trauriger



Ich habe mich gefreut, dass ich in den zwei Jahrzehnten meinen kleinen Beitrag dazu leisten konnte, dass sich der Bund der Energieverbraucher zu einem kompetenten, allgemein anerkannten und zuweilen auch mit Recht gefürchteten Gesprächspartner bei den Dinosauriern in der Energieversorgung entwickelt hat.

Auch wenn einem manchmal gerade diese Auseinandersetzungen wie der Kampf zwischen David und Goliath erscheinen mag, sollte man doch nie vergessen, dass Goliath letztlich von David erledigt wurde. Ich bin mir ziemlich sicher, dass dieser ungleiche Kampf auch diesmal zugunsten von David, also dem Bund der Energieverbraucher und damit dem Verbraucher, ausgehen wird. Und das wissen die Giganten! Denn auch sie kennen natürlich die Geschichte und fürchten daher die geballte Macht der Verbraucher wie der Teufel das Weihwasser! Nach dem Motto: „Die Dinosaurier werden immer trauriger, denn in der Zukunft ist kein Platz für sie!“

In diesem Zusammenhang nochmals besten Dank für die hilfreiche Handreichung bei der Suche nach dem günstigsten Stromanbieter für unseren Haushalt! Wir werden die Informationen aufmerksam durcharbeiten und uns dann hoffentlich richtig und zukunftsorientiert entscheiden.

*Hemuth Lawitzka,
Alfter-Odekoven*

Kostenlose Infos per Email



Fast jeder Mensch hat heutzutage eine Email-Adresse. Denn die Email hat die Briefpost weitgehend ersetzt. Aber wir haben leider nur die Email-Adressen von der Hälfte unserer Mitglieder. Das ist schade, denn über Email kann man sich schnell, kostengünstig und unkompliziert austauschen. Doch natürlich respektieren wir, dass nicht jeder einen Computer besitzt und nicht jeder über Email erreichbar sein will.

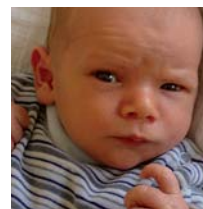
Unsere Bitte an Sie: Mailen Sie uns **Ihre** Email-Adresse. **Unsere** Email-Adresse lautet: service@energieverbraucher.de

Nachwuchs im Vereinsteam

Der Bund der Energieverbraucher und seine Mitglieder gratulieren!



Jana Carolina Aruba Möws, Tochter von **Julia Bidder** und **Thomas Möws**, langjährige unentbehrliche Mitarbeiter der **Energiedepesche**, geboren am **18. Februar 2009**.



Konrad Busse, Sohn von **Neill Busse**, langjähriger **Online-Redakteur** von **energieverbraucher.de**, geboren am **27. März 2009**.

Petitionsausschuss bügelt Verbraucher ab

4.150 Personen haben im Oktober 2007 eine Petition des Bund der Energieverbraucher e.V. an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mitgezeichnet, in der eine Verbesserung der Rechte der Energieverbraucher und eine Umsetzung der Verpflichtungen aus der EU-Richtlinie 2003/54/EG gefordert wird, zum Beispiel die Einrichtung einer Schlichtungsstelle.

Der Deutsche Bundestag hat am 7. Mai 2009 beschlossen, der Empfehlung des Petitionsausschusses (BT-Drucksache 16/12703, Petition 1-16-09-7511-029238) zu folgen. Damit ist das Petitionsverfahren abgeschlossen. Die vom Bundeswirtschaftsministerium eingeholte Stellungnahme hat der Petitionsausschuss und auch der Bundestag inhaltlich übernommen: „Nach Ansicht des Petitionsausschusses besteht im deutschen Recht ein umfassender Schutz von Verbraucherrechten im Rahmen der Energieversorgung. Der Ausschuss vermag daher das Anliegen des Petenten nicht zu unterstützen. Er empfiehlt das Verfahren abzuschließen“. Tröstlich: In einer demnächst kommenden EU-Richtlinie wird allen Mitgliedstaaten die Einrichtung einer Schiedsstelle für Energieverbraucher verbindlich vorgeschrieben.

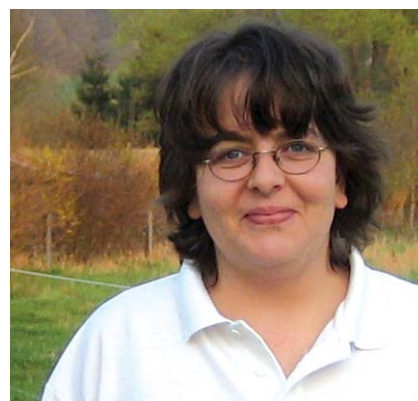
Pressemitteilungen per Email

Der Bund der Energieverbraucher e. V. gibt in unregelmäßigen Abständen Pressemitteilungen heraus.

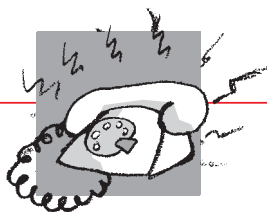
Wenn Sie diese Mitteilungen per Email erhalten wollen, dann schreiben Sie uns eine Email:

Service@energieverbraucher.de

Neu im Team: Eveline Marsell



Eveline Marsell (Friedrichroda, Thüringer Wald) betreut administrativ das Forum und hilft bei der Pflege des Contents von www.energieverbraucher.de. Die 36-jährige Datenverarbeitungskauffrau hatte bereits seit langer Zeit ehrenamtlich das Forum moderiert und sich nun hauptberuflich dem Vereinsteam angeschlossen.



Energietelefon

Alle Mitglieder können sich in Energiefragen telefonisch von Experten beraten lassen:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

Mo. 20.00 - 21.00 040 / 39 02 93 9 Michael Hell

Hausgeräte, Energiesparlampen, Passivhäuser:

Mo. 19.00 - 21.00 0 52 31 / 39 07 47 Klaus Michael

Hausgeräte – Probleme und Reparatur:

Mo. 19.00 - 21.00 0800 / 2333 800 Oliver Stens
(nur für Mitglieder – keine TV-/Hifi-Geräte)

Flüssiggas – Technische Fragen:

Do. 20.00 - 21.00 0 26 44 / 808 174 (nur für Mitglieder)

Rechtsberatung:

Mo. 16.00 - 19.00 0800 / 2333 800

Do. 18.00 - 21.00 0800 / 2333 800

(nur für Mitglieder)

Flüssiggas-Anwalts hotline:

(nur für Mitglieder)

Di. 16.00 - 18.00 0800 / 2333 800 Gerd Rentzmann

Umzug: meine neue Adresse

Zeitschriftensendungen werden selbst bei Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt!

Mitgliedsnummer _____

Name _____

Straße _____

Plz, Ort _____

Telefon _____

Email _____

Meine neue Bankverbindung lautet:

Konto _____

BLZ _____

Kreditinstitut _____

Bitte schicken Sie mir Informationen über:

(Bitte 2,90 Euro Rückporto beilegen, bei Mehrfachnennung fünf Euro)

- | | |
|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Bund der Energieverbraucher e.V. | <input type="checkbox"/> Fördermittelübersicht |
| <input type="checkbox"/> Preis-Protest | <input type="checkbox"/> Schönauer Energiespartipps |
| <input type="checkbox"/> Flüssiggas | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Hausgeräte |
| <input type="checkbox"/> Vor-Ort-Beratung | <input type="checkbox"/> Liste sparsamer Büro- und Fernsehgeräte |
| <input type="checkbox"/> BHKW-Infos | |



Von Stiftung Warentest empfohlen

Abenteuer Energieeinsparen

DVD oder VHS

19,90 Euro (für Vereinsmitglieder 15 Euro)
zuzüglich drei Euro Versandkosten

So helfen wir Ihnen

Strom

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre Jahresabrechnung und teilen Sie uns mit, welche Abschlagszahlungen Sie geleistet haben. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Wer kann Sie günstig mit Strom versorgen?

Wir sagen Ihnen, welcher Anbieter für Sie in Frage kommt. Senden Sie uns Ihre letzte Stromrechnung oder sagen Sie uns, wie viel Strom (Kilowattstunden) Sie im letzten Jahr verbraucht haben. Für Mitglieder einmal jährlich kostenlos, für Nichtmitglieder zehn Euro.

Erdgas

Verbrauchsdiagramm

Wollen Sie wissen, ob Sie am Ende nachzahlen müssen oder etwas zurück bekommen? Dann senden Sie uns Ihre letzte Gasrechnung. Wir berechnen Ihnen daraus den voraussichtlichen Gasverbrauch für jeden Zeitpunkt des laufenden Jahres. Für Mitglieder zehn Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro.

Prüfung Ihrer Jahresabrechnung

Ist Ihre Jahresabrechnung rechnerisch korrekt? Wir rechnen genau nach. Zählerstände und Höhe der Preise werden nicht geprüft. Senden Sie uns Ihre aktuelle Abrechnung, die vorletzte Abrechnung (bei Abschlagsberechnungen) und die Abrechnung aus der die akzeptierten Preise hervorgehen. Nur für Mitglieder 20 Euro.

Flüssiggas

Wollen Sie aus Ihrem Flüssiggasvertrag heraus?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihren Vertrag. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags und eine eidesstattliche Versicherung, dass die lange Laufzeit nicht auf Ihren Wunsch zustande gekommen ist – Muster im Infopaket Flüssiggas, bei uns anfordern oder unter <http://fluessiggasraus.energieverbraucher.de>. Für Mitglieder 25 Euro, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Preisklausel ungültig?

Unser Rechtsanwalt prüft Ihre Preisgleitklausel. Schicken Sie uns eine Kopie Ihres Liefervertrags. Für Mitglieder 50 Euro, für Nichtmitglieder 100 Euro.

Heizkostenabrechnung

Ist Ihre Abrechnung richtig?

Unser Gutachten sagt es Ihnen. Schicken Sie uns die Heizkostenabrechnung Ihres Vermieters, Größe der Wohnung/Haus in Quadratmetern, möglichst Tarifinformationen Ihres Gas-/Fernwärmeversorgers, Baujahr des Gebäudes. Für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder 50 Euro.

Solarstrom-Einspeiseverträge

Werden Ihre Interessen als Solarstrom-Erzeuger im Einspeisevertrag fair berücksichtigt? Wir lassen Ihren Vertrag von einer Rechtsanwältin überprüfen. Schicken Sie uns den Einspeisevertrag. Nur für Mitglieder – eine Prüfung jährlich kostenfrei.

Einsenden an: Bund der Energieverbraucher e.V., Frankfurter Str. 1, 53572 Unkel, Fax 02 22 4 - 10 32 1

service@energieverbraucher.de · www.energieverbraucher.de



Vor-Ort-Beratung

Die Bundesregierung fördert seit Juli 1998 die ausführliche Energiediagnose von Wohngebäuden, die vor 1994 gebaut wurden. Der Förderzuschuss beträgt für Ein- und Zweifamilienhäuser 300 Euro, für Drei- und Mehrfamilienhäuser 360 Euro, maximal jedoch 50 Prozent der Kosten. Darüber hinausgehende Kosten trägt der Eigentümer. Die Diagnose deckt erfahrungsgemäß Einsparmöglichkeiten von mehreren hundert Euro auf, die bisher ungenutzt blieben. Der Verbraucher sucht sich einen Berater und der Berater beantragt den Zuschuss.

Die folgende Liste führt Berater auf, die eine Vor-Ort-Beratung durchführen.

Nähere Informationen erhalten Sie gegen Einsendung von 2,50 Euro in Briefmarken.

- Die Liste soll Rat suchenden Verbrauchern bei der Suche nach geeigneten Energie-Beratungsingenieuren helfen.
- Ohne Anspruch auf Vollständigkeit.
- Ohne Gewährleistung durch den Bund der Energieverbraucher.
- Wird vierteljährlich aktualisiert.
- Alle Berater der Liste sind Mitglied im Bund der Energieverbraucher.
- Probleme bitte dem Bund der Energieverbraucher mitteilen.
- Vergleichen Sie die Beratungskosten verschiedener Berater, da es große Unterschiede gibt.
- Alle Berater beantworten einfache Fragen von Mitgliedern kostenlos.
- Das RKW, Düsseldorf Str. 40, 65760 Eschborn, Tel. 06196-4952810, e-mail: tech@rkw.de, versendet kostenlos regionale Beraterlisten.
- Eine bundesweite Liste mit Beratern gibt es im Internet unter www.rkw.de/ebl-vorw.htm oder unter www.bafa.de

Leitzone 00000 • **04103 Leipzig** Dipl.-Ing. Ronald Heller, Baubiologischer Gebäude-Energieberater, Täubchenweg 1, Tel.: 0341/3503870 • **09456 Anna-berg-Buchholz** Ingenieurbüro Hanspeter Weber, Geysersdorfer Hauptstr. 23, Tel.: 03733/542832

Leitzone 10000 • **10405 Berlin** Dipl.-Ing. Franco Dubbers, Architekt und Energieberater, Henrich-Roller-Str. 15, Tel.: 030/28099390 • **10829 Berlin (Schöneberg)** AZIMUT, Andreas Heinrichs, Hohenfriedbergstr. 27, Tel.: 030/7877460 • **17509 Katzow** Dipl.-Ing. (FH) Rolf Schade, Unterreihe 10a, Tel.: 038373/20283

Leitzone 20000 • **22147 Hamburg** sparWatt, Nienhagener Str. 168, 040/6047877 • **22339 Hamburg** Ökoplan, B. Schwarzfeld, Hummelsbütteler Weg 36, Tel.: 040/5394143 • **22765 Hamburg** H-M. Hell, Behring Str. 23, Tel.: 040/3902939 • **24306 Plön** Architekt Rainer Marcus Birkner, Knivsberggring 49, Tel.: 04522/593722 • **24629 Kisdorf/ Kisdorfer Wohld** Dipl.-Ing. Carsten Heidrich, EnergieSystem, Ing.-Büro für Gebäudetechnik, Segeberger Str. 71a, Tel.: 04194/9881883 • **25337 Elmshorn** Dipl.-Ing. Max-Peter Hell, Effiziente Energie, Hans-Böckler-Str. 13, Tel.: 04121/450852 • **25524 Itzehoe** Ingenieurbüro, Dipl.-Bauing. Claudia von Valtier, Adolf-Rohde-Str. 35, Tel.: 04821/406240 • **26382 Wilhelmshaven** IBP Bauplan Ing. ges. mbH, André Mantay, Ebertstr. 110, Tel.: 04421/926411 • **27283 Verden/Aller** Dipl.-Ing. Ralf Spleet, Ing.-Büro für Haustechnik, Rosenweg 19, Tel.: 04231/930301

Leitzone 30000 • **30163 Hannover** Eva Ibrügger, Büro Planen mit Energie, Walderseest. 7, Tel.: 0511/1623175 • **30952 Ronnenberg** Energieberatung Lau & Partner, Andreas Lau, Schillweg 24, Tel.: 0511/435350 • **31061 Alfeld** Dipl.-Ing. Hans-Dieter Efkes (VDI), Eimser Weg 7, Tel.: 05181/25848 • **31863 Coppenbrügge** Dipl.-Ing. Architekt Boris Schwitalski, Steinweg 8, Tel.: 05156/785252 • **33613 Bielefeld** Sachverständigenbüro Hans Westfeld, Niederbrodthagen 12, Tel.: 0521/7808833 • **34128 Kassel** Energieberatung Dipl.-Ing. Eva Koch, Lambertweg 24, Tel.: 0561/7667626 • **35614 Asslar** Matthias Muchel, Loher Str. 6,

Tel.: 06441/679030 • **35686 Dillenburg** Dietermann Energieberatung, Ing.-Büro f. Gebäudeanalyse u. Thermografie, Kellersgraben 2, Tel.: 02771/850486 • **38104 Braunschweig** Friese & Röver, Ökologische Haustechnik, Thomas Röver, Alte Dorfstr. 15, Tel.: 0531/7012480 • **38518 Gifhorn** Hartwig Höfers, Ringstr. 31, Tel.: 05371/53440

Leitzone 40000 • **47877 Willich** Dipl.-Ing. Rainer Schneider, Jupiterstr. 36, Tel.: 02154/205203 • **49124 Georgsmarienhütte** Energieberatung Seeber, Dipl.-Ing. Dietmar Seeber, Falkenstr. 6, Tel.: 05401/363637 • **49143 Bissendorf** Dipl.-Ing. Chr. Seebold, Architektur + Umwelt, Neue Str. 6, Tel.: 05402/984185

Leitzone 50000 • **51702 Bergneustadt** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Kölner Str. 178, Tel.: 02261/949464 • **53225 Bonn** Pro Tellus, Hans-Jürgen Kalb, Neustr.116, Tel.: 0228/464219 • **53567 Asbach** Ingenieurbüro Jüngling, Müllerstr. 10, Tel.: 02683/949232 • **53721 Siegburg** Dipl.-Ing. Thomas Zwingmann, Gartenstr. 27, Tel.: 02241/258420 • **54516 Wittlich** ANDRE Konzepte, Büro für Energieberatung, Dipl.-Ing. Bernhard Andre, Eifelstr. 23, Tel.: 06571/954622 • **55425 Waldalgesheim** Dipl.-Ing. Uwe Kaska, Untere Hey 2, Tel.: 06721/400420 • **55545 Bad Kreuznach** Ing.-Büro Rainer Winkels, Bretzenheimer Str. 19, Tel.: 0671/44002 • **56070 Koblenz** Dipl.-Ing. Christfried Hausdorf, Kaiser-Otto-Str. 13, Tel.: 0261/9835998 • **56477 Rennerod** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Alter Bahnhof, Tel.: 02664/99789-10 • **59073 Hamm** Dipl.-Ing. R. + D. Sarkander, An der Heckenrose 7, Tel.: 02381/61821 • **59457 Werl** Marc Fliesenberg, Energieberatung – Modernisierungsplanung, Walburgisstr. 11, Tel.: 0172/2316671

Leitzone 60000 • **63897 Miltenberg** Dipl.-Ing. Architektur Karlheinz Paulus, Mainbullau 124, Tel.: 09371/80710 • **63924 Kleinheubach** Architekturbüro ads, Dipl.-Ing. Jürgen Kubitz, Schlosspark 5, Tel.: 09371/97950 • **65375 Oestrich-Winkel** Dipl.-Ing. Adolf Schreiner, Hauptstr. 2, Tel.: 06723/9175-0 • **65510 Idstein** NWE Ingenieurbüro für Energietechnik, Black & Decker Str. 28, Tel.: 06126/9577-60 • **66280 Sulzbach** Dipl.-Ing. P. Wünsch, Ingenieurbüro EzET, Schlachthofstr. 11a, Tel.: 06897/7789312 • **67146 Deidesheim** Dipl.-Ing. Wolfgang Müller (TH), Ingenieurbüro Solartechnik und Energieberatung, Kirschgartenstr. 13, Tel.: 06326/962996

Leitzone 70000 • **72074 Tübingen** SDU Architekten, Sigel Dubbers Unger, Planung, Bauleitung, Gebäude-Energieberatung, Eichhaldenstr. 33, Tel.: 07071/8884118 • **74523 Schwäbisch-Hall** Dipl.-Ing. Gerhard Wiederholl, Bretzinger Steige 11, Tel.: 0791/41240 • **74589 Satteldorf** ebp-postner, Dipl.-Ing. Manfred Postner, Hackwiesenweg 28, Tel.: 07951/961539 • **76189 Karlsruhe** Martin Lazar, freier Architekt-Energieberatung, Salmenstr. 22, Tel.: 0721/377896 • **76227 Karlsruhe** Hinrich Reyelts, Dipl.-Ing. Architekt, Strahlerweg 117, Tel.: 0721/9415868 • **78120 Furtwangen** Ingenieurbüro A. Schwarz, Vogt-Dufner-Str. 29, Tel.: 07723/7040 • **78224 Singen** Dipl.-Ing. Rainer Behn, Solar und Haustechnik, Hörstr. 7, Tel.: 07731/795080 • **79541 Lörrach** Delzer-Kybernetik GmbH, Tüllinger Str. 90, Tel.: 07621/95770

Leitzone 80000 • **81375 München** Ingenieurbüro Wolfgang Bauer, Energieberatung, Batzerstr. 8, Tel.: 089/74009977 • **82229 Seefeld** Dipl.-Ing. W. Klöckner, Ing.-Büro, An den Meisterwiesen 3, Tel.: 08152/7113 • **85598 Baldham** INVESTIMO GmbH, Bauing. Wolfgang Huber, Heubergstr. 3, Tel.: 08106/997444 • **86152 Augsburg** Planungsbüro Strobel VDI für Haustechnik + Bauphysik, Klinkertorplatz 1, Tel.: 0821/452312 • **89520 Heidenheim** Karl Reyher, Knupfental 36, Tel.: 07321/64569

Leitzone 90000 • **91504 Ansbach** IGA, Ing. Gesellschaft Ansbach, Rothenburger Str. 48, Tel.: 0981/4880060 • **95447 Bayreuth** Dr. Michael Schmitt, Energier AG, Ludwig-Thoma-Str. 36a, Tel.: 0921/50708450 • **96450 Coburg** GEKO Gebäude- und Energiekonzepte, Dipl.-Ing. Jörg Wicklein, Am Schießstand 42 B, Tel.: 09561/90290 • **96479 Weitrandsdorf** GEKO-Energieberatung, Dipl.-Ing. (FH) Martin Pfänger, Gersbach 3, Tel.: 09561/420644 • **97225 Zelligen** H. Endrich, Billinghamer Str. 51, Tel.: 09364/9319 • **97877 Wertheim** Pro Therm, Dipl.-Phys. Dr. Arnim Schwab, Bildweg 9, Tel.: 09342/23469 • **99096 Erfurt** Dipl.-Ing. Jans Mewes, Ingenieurbüro für TGA, Schillerstr. 6, Tel.: 0361/3452920



Energielektüre fürs Bücherregal

Potenziale der Bioenergie

Karin Arnold u.a., DLG-Verlag,
2009, ISBN 978-3-7690-3160-7,
264 Seiten, 24,90 Euro

Was Sie über Photovoltaik- anlagen wissen sollten

Markus Witte, Eigenverlag,
ISBN 978-3-00 021140-9,
114 Seiten, 24,90 Euro

Biogasanlagen im EEG 2009

Helmut Loibl u.a., Erich Schmidt
Verlag, 350 Seiten,
ISBN 978-3-503-11261-6,
39,80 Euro

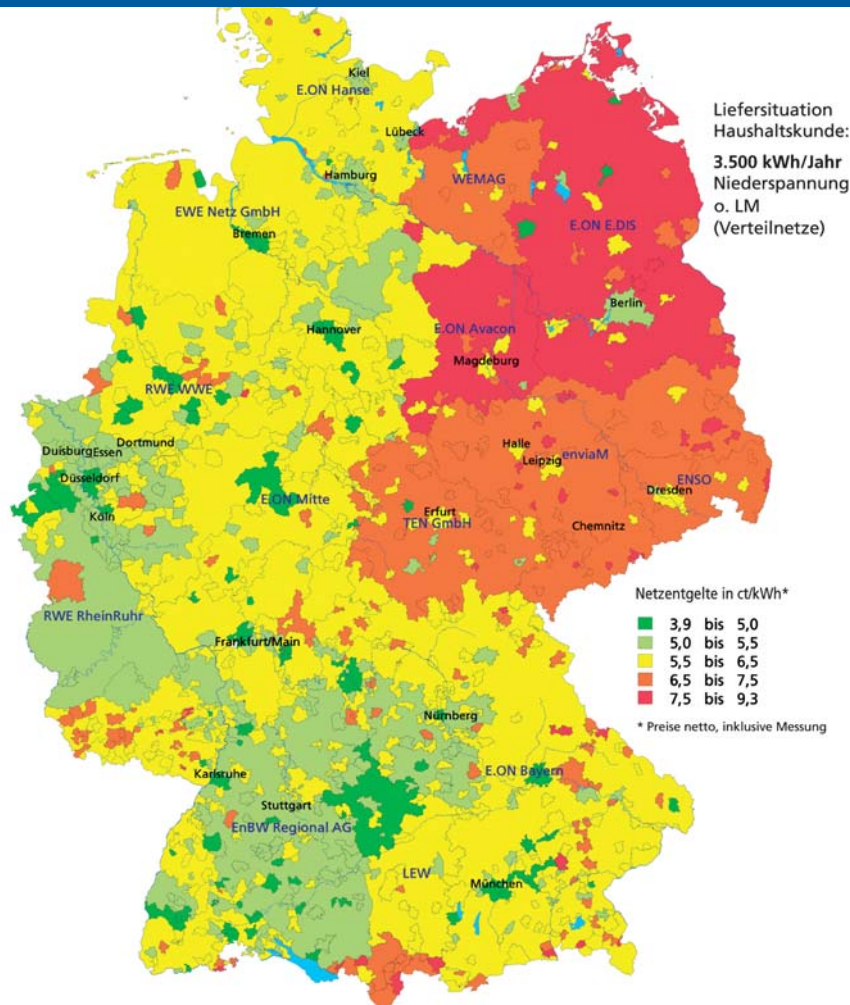
Kommunale Infrastruktur- verantwortung und Konzessionsmodelle

Arne Klöckner, C.H.Beck-Verlag
2009, 198 Seiten,
ISBN 978-3-406-58220-2,
34 Euro

3. Internationales Anwender- forum energetische Sanierung von Gebäuden

Ostbayerisches Technologie-
Transfer-Institut e. V. (OTTI),
Regensburg, 305 Seiten,
ISBN 978-3-934681-92,
7,90 Euro

Netzentgelte im Osten deutlich höher



Die obige Karte skizziert die regional unterschiedliche Höhe der aktuellen Stromnetzentgelte, von denen rund 90% bereits nach den Modalitäten der Anreizregulierung kalkuliert wurden. Im niedersächsischen Netz der E.ON-Tochter Avacon verteuerte sich die Durchleitung um 24,5% und damit am stärksten. Die Netzentgelte im E.ON-edis-Netz legten um 23,9% zu und gehören auch in absoluten Preisen zu den deutschlandweit höchsten. Generell erweist sich die Belieferung eines Haushaltskunden in Ostdeutschland als kostspieliger, wobei auffällt, dass in Berlin vergleichsweise moderate Netzentgelte gelten. Ohnehin fallen in den deutschen Ballungszentren zumeist weniger Durchleitungsgebühren an als in den umliegenden ländlichen Regionen. In München reduzierten sie sich um knapp acht Prozent.

Quelle: enet: Netzentgelt-Studie, Preisentwicklungen im Zuge der Anreizregulierung, Mai 2009

Veranstaltungen

Der neue Gesetzesrahmen für die KWK und seine Bedeutung für die Praxis

15. Juni 2009 - 16. Juni 2009 in München,
Veranstalter: Bundesverband Kraft-Wärme Kopplung

Consense 2009

Kongress und Fachaussstellung

23. Juni 2009 - 24. Juni 2009 in Stuttgart,
Veranstalter: Deutsche Gesellschaft
für nachhaltiges Bauen e. V.

Photovoltaic Solar Energy Conference and Exhibition

21. September 2009 - 25. September 2009 in Hamburg,
Veranstalter: WIP - Renewable Energies

RENEXPO 2009

Internationale Fachmesse und Kongress für regenerative Energien

24. September 2009 - 27. September 2009 in Augsburg,
Veranstalter: REECO GmbH

SCHNELL



MIT SO VIELEN AUFTRÄGEN MUSS MAN SCHNELL SEIN

Woran liegt es, dass einige Installateure so lange auf einen neuen Auftrag warten müssen, während andere sich vor Anfragen kaum retten können?

Mit Mitsubishi Electric haben Sie einen starken Partner an Ihrer Seite, der blitzschnell und zuverlässig alles aus einer Hand liefert – wenn nötig binnen 24 Stunden. Wer dann noch weiß, dass Solarmodule und Wechselrichter von Mitsubishi Electric ideal aufeinander abgestimmt sind und so für rasante

Erträge im Einspeisezähler Ihrer Kunden sorgen, für den ist klar, warum die Gewinne bei einigen schneller wachsen als bei anderen.

Mitsubishi Electric ist der einzige Hersteller, der sowohl Solarmodule als auch Wechselrichter aus eigener, umweltfreundlicher Produktion anbietet.

Jetzt auf www.schneller-gewinner.de/e39



**MITSUBISHI
ELECTRIC**

Changes for the Better